

# Aktuelle Positionen zum Städtebau

## Stadt denken, Stadt machen



Foto: Christian Holl

Städte als komplexe  
Phänomene und die  
Rolle des Entwerfens

Denkräume: Wie der  
Städtebau sein Potenzial  
besser entfalten kann

Die Zukunft der Stadt  
offener und realitäts-  
näher verhandeln



# Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen  
und Raumordnung



## Impressum

### Herausgeber

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-  
und Raumforschung (BBSR)  
im Bundesamt für Bauwesen  
und Raumordnung (BBR)  
Deichmanns Aue 31–37  
53179 Bonn

### Schriftleitung

Markus Eitges  
Robert Kaltenbrunner  
Peter Jakubowski

### Redaktion

Christian Holl  
Robert Kaltenbrunner  
Daniel Regnery  
izr@bbr.bund.de

### Redaktionsschluss

15. September 2021

### Satz und Gestaltung

Yvonne Groh  
Bettina Mehr-Kaus

### Druck

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

### Verlag und Vertrieb

Franz Steiner Verlag  
Birkenwaldstraße 44  
70191 Stuttgart  
Telefon +49 711 2582-314  
Telefax +49 711 2582-390  
www.steiner-verlag.de/izr



Die Beiträge werden von der Schriftleitung/  
Redaktion gezielt akquiriert. Der Herausgeber  
übernimmt keine Haftung für unaufgefordert  
eingesandte Manuskripte. Die von den Autorinnen  
und Autoren vertretene Auffassung ist nicht  
unbedingt mit der des Herausgebers identisch.

Bezugsbedingungen: Jahresabonnement  
Print 48,00 € (4 Hefte) zzgl. Versandkosten  
(Inland: 11,80 €, Ausland: 16,80 €);  
Jahresabonnement Online 48,00 € (4 Hefte);  
Jahresabonnement Print und Online 62,00 €  
(4 Hefte) zzgl. Versandkosten (Inland: 11,80 €,  
Ausland: 16,80 €); Einzelheft Print 19,00 €  
(versandkostenfrei); Einzelheft Online 19,00 €;  
Einzelheft Print und Online 23,00 €  
(versandkostenfrei) – Preise inkl. MwSt.  
Ihr Abonnement der Informationen zur  
Raumentwicklung hat eine Laufzeit von  
12 aufeinander folgenden Monaten. Es verlängert  
sich um jeweils weitere 12 Monate, wenn es  
nicht spätestens 6 Wochen vor Ende der Laufzeit  
schriftlich beim Verlag gekündigt wird.

### Weitere Informationen

www.bbsr.bund.de/izr



Foto: Christian Höl

## Liebe Leserin, lieber Leser,

aus dem Umfeld der ETH Zürich wurde vor einigen Jahren ein Buch mit dem Titel „Stadt gibt es nicht“ veröffentlicht. Unter dieser so apodiktischen wie verunsichernden Zuschreibung enthält es viele höchst lesenswerte und instruktive Beiträge. Zwar ist das BBSR institutionell zu sehr dem Positivismus verpflichtet, um sich eine solche Sicht zu eigen zu machen. Einige grundsätzliche Ansätze aus dem Sammelwerk aber decken sich durchaus mit hiesigen Wahrnehmungen.

Denn das Arbeiten an der Stadt bleibt, allen fachlichen Er rungenschaften zum Trotz, eine offene Frage, „weil Städtebau – und mit ihr die vorwiegend von einem disziplinären Selbstverständnis geprägten Variationen Stadtplanung oder Stadtentwicklung – eine wandelbare und unbestimmte Disziplin ist, deren Rahmenbedingungen, Inhalte, Methoden und erstrebten Resultate, historisch gesehen, sich immer wieder verändert haben und verändern werden“. Dem Objekt Stadt wohne sowohl Unbeständigkeit als auch ein hoher Grad an Unbestimmtheit inne: „Die Diskrepanz zwischen Planervorstellungen und Stadtwirklichkeit, zwischen Selbstwahrnehmung und realem Berufsalltag ist frappant“ (Gerber/Kurath, 2016: Stadt gibt es nicht. Unbestimmtheit als Programm in Architektur und Städtebau. DOM Publisher. Berlin: 7, 18).

Natürlich sind solche Positionen nicht ganz neu. So legte etwa der an der University of California in Berkeley lehrende Architektur- und Stadttheoretiker Christopher Alexander mit seinem preisgekrönten Essay „A City is Not a Tree“ bereits 1965 beredt dar, dass viele urbane Planungen scheitern, weil man sich (nur) für die physischen und plastischen Charakteristika der Vergangenheit interessiere. Stattdessen sei nach dem abstrakten Ordnungsprinzip zu suchen, das die Städte zufällig gehabt und das die modernen Konzeptionen der Stadt noch nicht wiedergefunden hätten. Da sie ihre innere Beschaffenheit nicht (er)kennnten, misslinge es den Planerinnen und Planern, neues Leben in die Stadt zu bringen.

Die komplexe Verwobenheit von städtischer Materialität und Alltagsleben erschwert jedenfalls den planerischen Zugriff auf das Urbane. Sicher ist eigentlich nur, dass das Arbeiten an der Stadt auch eine Frage von Kontrolle und Laisser-faire ist: Man muss wissen, was man festlegen will und kann, genauso wie man erkennen muss, was man besser undefiniert und frei lassen sollte. Grund genug also, sich mit aktuellen Positionen zum Städtebau auseinanderzusetzen.

Robert Kaltenbrunner  
für das Redaktionsteam IzR

# Inhalt

4



Foto: Christian Holl

4

## Stadt denken, Stadt machen

Eine Einführung

Christian Holl, Robert Kaltenbrunner

12

## Stadtbaukunst

Schon länger fordern verschiedene Akteure die Neuentdeckung der Stadtbaukunst. Wie lässt sich diese umsetzen?

Leonhard Schenk

18

## Lücken für das Unplanbare

Altbauquartiere werden in Deutschland hochgeschätzt. Welche Konsequenzen sind daraus abzuleiten?

Maren Harnack

24

## Weiterbauen: gut fügt sich (ein)

Wie können Städtebau und Architektur städtische Bereiche angemessen erneuern?

Yasemin Utku

30

## Städtebau im Alltag

Architektinnen und Architekten müssen Aushandlungsprozesse und gewachsene, großräumige Strukturen stärker berücksichtigen.

Stefan Kurath

56



Foto: iStock.com/anyalvanova

36

## Die kompakte Stadt in der Krise

Was sich seit Jahren oder gar Jahrzehnten immer deutlicher abzeichnet, hat die COVID-19-Pandemie besonders verdeutlicht: Viele Menschen können es sich nicht mehr leisten, in der kompakten Stadt zu leben.

Stephan Trüby

42

## Wege zur produktiven Stadtregion

Nach Jahren der Trennung von Wohnen und Arbeiten ist die Produktion aus vielen Städten so gut wie verschwunden.

Jörg Leeser

48

## Terrapolis bewohnen

Sich der eigenen Verflechtungen bewusst zu werden, öffnet einen anderen Blick auf Wohnbarkeit, Wohnen und Wohnungspolitik.

Bernd Knies

56

## Städtebau ökologisch, ökonomisch und sozial gestalten

Wie lässt sich die Spekulation mit Boden und Immobilien in Städten eindämmen und die Handlungsfähigkeit der öffentlichen Hand verbessern?

Florian Hertweck

62

Foto: Elif Simge Fettahoglu-Özgen 2020



106

Quelle: 03 Architekten, Ratoldstraße



62

### Städtebau und Klimawandel

Genau wie die Gesellschaft als Ganzes müssen sich Architektur und Städtebau künftig radikal anpassen.

Benedikt Boucsein

88

### Für einen Städtebau des Widerspruchs

Wir stehen vor einem großen Stadtumbau. Der Bestand, seine Geschichte und Weiterentwicklung sollten dabei im Fokus stehen.

Stefan Rettich

68

### Gemeinwohlorientierte Partizipation im Städtebau

Die Autorin beschreibt die Anfänge der Beteiligung im Städtebau vor rund 50 Jahren und vergleicht sie mit heutigen Konflikten.

Nina Gribat

94

### Facettenreiche Städte

Wie sollen wir mit unseren Städten voller Brüche und komplexen räumlichen, sozialen und organisatorischen Gefügen umgehen?

Joachim Schultz-Granberg

74

### Digitalisierung im kooperativen Städtebau

Kooperativer Städtebau zeichnet sich durch Zusammenarbeit aus. Digitalisierung kann hier unterstützen.

Melanie Humann

100

### Identität und Differenz in der Stadt von heute

Stadt braucht Wiedererkennbarkeit und Unterscheidung – räumliche Identifikation und bauliche Differenz.

Björn Severin, Volker Kleinekort

82

### Inklusion im Städtebau

Damit Stadt wirklich für alle da ist, braucht es ein anderes Verständnis von Inklusion: Eins, das auf Diversität und Orte der Begegnung setzt.

Andrea Benze

106

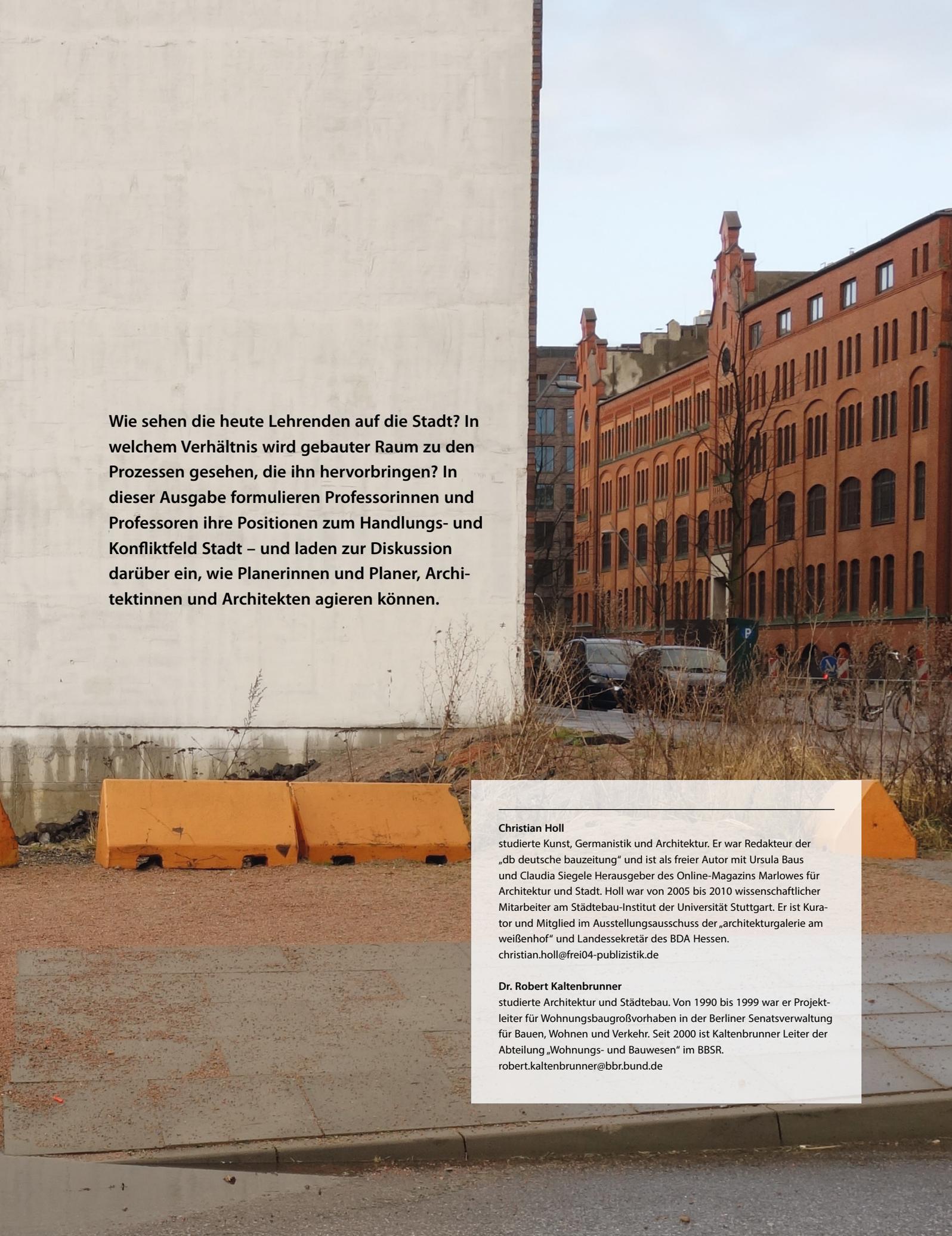
### Der Städtebau von morgen

Die Diskussion, wie wir unsere Städte gestalten, hat wieder eine neue Dynamik bekommen. Welchen gesellschaftlich relevanten Beitrag kann Städtebau dabei leisten?

Andreas Garkisch

# STADT DENKEN, STADT MACHEN





**Wie sehen die heute Lehrenden auf die Stadt? In welchem Verhältnis wird gebauter Raum zu den Prozessen gesehen, die ihn hervorbringen? In dieser Ausgabe formulieren Professorinnen und Professoren ihre Positionen zum Handlungs- und Konfliktfeld Stadt – und laden zur Diskussion darüber ein, wie Planerinnen und Planer, Architektinnen und Architekten agieren können.**

---

**Christian Holl**

studierte Kunst, Germanistik und Architektur. Er war Redakteur der „db deutsche bauzeitung“ und ist als freier Autor mit Ursula Baus und Claudia Siegele Herausgeber des Online-Magazins Marlowes für Architektur und Stadt. Holl war von 2005 bis 2010 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Städtebau-Institut der Universität Stuttgart. Er ist Kurator und Mitglied im Ausstellungsausschuss der „architektur-galerie am weißenhof“ und Landessekretär des BDA Hessen.  
[christian.holl@frei04-publizistik.de](mailto:christian.holl@frei04-publizistik.de)

**Dr. Robert Kaltenbrunner**

studierte Architektur und Städtebau. Von 1990 bis 1999 war er Projektleiter für Wohnungsbaugroßvorhaben in der Berliner Senatsverwaltung für Bauen, Wohnen und Verkehr. Seit 2000 ist Kaltenbrunner Leiter der Abteilung „Wohnungs- und Bauwesen“ im BBSR.  
[robert.kaltenbrunner@bbr.bund.de](mailto:robert.kaltenbrunner@bbr.bund.de)

Folgt man dem Kabarettisten Gerhard Polt, dann ist Gemütlichkeit eine Relation aus Zeit, Bier und Geld. Nimmt man das Hopfenkaltgetränk als Chiffre für Spaß und Entspannung, dann wird deutlich, dass alle drei Komponenten in der Stadtentwicklung eine wichtige Rolle spielen – aber sie erschöpft sich natürlich nicht darin. Zudem sind die Umstände, unter denen wir uns im Urbanen einrichten können, derzeit wohl nicht ganz so gemütlich. Ist doch vielerorts zu erkennen, dass es in den Städten in eklatanter Weise an bezahlbaren Wohnungen fehlt, dass es deswegen Konkurrenzverhältnisse gibt, woraus wiederum Verdrängung und Gentrifizierung resultieren. Dass die urbanen Mobilitätsangebote und Verkehrsverhältnisse reformiert werden müssen. Dass Onlinehandel und coronabedingte Leerstände die vertraute Vitalität der Innenstädte aushöhlen. Dass die mit dem Klimawandel verbundenen Hitzeperioden, Stürme und Starkregenereignisse bedrohliche Dimensionen bekommen. Dass mit der Weltfinanzmarktkrise und der Globalisierung des Immobilienmarkts Boden und Gebäude zu einer Ware geworden sind, die als Kapitalanlage vermehrt werden will.

An urbanistischen Problemen herrscht aktuell also wahrlich kein Mangel. Gleichzeitig ist Stadt keine jetzt oder zu irgendeinem Zeitpunkt abschließend definierbare oder beschreibbare Einheit. Bei Wikipedia (o. J.) heißt es sehr treffend: „Keine Theorie oder noch so komplexe Kombination von analytischen Methoden können die Vielfalt dessen, was sich in einer größeren Stadt abspielt, vollständig abbilden. Städte lassen sich über ihre Geschichte, Merkmale ihrer Gegenwart, die Nutzungs- und Realstruktur, über statistische Daten, Unfälle und Verbrechen, Impressionen, die Darstellung von Erlebnissen und Schicksalen oder über den Wandel bestimmter Teile der Stadt beschreiben [...]. In allen Fällen handelt es sich jedoch um die Darstellung von Ausschnitten verschiedener Facetten der Wirklichkeit. [...] Selbst wenn ein Heer von ‚Stadtsschreibern‘ alle Ereignisse festhalten wollte, würden die auffälligen ein unzulässiges Übergewicht gegenüber den unauffälligen erhalten, die öffentlichen Vorgänge eine Dominanz gegenüber den privaten bekommen. Dabei sind es häufig die kleinen alltäglichen Verhaltensweisen und Werte, die die Entwicklung der Siedlungssysteme massenhaft beeinflussen, etwa das Bedürfnis nach großzügigen Wohnungen, nach dem Wohnen im Grünen, nach individuellen Verkehrsmitteln. Trends können zwar lokal beeinflusst, kaum aber erzeugt oder zum Ende gebracht werden. Dafür geschieht Wertbildung und Orientierung viel zu überlokal, teilweise in einem weltumspannenden Prozess. Öffentliche Steuerung und Planung kann daher an herrschenden Bewegungen bestenfalls gewisse Ausprägungen beeinflussen.“

Fraglos bemühen sich Stadtplanung und Städtebau darum, das bestehende System zu optimieren: Sie versuchen,

Konflikte zu verringern oder auszuschließen, und dabei möglichst vielen Ansprüchen gerecht zu werden. Diese Tätigkeit ist auch wesentlich davon bestimmt, die Folgen von Ursachen zu mildern, die die Planerinnen und Planer nicht zu verantworten haben. Das wird zunehmend als Konflikt innerhalb der Disziplinen erlebt. Denn damit stellen sich Fragen danach, wie man sich zu diesem bestehenden System verhalten will, das nicht weniger defizitär dadurch wird, dass an den Symptomen gearbeitet wird. Dazu kommt, dass die beiden Disziplinen vielfach noch von einem dominanten Verständnis geprägt sind: Sie wollen zweckgerichtet eine gegenständliche, vom Menschen relativ unabhängige, am Gebrauch orientierte Umwelt herstellen, wobei sie sich meist technisch-ästhetischer Instrumente bedienen. Diese Verdinglichung von Stadt resultiert aus einem materiellen Raumbegriff. Um die Soziologin Martina Löw (2001: 48) zu paraphrasieren, wird Raum hier „verstanden als Territorium, welches bestimmt wird durch Größe und Dichte“; als „ein begrenztes Gebiet [...], in dem etwas stattfindet (wie in einem Behälter)“, ein abschließend bestimmter Raum, der dem Handeln gegenübergestellt und von diesem bespielt wird.

Die in diesem Heft versammelten Autorinnen und Autoren gehen auf deutliche Distanz zu dieser Haltung, und sie wehren sich gegen ein System, in dem ihre Rolle auf dessen Selbsterhaltung reduziert ist. Stattdessen unternehmen sie den Versuch, eine grundsätzliche Diskussion über das Städtische und die damit verbundenen professionellen Handlungsansätze zu führen. Sie lassen keinen Zweifel daran, dass Städte komplexe Phänomene sind. Sie fragen danach, welche Rolle das Entwerfen darin spielt, wie der städtebauliche Entwurf eingeordnet werden muss – ohne ihn und sein Potenzial zu unterschätzen, aber auch, ohne ihn mit den Erwartungen zu überfrachten, die ihn als jene Lösung für die Konflikte und Fragen präsentiert, mit denen er überfordert sein muss: Der Vorwurf, den Habermas in den 1980ern an die Architektur gerichtet hatte – dass sie sich bereitwillig habe überfordern lassen –, soll nicht und auch nicht gegenüber Städtebau und Stadtplanung, die er genauso traf, immer weiter erhoben werden können.

Anders herum formuliert heißt das: Es geht den Autorinnen und Autoren in diesem Heft also auch darum auszuloten, welche Konflikte auf den Städtebau so einwirken, dass er sein Potenzial nicht entfalten kann. Dazu müssen die Konflikte identifiziert, beschrieben, einem Handlungsfeld und damit auch Akteuren zugeordnet werden. Es muss nach dem Instrumentarium und den Methoden gefragt werden. Dabei geht es nicht darum, endgültige Lösungen zu finden, sondern darum, Entwicklungsoptionen zu öffnen und gleichzeitig Aushandlungen zuzulassen – auch das ist ein Teil des realistischen Anspruchs an Stadtplanung und Städtebau,

der notwendig ist, um ihn gewinnbringend praktizieren zu können.

Das befeuert den offenkundigen – nach wie vor oder schon wieder bestehenden – Bedarf nach einer stadttheoretischen Reflexion. Dabei ist freilich keineswegs ein Niedergang des Urbanen zu konstatieren. Vielmehr ist es den Autorinnen und Autoren darum zu tun, sich von den tradierten Denkmustern zu verabschieden und nach einer Neukonstitution des Städtischen zu suchen. Was kann Stadt jenseits quantitativer Merkmale und jenseits der physischen Gegebenheiten bedeuten?

Das heißt freilich nicht, dass alle historischen Ansätze obsolet sind. So lassen sich etwa für die 1960er-Jahre Konzepte entdecken, die angesichts rationaler Planungseuphorie und wachstumsbedingter, funktionalistischer Siedlungsvorhaben nach einem alternativen Stadtverständnis suchten beziehungsweise in der „Kulturalisierung des Alltags“ die eigentliche Aufgabe für Städtebau und Stadtplanung sahen.

Gleichzeitig ist die Skepsis mit im Boot: Viele alternative Ansätze eben jener 1960er-Jahre mündeten später in eine Überbewertung des Formalen und ein Zurückdrängen des Politischen und Gesellschaftlichen. Aus Gestaltung als Politik war mit der Kritik am Paternalismus Gestaltung statt Politik geworden. Genau diese sich als untauglich, ja mehr noch, gefährlich erwiesene Überforderung ist es, die heute Planerinnen und Planer, Städtebauerinnen und -bauer, Architektinnen und Architekten umtreibt – was die Beiträge in diesem Heft anschaulich machen.

Die Beiträge sind vielschichtig, und sie akzentuieren sehr verschiedene Aspekte. Sie bilden weder ein Manifest noch eine kohärente Theorie. Aber sie teilen eine Frage: Wie lässt sich eine Verknüpfung von Handlungsebenen, von Methoden, von politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und ökonomischen Zusammenhängen organisieren? Wie kann es gelingen, dass Planung keine Bemäntelung oder Beschönigung von ungelösten und sich verschärfenden Konflikten ist, dass Städtebau nicht zum Erfüllungsgehilfen einseitiger ökonomischer Gewinnstrategien degeneriert, dass Architektur sich nicht weiter aufspaltet in selbstreferenzielle Nabelschau, instrumentalisierbare Semantik und banalste Massenware?

Gesucht wird gerade keine kohärente und schon gar keine kohärente gestalterische Vorstellung der Organisation von Stadt, sondern vielmehr nach der Möglichkeit, Verantwortung wahrzunehmen.

Vor allem vier Punkte lassen sich herauskristallisieren:

- Architektinnen und Architekten, Städtebauerinnen und -bauer sowie Raumplanerinnen und -planer kommen zwar aus unterschiedlichen disziplinären Kulturen, das Defizit an Koordinierung von Planung und Gestaltung empfinden jedoch alle.
- Die Weiterentwicklung der Idee der „Europäischen Stadt“ lässt sich nicht mit einer Formel beantworten. Welche räumlichen Modelle welcher städtische Raum erfordert, bleibt genauso strittig wie die Frage, wie viel „Moderne“ in die heutige Stadt gehört – und was darunter zu verstehen sei.
- Es gibt es erkennbar ein gemeinsames politisches Anliegen: den in den vergangenen Jahren des „Economic Turn“ verlorenen politischen Einfluss auf die Form des urbanen Raums wieder zurückzugewinnen.<sup>1</sup>
- Stadt ist kein räumlich isolierbares Phänomen, wo auch immer man die Grenzen ansetzen mag. Die Verknüpfung mit weiteren räumlichen Bezugssystemen und nicht unmittelbar räumlich intendierten Prozessen ist wesentlich, um gestalten zu können.

Bemerkenswert scheint auch, dass hierin eine Kritik an der vorhergehenden Generation von Planerinnen und Planern sowie Hochschullehrerinnen und -lehrern implizit ist, ohne dass das im Einzelfall konkret und direkt adressiert werden muss. Dieses lose Bündnis von Lehrenden und Praktizierenden muss von einem gegenseitigen Verständnis füreinander getragen sein. Es will deswegen nicht den Anspruch haben – und darf dies auch nicht –, repräsentativ für die gesamte Hochschullandschaft zu sein. Dennoch drückt sich in den Positionen ein Unbehagen darüber aus, mit den altbekannten Rhetoriken und fordernden Behauptungen in eine Sackgasse manövriert worden zu sein. Eine Sackgasse, weil der Blick auf einen Teil der gebauten und der sozialen Realität schlichtweg ausgeblendet wird, weil die Abhängigkeit von

---

(1) Diese drei Aspekte stellen auch eine Art Verständigungsgrundlage dar in einem Disput, der nicht nur in seinem Entstehungsjahr 2014 viel Wirbel in der Fachgemeinde erzeugte. Auf der einen Seite stand die „Kölner Erklärung“, initiiert von Christoph Mäckler, Wolfgang Sonne, Jörn Walter, Peter Zlonicky und anderen. Auf der anderen Seite, und als Reaktion darauf, das Positionspapier „100% Stadt“, unterschrieben unter anderem von Frauke Burgdorff, Carl Fingerhuth, Christa Reicher, Martin zur Nedden. Bei einem moderierten Gespräch mit einigen der Kombattanten im Deutschen Architekturzentrum Berlin (DAZ) im Januar 2015 wurden diese Punkte einvernehmlich herauspräpariert (vgl. Geipel 2015).

## TEAM Schengen: Wie dieses Heft entstanden ist

Die Beiträge dieses Heftes sind Texte von Professorinnen und Professoren, die sich, initiiert von Maren Harnack, Stefan Rettich und Joachim Schultz-Granberg, zu einem informellen Bündnis zusammengefunden haben – dem *TEAM Schengen*, das in einen paneuropäischen Diskurs über den Städtebau eintreten möchte. Die Mitglieder vertreten verschiedene Richtungen der mit den Themen der Stadt befassten Fachgebiete an Hochschulen aus dem deutschsprachigen Raum. Der 2019 begonnene Austausch dient dazu, den Städtebau zwischen Planung und Architektur zu positionieren.

Angesichts der großen gesellschaftlichen Herausforderungen verfolgt die Gruppe zum Ersten das Ziel einer internen Diskussion, um die Grundlagen der eigenen Arbeit kritisch zu hinterfragen und an die Fragen der Zeit anzupassen. Zu den verhandelten Themen gehören die Finanzialisierung der Boden- und Immobilienmärkte, der anhaltende Flächenverbrauch und die disruptive Wirkung der Digitalisierung auf städtische Funktionen und bedeutende Bausteine der Stadt. Auch die Auseinandersetzung mit der Polarisierung der Gesellschaft, mit in Teilen populistischen Tendenzen, gehört zu diesen Herausforderungen. Denn die Gestaltung der Städte nach gemeinwohlorientierten Prinzipien wird unter diesen Bedingungen immer schwieriger. Hinzu kommen die sogenannten *Known Unknowns*, also die Herausforderungen, die zwar bekannt sind, aber nicht wann und in welchem Umfang sie auf den Plan treten werden. Dies sind insbesondere die globalen Migrationsbewegungen und die durch den Klimawandel ausgelösten Umweltereignisse und Langzeitveränderungen.

Der Verweis auf „Schengen“ ist vor diesem Hintergrund als Kritik an dem Paradigma der sogenannten „Europäischen Stadt“ zu verstehen. Die Gruppe misst diesem traditionellen, maßgeblich auf die Form bezogenen Ansatz nicht genügend Potenzial zur Begegnung der anstehenden Aufgaben zu. Zudem haben Begriff und Diskurs der „Europäischen Stadt“ außerhalb der Grenzen Deutschlands keine wesentliche Bedeutung. „Schengen“ steht dagegen für Offenheit – für eine Öffnung der Nationalstaaten; für kulturelles, gesellschaftliches und ökonomisches Zusammenwachsen; für gemeinwohlorientierte Werte, wie in der Neuen Leipzig-Charta gefordert. Das *TEAM Schengen* versteht über Grenzen und das Formale hinausreichende Lösungsansätze als Voraussetzung für die große Transformation, vor der das europäische Städtetz heute steht.

Der Austausch zwischen Theorie, Vermittlung und Praxis hat zum Zweiten das Ziel, sich gegenseitig in Fragen der Lehre zu unterstützen und zu bereichern. Forschungsthemen und Lehrformate stehen dabei gleichermaßen im Mittelpunkt. Die Studierenden von heute werden die Städte von morgen gestalten. Sie sollen für die wichtigen Themen sensibilisiert werden, ohne dies mit festgelegten Vorstellungen zu verknüpfen. Ziel ist die Vermittlung eines Instrumentariums, das ihnen erlaubt, auch auf zukünftige, heute noch nicht absehbare Herausforderungen reagieren und diese gestalten zu können.

Und schließlich geht es zum Dritten darum, den Austausch nach außen zu tragen, auch, um ihn mit denen zu führen, die in der täglichen Arbeit damit befasst sind, Entscheidungen und Grundlagen für die stetige Fortschreibung des Städtischen zu führen: Hier sind vor allem die in Verwaltungen und in Politik aktiven Personen adressiert. Sie sind die wichtige Schnittstelle zwischen Theorie, Forschung und Ausbildung, an der sich die Tragfähigkeit von sowohl pädagogischen Konzepten als auch von konzeptionellen und grundlegenden Überlegungen erweisen und bewähren muss.

Zum Start der nach außen gerichteten Kommunikation, aber auch zur eigenen Positionsbestimmung, wurde von September 2020 bis Juli 2021 eine Serie von Beiträgen im unabhängigen Onlinemagazin für Architektur und Stadt Marlowes initiiert ([www.marlowes.de/staedtebau-positionen](http://www.marlowes.de/staedtebau-positionen)). Diese Serie liegt den in dieser Ausgabe veröffentlichten Beiträgen zugrunde. In ihr stellen die einzelnen Mitglieder ihre Positionen vor. Der Schwerpunkt liegt auf Gestaltungsfragen wachsender Städte, wobei „Gestaltung“ hier als offener Begriff verwendet wird.

Marlowes verfolgt seit seiner Gründung 2017 das Ziel, einen Diskursraum für Themen der Architektur und Stadt zu öffnen, der insbesondere nach der Einbindung von Gestaltungsfragen in den politischen und gesellschaftlichen Kontext fragt. Die Kooperation Städtebau.Positionen war daher für beide Seiten gewinnbringend, was sich auch darin zeigt, dass die Informationen zur Raumentwicklung die Beiträge aufgreifen. Dafür bedanken sich die Initiatorinnen, Initiatorinnen, Autorinnen und Autoren ganz herzlich.

Wirtschaftsinteressen mit markigen Erklärungen zu vertuschen versucht wird, die umso lauter sind, je offensichtlicher diese Abhängigkeit ist. Eine Sackgasse, weil beängstigenderweise auch keine anderen Antworten auf die Herausforderungen des Klimawandels gegeben werden als die, das tradierte Rezeptwissen taue auch für sie. Man geht nicht zu weit, wenn damit auch die Frage danach gestellt wird, wie und unter welchen Umständen die Verwendung des Begriffs der „Europäischen Stadt“ überhaupt noch sinnvoll ist, ohne missverständlich, einseitig oder exklusiv zu sein.

Unsere disziplinären Vorstellungen, was Stadt ist, stehen also auf dem Prüfstand. Die in diesem Heft dargelegten Positionen bieten die Chance, den Stadtbegriff aus der normativen Logik von Wachstum und Gebautem zu befreien und um neue Qualitäten zu erweitern. Wobei die Erweiterung um handlungsorientierte Aspekte zu einem prozesshaften und vielschichtigen Stadtbegriff führt, der auf theoretischer Ebene schwer zu fassen ist. Nach diesem Verständnis entsteht

Stadt durch Interaktionen zwischen verschiedenen Akteuren im städtischen Raum oder durch das Wechselspiel von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie gebauter Umwelt.

Implizit wird ein grundlegender Aspekt adressiert: Wie kommuniziert sich eigentlich städtebauliche Zukunft, wenn man sie als offen annimmt? Diese Ausgangsfrage rührt prozessual wie inhaltlich-materiell an den Grundlagen städtebaulichen Entwerfens, da sich die Zukunft der Stadt, wie die Disziplin über das 20. Jahrhundert immer wieder vorgeführt bekam, Visionen und Masterplänen weitgehend entzieht. Mit Plänen auf einen Zielzustand X hinzusteuern, der nichts anderes ist als eine Extrapolation des Weiter-So: Das ist ungenügend. An die Stelle von suggestiven Schaubildern und der sie untermalenden Urbanitätsrhetorik müssten Denkräume treten, die die Zukunft der Stadt und des Städtebaus offener und zugleich realitätsnäher verhandeln. Vor diesem Hintergrund stellt dieses Heft facettenreiche Positionen zur Diskussion.

## Literatur

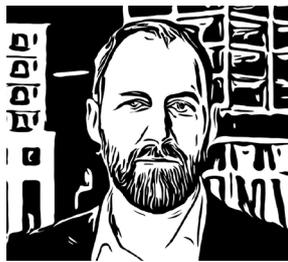
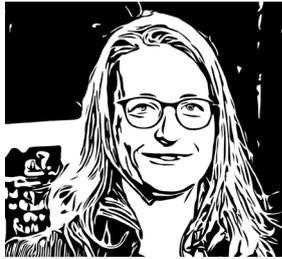
**Geipel, K.**, 2015: Städtebau! – Eine Debatte um die Gestalt der Stadt. Bauwelt Nr. 12. Zugriff: <https://www.bauwelt.de/artikel/Staedtebau-Eine-Debatte-um-die-Gestalt-der-Stadt-Koelner-Erklaerung-2302589.html> [abgerufen am 27.08.2021].

**Löw, M.**, 2001: Raumsoziologie, Frankfurt am Main.

**Wikipedia**, o. J.: Stadtmorphologie. Zugriff: <https://de.wikipedia.org/wiki/Stadtmorphologie> [abgerufen am 27.08.2021].

# TEAM SCHENGEN

## Grundsätze



Quelle: TEAM Schengen

Die in diesem Heft versammelten Beiträge sind eine erste Positionsbestimmung des *TEAM Schengen*. Sie stehen zunächst für individuelle Ansätze einzelner Persönlichkeiten. Diese setzen Themen, mit denen sie sich intensiv und in engem Austausch mit ihrem fachlichen Umfeld beschäftigt haben. Einen Anspruch auf vollständige Behandlung des Themas Stadt erheben dabei weder die einzelnen Beiträge noch die komplette Sammlung. Die Beiträge sind aber von einer gemeinsamen Haltung geprägt, der die Mitglieder des *TEAM Schengen* – unabhängig von fachlichen Spezialisierungen – miteinander verbindet:

**1** Unsere Vorstellung von Stadt ist geprägt von Offenheit, Heterogenität, Prozesshaftigkeit. Stadt wird nie fertig – sie wird immer aufs Neue verhandelt und produziert. Städtebauliches Gestalten soll für zukünftige Veränderungen und Entwicklungen offen sein und diesen Transformationen Raum bieten.

**2** Stadtentwicklung und Stadtpolitik sollen sich am Gemeinwohl orientieren. Teilhabe, die Zugänglichkeit städtischer Räume, Inklusion und Diversität sind Grundvoraussetzungen von Urbanität. Stadt muss für alle Gruppen Aneignungs- und Identifikationspotenziale bieten. Das Recht auf Stadt gilt für alle, auch für jene, die benachteiligt sind oder ausgegrenzt werden.

**3** Gestaltung im Sinne des klassischen Entwurfs ist für uns keine Nebensache, aber gute Gestaltung muss mehr sein als das Design der Oberfläche. Wir messen dem Gebrauch der Stadt einen essenziellen Wert bei.

**4** Wir sind skeptisch gegenüber dem immer noch dominierenden Wachstumsparadigma einer Konsumgesellschaft sowie gegenüber dem Glauben, dass technologischer Fortschritt allein die sozialökologische Krise unserer Zeit lösen wird. Klimawandel, Ressourcenschwund, Artensterben und soziale Ungerechtigkeit sind die größten Herausforderungen, vor denen auch der Städtebau steht. Sie fordern strukturelle Veränderungen in allen Bereichen.

**5** Wir verstehen „Stadt“ und „Land“ nicht als zwei unabhängig voneinander existierende Raumtypen. Stadt und Land sind eng miteinander verflochten und werden weitgehend von denselben Kräften geprägt. „Natur“ und „Kultur“ sind keine Gegensätze, sondern produktiv und behutsam in Interaktion zu bringen. Wir müssen in Stadtlandschaften Urbanität herstellen, ihre Biodiversität schützen und die Nahrungsmittelproduktion ohne lange Transportwege sicherstellen.

**6** Brüche und Widersprüche sind für uns kein Mangel, sondern eine Anregung für Gestaltungsfragen und Aushandlungsprozesse. Sie fordern uns auf, situationseigene Logiken zu erkennen und daraus situationsspezifische Lösungen zu entwickeln, ohne a priori auf bestimmte Typologien festgelegt zu sein.

**7** Wir begreifen Boden als Gemeingut und fordern von der Politik robuste Instrumente, um einerseits den kommunalen Bodenvorrat zu vergrößern, und um andererseits auch private Grundflächen in Zukunft dem Gemeinwohl dienstbar zu machen.

**8** Die Funktionstrennung muss überwunden werden. Damit meinen wir nicht nur die Nutzung von Erdgeschoss als Ladenlokale oder die Integration kleiner Manufakturen in Wohngebieten, sondern eine neue Durchdringung von Produktion, Dienstleistung, Erholung sowie auch des Wohnens.

**9** Digitalisierung birgt sowohl Chancen als auch Gefahren. Sie erzeugt Leerstände und Freiflächen im Einzelhandel, im Dienstleistungssektor und im produzierenden Gewerbe – ermöglicht aber auch Wohnen und Arbeiten zusammenzuführen. Die entstehenden urbanen Obsoleszenzen müssen vorausschauend gesichert und für die sozialökologische Wende fruchtbar gemacht werden.

**10** Wir plädieren dafür, die Flächenversiegelung radikal zu reduzieren und den Abbruch von Gebäuden weitgehend zu stoppen. Architektur und Städtebau ist heute vor allem die Transformation des Bestands, dem wir vorurteilsfrei in all seiner Komplexität begegnen müssen.

Als unabhängige Expertinnen und Experten im öffentlichen Dienst sehen wir es als unsere Pflicht an, im Sinne des Gemeinwohls auf die Stadtentwicklung einzuwirken und unser Fachwissen anzubieten, um dabei zu helfen, die drängenden Fragen zu unserem zukünftigen Zusammenleben zu beantworten oder zumindest anzugehen. Ebenso halten wir es für unabdingbar, schnellstmöglich die nachfolgende, jüngere Generation von Planerinnen und Planern sowie Stadtaktivistinnen und -aktivisten einzubinden und sie an Entscheidungsprozessen partizipieren zu lassen. Insofern sind unsere hier veröffentlichten Positionen sowohl ein Gesprächsangebot an alle Entscheidungsträgerinnen und -träger, die aktuell mit der Stadtentwicklung und ihrer Steuerung befasst sind, als auch an vorangegangene und nachfolgende Generationen.



Foto: Leonhard Schenk

# STADTBAUKUNST

Ein Blick zurück, ein Blick nach vorne

Stadtbaukunst fand in Praxis und Diskurs ihren Höhepunkt vor dem Ersten Weltkrieg. Schon länger fordern verschiedene Akteure ihre Neuentdeckung – obwohl die Situation heute eine andere ist als vor über hundert Jahren.

**Prof. Leonhard Schenk**

leitet seit 2003 das Fachgebiet Städtebau und Entwerfen an der HTWG Konstanz. 2009 gründete er in Stuttgart das Büro LS Architektur Städtebau, nachdem er von 1992 bis 2008 Gründungsmitglied und Gesellschafter im Büro Lehen drei Architekten Stadtplaner war.  
leonhard.schenk@htwg-konstanz.de

Ende des 19. Jahrhunderts fordern immer mehr Fachleute Richtlinien für die räumliche Planung der Stadt. Grund ist die „Verwandlung der Welt“ (vgl. Osterhammel 2009), die sich aus der Industrialisierung und frühen Globalisierung ergibt. Die Einwohnerzahl der Städte explodiert: Kleinstädte wachsen zu Mittel- und Großstädten, Großstädte zu Metropolen. Während an der einen Stelle prächtige Boulevards entstehen, führen der Bevölkerungsdruck und die Industrialisierung an vielen anderen Stellen zu extremen hygienischen und sozialen Missständen. Das alles mündet letztlich in der Gründung einer neuen Planungsdisziplin, dem Städtebau.

Das umfangreichste Werk dieser Zeit ist das Buch von Josef Stübben „Der Städtebau“. Die Erstauflage erscheint 1890. Als einer der Ersten fasst er die gestalterischen Gesichtspunkte unter dem architektonischen Begriff „Entwurf“ zusammen und bespricht sie von der Stadtbaugeschichte bis hin zu den technischen Details.

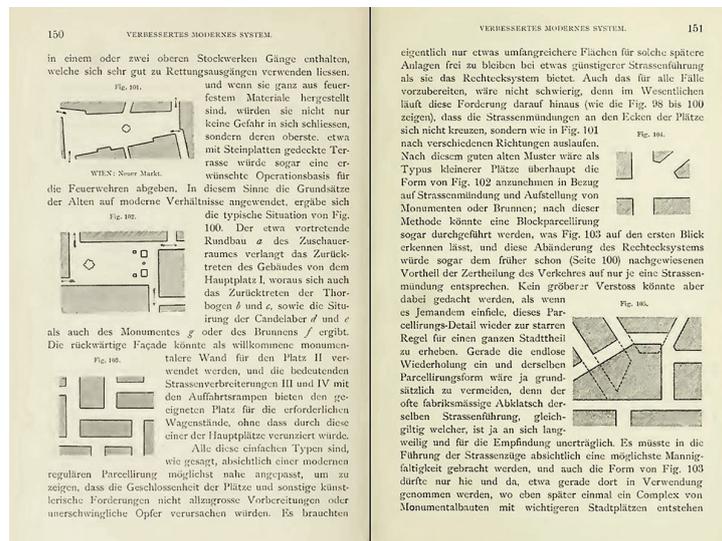
Die erste Fachzeitschrift zum Thema mit dem Namen „Der Städtebau“ erscheint 1904, gegründet von dem Wiener Architekten Camillo Sitte und seinem preußischen Berufskollegen Theodor Goecke. Die monatlich herausgegebene Zeitschrift entwickelt sich zu einem erfolgreichen Medium, in dem namhafte Experten publizieren. Sie zielt darauf ab, die „tausendfältige Einzelarbeit zu einem zusammenschließenden Ganzen“ (vgl. Goecke/Sitte 1904: 1) zu vereinigen. 1889, also schon fünfzehn Jahre zuvor, veröffentlicht Camillo Sitte die erste Auflage seines Buchs „Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen“. Es macht ihn von jetzt auf gleich berühmt und katapultiert den Begriff „Stadtbaukunst“ – den er nur beiläufig an zwei Stellen erwähnt – in

## Zur Stadtbaugeschichte des 20. Jahrhunderts

Für die Stadtbaugeschichte des 20. Jahrhunderts lässt sich vereinfachend konstatieren: Es ging vom Block zur Zeile – und wieder zurück. Oder vom geometrischen zum topologischen Raum der Stadt und wieder zurück, oft vereinfacht benannt als eine Bewegung vom Stadtraum zu dessen Auflösung und zurück (vgl. Günzel 2017: 35).

Aber der Reihe nach: Viele Stadtquartiere des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts überzeugen durch bauliche und stadträumliche Qualitäten. Die Menschen erleben jedoch auch eine Zeit des radikalen Umbruchs in allen gesellschaftlichen Bereichen: Osterhammel (2009) beschreibt, wie uns die hier beginnende Effizienzsteigerung durch Technik, Mo-

### 1 Camillo Sitte „verbessertes modernes System“



Quelle: Sitte 1901: 150 f.

die Diskussion. Sitte plädiert dafür, den „Stadtbau als Kunstwerk“ und nicht „nur als technisches Problem“ zu verstehen. Der Städtebauer müsse zudem „bei den Alten in die Schule“ gehen. Sitte sieht sich zwar als entschiedener Gegner der damals üblichen geometrischen, schematisch gerasterten Stadterweiterungsplanung, dennoch schließt er ein „verbessertes modernes System“ nicht aus und formuliert im finalen Abschnitt seines Werks die Vision einer „Stadtregulierung nach künstlerischen Grundsätzen“ (vgl. Sitte 1901).

bilität, globale, wirtschaftliche und kommunikative Vernetzung heute noch prägt. Im Kapitel „Städte: Europäische Muster und weltweiter Eigensinn“ legt er ausführlich dar, dass die meisten „Merkmale heutiger Urbanistik“ (Osterhammel 2009: 463), wie räumliche Verdichtung und Vertikalisierung (z. B. mittels Hochhäuser), die Entwicklung neuer internationaler Stadttypen (z. B. Industriestädte, Seebäder etc.) und der beispiellose Ausbau der städtischen Infrastruktur mit Energie-, Verkehrs- und Kommunikationstechnik, ihren Ursprung im 19. Jahrhundert haben.

Aufgrund des rasenden Umbruchs stellen sich um 1900 viele die Frage, wie die Welt in hundert Jahren aussehen wird:

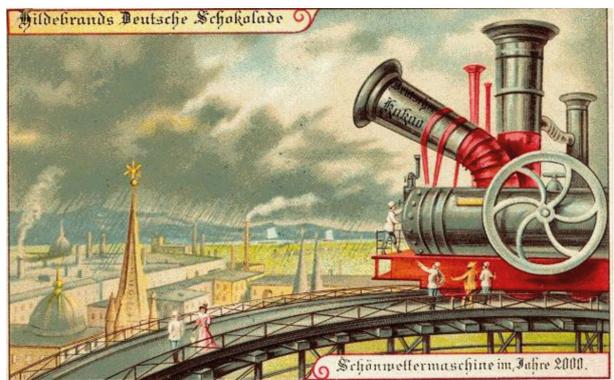
Wird es im Jahre 2000 bewegliche Häuser, überdachte Städte oder Schönwettermaschinen geben (vgl. Abb. 2)? Schon bald verändert das Automobil die Stadt wie fast keine andere Erfindung dieser Zeit. Während des Wirtschaftswunders werden aus Stadterweiterungen Großwohnsiedlungen im Grünen. Was dort als Platz gilt, ist oftmals nur die Abstandsfläche vor einem Großbauvorhaben. Die Diskussion über die Schönheit eines Straßenraums, ob gekrümmt oder gerade, wie um 1900 zwischen Henrici und Stübgen entbrannt (vgl. Kühn 1981: 24), erübrigt sich – es gibt ja zumeist keinen baulich gefassten Straßenraum mehr. Das frei gestellte Bauvolumina entlang eines Verkehrswegs gilt dagegen als modern und innovativ. Die Stadtbaukunst ist damit endgültig am Ende. Oder wie Le Corbusier in der Charta von Athen 1933 formuliert: „Das Haus wird von da an nicht mehr durch seinen Gehsteig an der Straße kleben“ (zit. n.: Hilpert 1988: 128). Nicht nur das Automobil ist schuld an diesem Raumverlust. Er war gewollt. Allerdings wirkt das Automobil als Brandbeschleuniger der räumlichen Diffusion der Stadt in der Nachkriegszeit. Um 1960 wirft die italienische Typologie-Debatte einen neuen Blick auf die alte Stadt. Der Architekt Saverio Muratori stellt über die Analyse der traditionellen Stadt fest,

dass Typologie, Morphologie und der gesamte städtische Organismus aufeinander aufbauen würden. Stadtgeschichte, architektonische und städtische Neuplanung seien als Einheit zu werten (vgl. Lampugnani 2000: 157). Hier knüpft Städtebau wieder an seine Vergangenheit an. Passend dazu wächst fast zeitgleich auch die Kritik am modernen Städtebau. In ihrem Buch „Tod und Leben großer amerikanischer Städte“ prangert die Stadt- und Architekturkritikerin Jane Jacobs 1961 die rücksichtslosen Flächensanierungen in New York an. Zugleich verweist sie auf die Qualität traditioneller Stadträume und mannigfaltiger, gemischt genutzter Stadtstrukturen.

Die denkmalgerechte Sanierung von Altstädten überall in Europa beginnt 1970. Bologna wird in diesem Zusammenhang zum urbanistischen Wallfahrtsort: Unter Schutz stehen hier nicht mehr nur einige ausgewählte Gebäude, sondern das gesamte Zentrum (vgl. Bodenschatz/Harlander 2014: 357–376). 1975 ruft der Europarat unter dem Motto „Eine Zukunft für unsere Vergangenheit“ das Europäische Denkmalschutzjahr aus.

2

Visionen um 1900: Wie wird das Leben in hundert Jahren aussehen?



Quelle: Wikimedia Commons, Public Domain, Theodor Hildebrand & Sohn



Foto: pixabay.com/Clarissa Vannini

Bologna: Ab 1970 urbanistischer Wallfahrtsort – das gesamte Zentrum steht seither unter Denkmalschutz

## Stadt ist ständig in Bewegung: Wie passt da Stadtbaukunst?

Rückblickend erscheint die historische Stadtbaukunst unter dem Oberbegriff „Städtebau“ als lebendiger Diskurs höchst unterschiedlicher Akteure – selbst der Erfinder der „künstlerischen Grundsätze“ Camillo Sitte nannte seine Zeitschrift „Der Städtebau“ und nicht „Die Stadtbaukunst“. Heute besetzt vor allem das Deutsche Institut für Stadtbaukunst den Begriff, beansprucht damit Deutungshoheit und versammelt wichtige politische Entscheidungsträgerinnen und -träger um sich.

Ursprünglich diene die Stadtbaukunst dazu, der Baukunst im Städtebau ein kongeniales Gegenstück zur Seite zu stellen. Es ist daher fraglich, ob sich der Begriff „Stadtbaukunst“ aus diesem historischen Kontext herauslösen und als Programm zur Bewältigung aller heutigen Probleme verwenden lässt. Der Kunstbegriff impliziert, dass etwas Zeitloses

und Vollendetes geschaffen wird. Stadt ist jedoch ständig in Bewegung. Dass es künstlerisch herausragende oder im Sinne des Denkmalschutzes erhaltenswerte städtebauliche Anlagen gibt und auch künftig geben wird, steht dabei außer Frage. Als planerische Zieldefinition oder gar moralische Instanz scheint Stadtbaukunst kaum geeignet.

Akteure im Städtebau betrachten zunächst nur die baulich-räumliche Struktur. Dabei beeinflussen sie kaum, was die Politik, Bürgerinnen und Bürger, Investorinnen und Investoren sowie Unternehmen daraus machen. Mittlerweile bewährte Instrumente können diese Problematik lösen: Sie reichen von vorbereitender Bürgerbeteiligung über darauf aufbauende Wettbewerbe, weitere partizipative Prozesse und Konzeptvergabeverfahren bis hin zur baukulturellen Qualitätssicherung.

## Stadtplanung, Städtebau und Stadtbaukunst

In der heutigen Debatte werfen viele Akteure die Begriffe Stadtplanung, Städtebau und Stadtbaukunst durcheinander. Dabei gibt es in der Definition durchaus Unterschiede.

**Stadtplanung** ist das „Bemühen um eine den menschlichen Bedürfnissen entsprechende Ordnung des räumlichen Zusammenlebens – auf der Ebene der Stadt oder der Gemeinde“ (vgl. Albers 1988: 4).

Der **Städtebau** liegt an der Schnittstelle zwischen Stadtplanung und Architektur. Er lässt sich als „baulich-räumliche Organisation“ (vgl. Frick 2006: 15) der Stadt und auch als gestalterischer Teil der Stadtplanung bezeichnen.

Die heutige **Stadtbaukunst** will das ganzheitliche Betrachten des Bauens, sozial, ökonomisch, politisch, ökolo-

gisch, technisch und kulturell – unter besonderer Berücksichtigung des „künstlerischen Charakter[s] und eine[r] ästhetisch-gestalterische[n] Seite der Stadt“ – „für jegliche städtebauliche Planung in Deutschland“ etablieren (vgl. Deutsches Institut für Stadtbaukunst o. J.).

Mit diesem Selbstverständnis einer heutigen Stadtbaukunst sind Konflikte vorgezeichnet: Die Stadtbaukunst scheint einerseits viel zu weit in das Metier der Stadtplanung einzudringen, kann Architektinnen und Architekten andererseits nicht weit genug ausgreifen. Zugunsten des eigenen Anspruchs spricht sie Vertreterinnen und Vertretern des Städtebaus mehr oder weniger den Gestaltungsanspruch ab.

## Wie Städte in Zukunft sein sollten

Kräfte, die eine lebenswerte Stadt fördern, sind auch, aber eben nicht ausschließlich gestalterischer Natur. Sie wirken nicht nur an der baulichen Oberfläche, sondern liegen konzeptionell im Hintergrund. Ein Beispiel dafür ist der Abschied von der Priorisierung des Autoverkehrs, den auch der dänische Stadtplaner Jan Gehl (vgl. Gehl 2015) anmahnt. Jacobs „Tod und Leben großer amerikanischer Städte“ (vgl. Jacobs 1963) ist weiterhin größtenteils aktuell. Wie Stadtplanung und Städtebau die Qualität der Beziehungen von Menschen untereinander beeinflussen, zeigt auch Charles Montgomery in seinem Buch „Happy City. Transforming Our Lives Through Urban Design“ an internationalen Praxisbeispielen: wie zum Beispiel Stadtquartiere und ihre Bewohner und Bewohnerinnen davon profitieren, wenn der Automobilverkehr zugunsten von Fahrrad- und Fußverkehr reduziert wird oder wie zahlreiche Schlafstädte des US-amerikanischen Urban Sprawls aktuell neu programmiert, urbanisiert und repariert werden (vgl. Montgomery 2013).

Eine interessante Rolle kann laut Hoffmann-Axthelm (1990) in diesem Zusammenhang auch der Parzellenbau einneh-

men: Für ihn ist die Parzelle Verteilungseinheit, Nutzungseinheit für Funktionsmischung und Basis der Stadtökologie. Darüber hinaus funktionieren das städtische Haus auf der Parzelle als soziale Einheit, historische Speichereinheit und Wahrnehmungseinheit. Selbst der Ausfall einzelner Zellen lasse das System insgesamt nicht kollabieren. Die Siedlung oder Wohnmaschine der Moderne könne dies alles nicht leisten. Wohltuend vermeidet Hoffmann-Axthelm dabei, auf Stilfragen in der Architektur einzugehen. Ebenfalls nennt er keine Mindest- oder Maximalgrößen oder potenzielle Bauherrschaften.

Selbst wenn manch eine oder einer das anders sehen mag, ist der Parzellenstädtebau nicht das Primat von Privaten. Er eignet sich auch für gefördertes, soziales Wohnen, genossenschaftliches Bauen und Erbbau. Die Mehrkosten für Nachhaltigkeit, Resilienz und Autarkie ergeben sich lediglich aus den zusätzlichen Brandwänden und einem innovativen Mobilitätskonzept, das flächendeckende Tiefgaragen vermeidet. Bezogen auf die Nutzungsdauer und nachhaltige Flexibilität sind das Kleinigkeiten. Manch schöne Rekonstruktion

einer Altstadt – mit abwechslungsreichen Stadträumen und vermeintlich kleinteiliger Gebäudestruktur – entpuppt sich dagegen in der Realität als große Maschine und ist damit nahezu für ewig in Stein gemeißelt (vgl. Jung 2018: 23).

An guten Beispielen und Empfehlungen jenseits einer institutionalisierten Stadtbaukunst mangelt es – wie dieser Beitrag andeutet – also nicht. Sie erfahren jedoch im planerischen und vor allem im politischen Alltag zu wenig Beachtung. Die wichtigste Erkenntnis ist aber vielleicht, dass wir Stadtstrukturen und Architekturen bauen müssen, die resilient, multifunktional und wandlungsfähig sind, die heute hervorragend und auch künftig gut funktionieren und von der Bewohnerschaft angenommen werden. Ähnlich wie wir viele historische Stadtquartiere schätzen, sollten künftige Generationen auch die zeitgenössischen wertschätzen können. Eine gute Gestaltung und eine Prise Stadtbaukunst können dieses Ziel befördern.



Foto: Leonhard Schenk

Loretto-Areal, Tübingen:  
Parzellierter, gemischt genutzter Städtebau

## Literatur

**Albers, G.**, 1988: Stadtplanung. Eine praxisorientierte Einführung, Darmstadt.

**Bodenschatz, H.; Harlander, T.**, 2014: 40 Jahre Stadterneuerung Bologna. In: Bonacker, M.; Jessen, Johann (Hrsg.): Stadtraum und Stadtgesellschaft – Erika Spiegel zum Neunzigsten, Esslingen.

**Deutsches Institut für Stadtbaukunst**, o. J.: Über uns. Zugriff: <https://www.stadtbaukunst.de/institut/ueber-uns> [abgerufen am 23.06.2021].

**Frick, D.**, 2006: Theorie des Städtebaus, Tübingen/Berlin.

**Gehl, J.**, 2015: Städte für Menschen, Berlin.

**Goecke, T.; Sitte, C.**, 1904: An unsere Leser. In: diess. (Hrsg.): Der Städtebau. Monatszeitschrift für die künstlerische Ausgestaltung der Städte nach ihren wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Grundsätzen, 1. Jahrgang/Heft 1, Berlin.

**Günzel, S.**, 2017: Raum. Eine kulturwissenschaftliche Einführung. Bielefeld.

**Hilpert, T.** (Hrsg.), 1988: Le Corbusiers Charta von Athen. Kritische Neuausgabe, Braunschweig.

**Hoffmann-Axthelm, D.**, 1990: Warum Stadtplanung in Parzellen vor sich gehen muß. In: Bauwelt, Heft 48: 2488–2491.

**Jacobs, J.**, 1963: Tod und Leben großer amerikanischer Städte, Berlin (Deutsche Erstausgabe).

**Jung, S.**, 2018: Einkaufszentrum ohne Dach. In: Neue Altstadt Frankfurt am Main, Baunetzwoche #519 vom 13.09.2018. Zugriff: [https://www.baunetz.de/baunetzwoche/baunetzwoche\\_ausgabe\\_5491476.html](https://www.baunetz.de/baunetzwoche/baunetzwoche_ausgabe_5491476.html) [abgerufen am 23.06.2021].

**Kühn, E.**, 1981: Architektenbeschimpfung, Henrici und städtebauliche Konstanten. In: Curdes, G.; Oehmichen, R. (Hrsg.): Künstlerischer Städtebau um die Jahrhundertwende. Der Beitrag von Karl Henrici, Köln/Stuttgart.

**Lampugnani, V. M.**, 2000: Die Erfindung der Erinnerung. Die Abenteuer der typologischen Stadt in Italien 1966-1997. In: Meier, H. R.; Wohleben, M. (Hrsg.): Bauten und Orte als Träger von Erinnerung. Die Erinnerungsdebatte und die Denkmalpflege, Zürich.

**Montgomery, C.**, 2013: Happy City. Transforming Our Lives Through Urban Design, London.

**Osterhammel, J.**, 2009: Die Verwandlung der Welt. Eine Geschichte des 19. Jahrhunderts, München.

**Sitte, C.**, 1889: Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, Wien (1. Auflage).

**Sitte, C.**, 1901: Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, Wien (3. Auflage).

**Stübgen, J.**, 1890: Der Städtebau. Handbuch der Architektur, Stuttgart (1. Auflage).

**Stübgen, J.**, 1907: Der Städtebau. Handbuch der Architektur, Stuttgart (2. Auflage).



Foto: Maren Harnack

# LÜCKEN FÜR DAS UNPLANBARE

## Produktive Ineffizienz im Städtebau

**Altbauquartiere werden in Deutschland hochgeschätzt, während Neubauquartiere fast immer als seelenlos gelten. Das liegt allerdings nicht daran, dass früher besser gebaut wurde. Dieser Beitrag diskutiert, welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind.**

---

**Prof. Dr.-Ing. Maren Harnack**

studierte Architektur, Stadtplanung und Sozialwissenschaften in Stuttgart, Delft und London. Sie ist seit 2011 Professorin für Städtebau an der Fachhochschule Frankfurt am Main. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen im sozialen Wohnungsbau, dem Städtebau der Moderne und dem Imagewandel von Gebäuden und Quartieren.

[maren.harnack@fb1.fra-uas.de](mailto:maren.harnack@fb1.fra-uas.de)

Das Buch „Die gemordete Stadt“ ist eine typische Verlosterzählung, die der romantischen Vorstellung nachhängt, dass früher zwar nicht alles, aber in Stadtplanung und Architektur eben doch vieles besser war (vgl. Siedler et al. 1964). Das in den 1960er-Jahren erstmals erschienene Werk stellt Bilder von stark verzierten, gusseisernen Schildern, Geländern und anderen Elementen neben Bilder von damals modernen Beispielen wie dem Hansaviertel. Die Zielrichtung ist klar: Für die Autorinnen und Autoren sorgen die verzierten Elemente aus dem 19. und frühen 20. Jahrhundert dafür, dass die Quartiere menschlich werden und sich Bewohnerinnen und Bewohner mit ihnen identifizieren können. Die modernen Beispiele kritisiert das Buch hingegen als anonym, gestalterisch bescheiden und von geringem Wert.

Die Meinung, dass alte Quartiere interessanter, lebendiger und gemeinschaftsfördernder sind als nach dem Zweiten Weltkrieg gebaute, dominiert bis heute nicht nur den populären Diskurs, sondern ist auch in der Fachwelt weit verbreitet. Das war aber nicht immer so: Werner Hegemann zeigt in seiner 1930 erstmals veröffentlichten Polemik „Das steinerne Berlin“ (vgl. Hegemann 1963), wie sehr auch diese alten Quartiere vom Ziel immobilienwirtschaftlicher Optimierung geprägt sind: Nicht anders als heute waren sie renditeorientierte Investorenarchitektur. Hegemanns Kritik zielt dabei nicht nur auf die schlechte Wohnhygiene ab, sondern auch auf die künstlerisch wenig ambitionierte Gestaltung mit zu großen Baublöcken, rasterförmigen Straßen und in Massen produzierten Fassadenornamenten.

Es gibt verschiedene Erklärungsmodelle dafür, warum sich diese Wahrnehmung relativ schnell geändert hat. Der Gentrifizierungsdiskurs ist hier von hoher Relevanz, beleuchtet aber vor allem wirtschaftliche Aspekte. Die Beliebtheit der Altbauten in der alltäglichen Nutzung und die emotionale Verbundenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dieser Architektur beruht, so die hier vertretene These, vor allem darauf, dass viele Elemente in den Quartieren heute ihre ursprüngliche Funktion verloren haben. Repräsentationsbedürfnisse haben sich geändert, Referenzsysteme, Haushaltsformen. Den bürgerlichen Haushalt, oft mit Dienstpersonal, der sich an Bauten des Adels orientierte, gibt es nicht mehr. Daher entsprechen Details, Räume und Konstellationen nicht mehr der eigentlich geplanten Nutzung und folgen auch keiner Verwertungslogik mehr. Elemente mit ursprünglich wirtschaftlichen Zwecken – also das Optimieren des Verhältnisses von Investition zu Ertrag – können im Laufe der Zeit ihre Funktion verlieren und eine neue Bedeutung annehmen. Fassadenschmuck repräsentiert dann beispielsweise nicht mehr den bürgerlichen Status der Bewohnerinnen und Bewohner, er spricht auch nicht mehr die von Investorinnen und Investoren bevorzugte Zielgruppe an. Damit verliert

er seine früher durchaus gegebene Effizienz, lässt sich im Gegenzug aber mit neuer Bedeutung aufladen – und wird so häufig zu einem Extra, das keinem direkten Zweck mehr dient.

Das Gleiche lässt sich für die Architektur der Nachkriegsmoderne konstatieren, die in „Die gemordete Stadt“ noch als Negativbeispiel dient. Der hier gescholtene Städtebau der Moderne und speziell Nachkriegsmoderne ist aus heutiger Sicht keinesfalls effizient. Er ist nicht dicht genug, verbraucht zu große, von der Allgemeinheit zu pflegende Flächen und vermischt frei finanzierten und geförderten Wohnungsbau vermeintlich unausgewogen. Dabei ließe sich die heutige Wohnungsnot in den Ballungsräumen vor allem wirksam bekämpfen, wenn es gerade im Neubau sehr viel mehr geförderten Wohnungsbau gäbe. Aus heutiger Sicht besonders interessant ist, dass Siedler et al. (1964) das Berliner Hansaviertel als Beispiel für eine zu effizienzorientierte Form des Bauens und der Stadtentwicklung nennen, die sich zu wenig am Menschen orientiere. Die Wahrnehmung ist mittlerweile eine ganz andere: Bereits seit 1995 ist das Hansaviertel als herausragendes Beispiel für Städtebau und Architektur der Nachkriegsmoderne komplett denkmalgeschützt. Im Hansaviertel drückt sich vieles von dem, was in der Entstehungszeit vor allem noch vorwiegend zweckmäßig war, in einer sorgfältigen Planung und handwerklichen Qualität aus, die einen sparsamen Materialeinsatz ermöglichte. In einer Zeit, in der Arbeitskraft deutlich wertvoller ist als Material, bekommt der früher betont sparsame Charakter der Architektur eine neue Bedeutung: Er wird an heutigen Maßstäben gemessen ineffizient, aber gleichzeitig auch wertvoll, da sich heute nicht mehr ohne Weiteres mit einem derartigen handwerklichen Aufwand bauen ließe.

Nun würde kaum jemand den Wert des Hansaviertels in Zweifel ziehen. Die oben beschriebenen Mechanismen bleiben aber auch ohne Denkmalschutz aktiv. Das zeigen große Initiativen zum Erhalt von Nachkriegsbauten, beispielsweise „SOS Brutalism“ des deutschen Architekturmuseums oder zahlreiche Initiativen, die sich um den Erhalt akut vom Abriss bedrohter Bauten der Nachkriegsmoderne bemühen, die (noch) nicht als Baudenkmale eingetragen sind. Dazu gehören unter anderem die seit 2011 andauernden Bemühungen um das erst seit kurzem denkmalgeschützte Diesterweg-Gymnasiums im Berliner Brunnenviertel (siehe [www.pswedding.de](http://www.pswedding.de)), um den sogenannten Mäusebunker (siehe [www.mäusebunker.de](http://www.mäusebunker.de)), dessen Denkmalschutzprüfung aus wirtschaftlichen Gründen zunächst abgebrochen wurde, oder um den Erhalt der Städtischen Bühnen in Frankfurt, deren Foyer Ende 2020 inventarisiert wurde und gegen deren Abriss sich bereits im März 2020 Widerstand formiert hatte (siehe

www.zukunft-buehnen-frankfurt.de). Die mittlerweile abgebrochenen Esso-Häuser in Hamburg-St. Pauli gehören ebenfalls in diese Reihe, auch wenn sich der Effizienzgewinn hier nicht ausschließlich auf die Bauform und die Detaillierung



Foto: Maren Harnack

Investorenstädtebau der Gründerzeit

bezieht, sondern auch die niedrigen Mieten der Bewohnerinnen und Bewohner einschließt, die sich andere Optionen in der Nachbarschaft kaum hätten leisten können.



Foto: Maren Harnack

Investorenstädtebau von heute

## Ineffizienz ermöglicht Vielfalt

Eine besonders wichtige Rolle nehmen im Zusammenhang mit Ineffizienz und Umnutzung die Raumstrukturen ein. Viele alte Quartiere, die vor dem Ersten Weltkrieg entstanden sind, haben im Laufe der Zeit ihre Nutzungsstruktur verändert. Nicht immer passen Umnutzungen von Gebäuden exakt zur ursprünglich vorhandenen Struktur. Auch hier entsteht Ineffizienz. Es kommt zunächst zu Leerstellen und Lücken, die sich dann teilweise mit neuen Nutzungen besetzen lassen, die bestehende Räume aber meistens nicht perfekt ausfüllen.

Alte Industrie-Etagen würden heute weder für Büros noch für Wohnungen gebaut. Ihre Umnutzung hat das Loft als neue Wohn- und Arbeitstypologie hervorgebracht und lässt die ursprünglich funktionale Raumhöhe heute üppig erscheinen. Unsanierte, obsolet gewordene Spezialgebäude, die sich einfachen Umnutzungsstrategien entziehen, wurden in vielen Fällen ohne großen Aufwand besiedelt und haben wichtige Impulse für die Stadtentwicklung gesetzt. Beispiele dafür sind das Hamburger „Frappant“ in der 2003 leergefallenen Karstadt-Filiale in der Neuen Großen Berg-

straße (bis zur Übernahme der Liegenschaft durch IKEA, siehe [www.frappant.org](http://www.frappant.org)) und die Stuttgarter Wagenhallen (siehe [www.wagenhallen.de](http://www.wagenhallen.de)), in denen Kulturschaffende zunächst provisorisch und mittlerweile zunehmend professionalisiert gemeinsam arbeiten. Die produktive Ineffizienz betrifft aber nicht immer ganze Räume oder Gebäude, sondern manchmal auch nur kleine Details. Ein Beispiel dafür sind Küchenbalkone, die ursprünglich der Hauswirtschaft dienen und heute der Erholung. Oder auch Nischen, die einmal zur Abwicklung von Lebensmittellieferungen genutzt wurden und heute dekorative Elemente sind.

Oft werden ursprünglich ineffiziente Elemente auch neu interpretiert, angeeignet, genutzt und damit produktiv, weil ihre Beseitigung zu teuer wäre. Die Häuser und Nachbarschaften sind abgeschrieben – sie bringen also am meisten Gewinn, wenn möglichst wenig investiert und verändert wird. Dadurch bleibt die entstandene Ineffizienz zunächst erhalten und reichert alte Gebäude und Quartiere mit Bedeutung und Vielfalt an – wie bei den Hamburger Beispielen Esso-Häuser und Frappant. Besonders gut lässt sich das

aber an alten Industriebauten ablesen: Häufig erlauben ihre verhältnismäßig großen und hohen Räume ganz neue Nutzungskonzepte, die gerade deswegen so erfolgreich sind, weil die Räume ein Mehr an Atmosphäre, Geschichte oder an Möglichkeiten zu intelligenter Neuinterpretation bieten. Die Künstlerische Leiterin der Kampnagelfabrik in Hamburg, Amelie Deuflhard, schloss in einer Diskussionsveranstaltung der Goethe-Universität am 16. Dezember 2020 aus diesem Grund kategorisch einen Neubau der Spielstätte aus – unabhängig von fiskalischen Überlegungen.

Nach dieser Logik profitieren vor allem diejenigen Akteure, die das Potenzial eines obsolet gewordenen Raums erkennen und sich aneignen, aber auch diejenigen, die für ihn keine Verwendung mehr haben. Nutzerinnen und Nutzer ehemals ineffizienter Räume zahlen einen reduzierten Preis

und die Bereitstellerinnen und Bereitsteller brauchen nicht zu investieren, um Gewinn zu machen. Selbst die Stadtbewohnerinnen und -bewohner profitieren: Das Angebot an Läden, Wohnungen und Unternehmen wird vielfältiger.

In neuen Quartieren lässt sich dieser durch Ineffizienz erzeugte Variantenreichtum so gut wie nie herstellen. Ein Beispiel ist das Wertheim Village, ein 2003 in Unterfranken nahe der Autobahn errichtetes Factory-Outlet-Center, das einer pittoresken Altstadt nachempfunden ist. Ähnlich unbefriedigend, wenn auch anders, kommt Frankfurts Neue Altstadt daher. Genauso wie das Wertheim Village ist sie als Surrogat erkennbar. Sie bietet keine Möglichkeiten der Aneignung und Neuinterpretation, die alten Bestand normalerweise auszeichnet.



Foto: aachim3, CC BY 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=57502882>

**Wertheim Village: konsumfreundliches Innenstadtbambiente ohne Parkplatznot, Armut und Demos**



Foto: Maren Harnack

Frankfurts Neue Altstadt nach der „Eröffnung“ 2018. Sozialwohnungen und Angebote des täglichen Bedarfs sucht man vergeblich, trotz mehr als großzügiger städtischer Förderung

## Instrumente für eine aktive Immobilienpolitik verbessern

Um Ineffizienz auch planerisch produktiv einzusetzen, müssen alte Bestände so gut wie möglich erhalten und gepflegt werden. Alte Gebäude abzureißen, ist hingegen fast immer ein Fehler. Besser ist es häufig, sie umzunutzen oder wenigstens teilweise zu erhalten und mit neuer Bausubstanz anzureichern. Schon Jane Jacobs verwies darauf, dass die Vielfalt der Stadt Bauten unterschiedlichen Alters braucht – auch wenn sie hier eher auf unterschiedliche Mietniveaus abziel-

te, die für eine ökonomisch gemischte Bewohnerschaft sorgen (vgl. Jacobs 1963: 114 ff.).

Wie beschrieben, kann Ineffizienz also eine Ressource sein, die neuen Entwicklungen und Ideen Raum gibt. Planerisch sichern ließe sich diese Ressource durch Mechanismen, die es erschweren, alte Gebäude abzureißen. Oder die dafür sorgen, dass diejenigen, die die Raumpotenziale heben, die

erwirtschafteten Gewinne auch behalten können – oder dass diese zumindest dem Gemeinwohl zugutekommen. Beispiele wie das Frappant oder die Wagenhallen zeigen, dass die Ressource Ineffizienz schnell unter Druck gerät, weil finanzstarke Investorinnen und Investoren sie ohne großes Risiko monetarisieren können – und dabei oft genug damit argumentieren, eine bessere, wirtschaftlichere oder eben effizientere Nutzung anzubieten. Dabei ist die Diskrepanz von Raum und Programm noch viel zu oft ein Argument für umfassende Eingriffe in die Bausubstanz oder gar deren Abriss. Damit es sich nicht mehr so schnell lohnt, Bausubstanz zu vernichten, sind gesetzliche Vorgaben unabdingbar – auf die bessere Einsicht der Investorinnen und Investoren zu warten, reicht nicht.

Es gibt mittlerweile zwar schon Ansätze und Instrumente, mit denen Kommunen eine aktive Immobilienpolitik betreiben, selbst Immobilien erwerben und deren Erhalt sichern. Das Instrumentarium muss jedoch ausgebaut und verbessert werden. Dabei geht es nicht vorrangig darum, romantische Straßenbilder zu schützen. Im Fokus sollte stehen, die urbane Produktivität zu stärken. Diese braucht ausreichend viele programmatisch obsolet gewordene, ineffiziente Räume, um sich weiterentwickeln zu können.

Darüber hinaus lassen sich Entwicklungsprozesse möglicherweise auch so gestalten, dass Ineffizienz schneller ent-

steht als normalerweise. Dies könnte zum Beispiel gelingen, indem man durch Setzungen bewusst Zwänge schafft – eine Strategie, die versierte Entwerferinnen und Entwerfer oft anwenden. Ikonische Gebäude wie das Guggenheim-Museum, die herkömmliche Effizienzkriterien negieren, sind Ergebnis solcher Setzungen. Der bewusste Erhalt von alter, nicht denkmalgeschützter Substanz wie den Pferdeställen in der Tübinger Südstadt ist ein Beispiel dafür, dass der Verzicht auf eine vermeintlich effizientere Nutzung in Neubauten ein entscheidender Baustein für ein produktives neues Quartier sein kann. Vielleicht könnte man auch dem Zufall mehr Raum geben oder einzelne Parzellen für eine längere Zeit freihalten, bis man sie bebaut. Das würde der Vorstellung entgegenwirken, dass ein Quartier überhaupt irgendwann „fertig“ ist.

Wie die Beispiele zeigen, geht es für den Städtebau nicht um neue Rezepte, sondern um Strategien, die die wiederholte Überschreibung von Räumen fördern und verankern. Dann wären auch bisher noch seelenlose Quartiere wie das Europaviertel in Frankfurt besser zu ertragen, das ohne die Skyline im Hintergrund kaum von den Europavierteln in anderen deutschen Städten zu unterscheiden ist, bis auch sie eines Tages Ineffizienzen entwickeln, mit deren Hilfe sie vielfältiger und interessanter werden. Man darf gespannt darauf sein, wie es sich in ein paar Jahrzehnten verändert haben wird.

## Literatur

**Hegemann, W.**, 1963: Das Steinerne Berlin. 1930 – die größte Mietskasernenstadt der Welt. Ullstein, Berlin/Frankfurt a. M.

**Jacobs, J.**, 1963: Tod und Leben großer amerikanische Städte, Frankfurt/Berlin.

**Siedler, W. J.; Niggemeyer, E.; Angress, G.**, 1964: Die gemordete Stadt. Ein Abgesang auf Putte und Straße, Platz und Baum. Herbig, Berlin.



WEITERBAUEN: GUT FÜGT SICH (EIN)



Foto: Yasemin Utku

Gilt Stadt als eine Konstruktion für eine offene Gesellschaft, müssen sich ihre Bestandteile immer wieder verändern lassen. Doch wie können Städtebau und Architektur städtische Bereiche angemessen – und angepasst an gesellschaftliche Entwicklungen – erneuern und ergänzen?

---

**Prof. Yasemin Utku**

ist Stadtplanerin, Architektin, Mitinhaberin des Planungsbüros STADTGUUT in Bochum und Professorin für Städtebau und Planungspraxis an der Fakultät Architektur der TH Köln.  
yasemin.utku@th-koeln.de

Stadt ist vielgestaltig. Das liegt an den Neuerungen im Zeitverlauf der Stadtentwicklung, an Innovationen in sozialer, politischer, ökonomischer und technischer Hinsicht. Jede Generation baut an der Stadt weiter und jeder Bestand war irgendwann mal neu – mit oder ohne Kontext, mit oder ohne Vorstellung einer Einfügung in den damals vorhandenen Bestand. Aus heutiger Perspektive stellt sich daher die Frage, in was sich das Neue nun einfügen soll: In die Stadt als Mosaik aus Artefakten, Zeugnissen und Hinterlassenschaften vergangener Zeiten oder in die Stadt als Ergebnis und Produkt in ihrer Gesamtheit?

Besonders schwer, den Kontext in angemessener Weise zu berücksichtigen, ist es für die städtischen Bereiche, die nicht auf den ersten Blick mit einer aufgeräumten kompakten Stadt assoziiert werden. Das gilt für eine sogenannte Gemengelage ebenso wie für eine Großwohnsiedlung – auch, wenn diese Gebiete einer eigenen Logik jenseits formaler Charakteristika folgen. Hier gilt es genauer hinzuschauen, denn der Weiterentwicklung des Bestands kommt künftig die größte Rolle in der Stadtentwicklung zu. Gerade da, wo ein den Bestand respektierendes Weiterbauen nicht ohne Weiteres auf der Hand liegt, kann ein neues Verständnis vom Weiterbauen der Stadt und von „Einfügung“ wachsen. Und diese Auseinandersetzung mit dem Bestand sollte der Stadt eine neue und ablesbar zeitgemäße Schicht hinzufügen.

Seit den 1970er-Jahren gibt es immer wieder Versuche und Debatten, Städtebau und Architektur zu vereinfachen. Ein prominentes Beispiel dafür ist die von Christopher Alexander entwickelte „Muster-Sprache“ als Anleitung für eine Art Zeitlosigkeit im Bauen (Alexander 1995), die bis heute kontrovers diskutiert wird. Demgegenüber verfolgen beispielsweise Andri Gerber und Stefan Kurath einen anderen Ansatz. Sie behaupten „Stadt gibt es nicht!“ und sehen die Unbestimmtheit als ein Programm für den Städtebau: „Stadt entsteht im Alltag durch stetes und langwieriges Arbeiten an ihr“ (Ger-

ber/Kurath 2016: 24). Demnach ist die Stadt also kein Produkt – vielmehr werden die wesentlichen Weichen der Stadtentwicklung durch das fortwährende Weiterentwickeln mit ihren Akteuren sowie Nutzerinnen und Nutzern gestellt. Der Städtebau setzt das im besten Fall baulich-räumlich um und bewegt sich dabei in einem Spannungsverhältnis zwischen dem Entwerfen und dem Erneuern einerseits und dem Regulieren und Steuern andererseits. Das beschreibt auch schon das vermeintliche Dilemma: Eine Rahmensetzung der städtebaulichen Entwicklung – auch im Sinne einer baulichen Einfügung in den Bestand – ist sinnvoll, wird aber oft mit gestalterischer Nivellierung im Rahmen einer Verständigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner für ein „klassisches“ Stadtbild (mit adäquater Rendite) erkaufte. Da wird an angeblich Bewährtes angeknüpft oder aus dem gängigen Stadtbau-Repertoire zitiert. Es liegt weniger am städtebaulichen Instrumentarium als vielmehr an der Interpretation desselben oder mehr noch, am Wunsch „mal aufzuräumen“.

Mit Blick auf soziale und ökologische Herausforderungen ist das jedoch zu kurz gesprungen – eine „schöne Stadt“ löst noch keine Probleme. Vielmehr braucht es Visionen, Experimente und neue Bilder für den Um- und Weiterbau der vorhandenen Stadt. Dabei kann es nicht um ein Ausspielen von Bestand gegen Neubau, Block gegen Zeile oder dicht gegen durchgrünt gehen. Hat man nicht das Ideal des Homogenen im Blick, gibt es auch keine „Brüche“, die nivelliert werden müssten. Dann sind es eher Prägungen, die eine spezifische Eigenart begründen. Stadt als komplexen heterogenen Raum aufzufassen und Forderungen, die jeweils eigenen städtischen Logiken zu beachten, sind nicht neu (vgl. Löw/Terizakis 2011), aber nach wie vor keine gängige Praxis. Auch dieser Befund zielt darauf ab, die Entwicklung im und ausgehend vom Bestand zu stärken – in dessen ganzer Vielfalt. Nicht einzelne Strukturen oder Typen sind bildgebend für unsere Zeit, sondern das Spektrum der durch die Stadtgesellschaft geprägten Formen und Funktionen.

## Regelungsversuche

Die Stadt ist Spiegelbild der Gesellschaft mit ihren Widersprüchen und Gemeinsamkeiten. Im Ganzen und in ihren Bestandteilen, im Zentrum und am Rand, im Quartier und auf der Parzelle. Sie bildet unterschiedliche Zeitschichten, Körnigkeiten und Maßstäbe auf engstem Raum ab. Sie ist im besten Fall sowohl kollektives Gedächtnis als auch Labor für Zukunftsentwürfe. Jede Generation braucht damit ihren Spielraum, um die Stadt weiterzudenken und weiterzubauen

en. Auf allen Maßstabsebenen. Temporär und dauerhaft. Mehr denn je bestandsorientiert – und über den fachlichen Diskurs hinaus.

Planer und Architekten (in diesem Fall kann man geschlechtergerechte Doppelnennungen und neutrale Ersatzformen tatsächlich weglassen) selbst haben einen wesentlichen Anteil daran, dass sich die Stadt und die Teilhabe der



Einfügung hat viele Gesichter

Stadtgesellschaft am gemeinsamen Weiterbauen seit den 1960er-Jahren zunehmend voneinander entfernten. Sie selbst haben einen wesentlichen Anteil daran, dass sich die Stadt und die Teilhabe der Stadtgesellschaft am gemeinsamen Weiterbauen seit den 1960er-Jahren zunehmend voneinander entfernten. Die Kluft zwischen den Idealvorstellungen der Planenden und der gebauten Realität war Ausgangspunkt für dieses Auseinanderdriften. Sie führte einerseits fachlich zu diversen Regelwerken, mit denen sich städtebauliche Entwicklungen auf unterschiedlichen Maßstabsebenen steuern ließen. Andererseits ging es für Bauwillige zuvorderst darum, ihre individuellen Interessen bei der Entwicklung der eigenen Parzelle durchzusetzen. Dafür wurde unter anderem der § 34 BauGB mit dem Begriff der Einfügung eingeführt, der 1976 mit der „Einfügeklausel“ die bis dahin geltende „Unbedenklichkeitsklausel“ ablöste. Eine Grundsatzentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 26. Mai 1978 klärte die Bedeutung solcher „Einfügens“: Ein Vorhaben, das sich innerhalb des aus seiner Umgebung hervorgehenden Rahmens hält, fügt sich in der Regel seiner Umgebung ein (vgl. Schmidt-Eichstaedt et al. 2019: 312 ff.). Ergänzt wurde dies um das Gebot der Rücksichtnahme, das sich im Wesentlichen auf Nutzungskonflikte bezieht.



Fotos: Yasemin Utku

Ein Haus, mehrere Generationen

Diese Regelungen wurden und werden bis heute vielfältig ausgelegt, gerade in Nutzungsgemischten Quartieren. Hier scheint die gesetzlich geforderte „Rahmenbildung und -anwendung“, also eine Ableitung des Rahmens aus der Eigenart der näheren Umgebung, offenbar besonders schwierig. Schmidt-Eichstaedt et al. (2019: 314) deuten eine Relativierung an: „das Einfügen ist nicht auf Einheitlichkeit, sondern auf Harmonie ausgerichtet, es soll individuellen Ideenreichtum nicht blockieren“. Damit ist ein weiterer und ebenso unklarer – aber auch offener – Begriff für städtebauliche Fragen gefunden: die Harmonie. Geht es damit um die Bedeutung eines ausgewogenen Verhältnisses mehrerer Teile zueinander, dann gibt es auch hier Spielraum für die Herstellung einer „harmonischen Stadt“. Dies drückt sich auch in der Modifizierung des § 34 Abs. 3a vom Mai 2017 aus, der für unterschiedliche Vorhaben eine Abweichung vom Erfordernis der Einfügung in die Eigenart der näheren Umgebung zulässt (vgl. Schmidt-Eichstaedt et al. 2019: 314). Dieser Spielraum im § 34 BauGB ist Fluch und Segen zugleich: Es hängt oftmals vom Interpretierenden ab, was und was nicht und vor allem wie gebaut wird. Zukunftsgerichtete gesellschaftliche und städtebauliche Fragen spielen dabei leider nur eine kleine Rolle. Wäre es nicht einen Versuch wert, bei

der rechtlichen Beurteilung von Bauvorhaben auch mögliche soziale und ökologische Gewinne für die Gesellschaft miteinzubeziehen? Gerade auf kommunaler Ebene könnten Richtlinien, Konzepte oder Modelle politisch verankert werden, die diese Aspekte stärker in den Blick nehmen.

Demgegenüber sollten aber doch zumindest Formate wie städtebauliche Wettbewerbe, die auf die Entwicklung von neuen Ideen abzielen, offene Möglichkeiten für ein zukunftsgerichtetes Weiterdenken bieten und entsprechende Vorschläge einfordern. Aber auch das scheint nach der Auf-

fassung von Jürgen Tietz, die er im Statement zum Wettbewerb „Siemensstadt 2.0“ vertritt, nur bedingt zu gelingen: Er vermutet, dass es Mutlosigkeit ist, die den Blick auf vermeintlich Bewährtes verengt: „Der Städtebau in Deutschland ist nie über die Postmoderne aus der Zeit der Berliner IBA 1987 hinweggekommen. Allerorten klammert man sich an das Diktat der heiligen städtebaulichen Trinität aus kontextgebundener kritischer Rekonstruktion, Blockraster und Europäischer Stadt“ (Tietz 2020). Das klingt nach nicht genutzten Chancen – an den Regelwerken zur städtebaulichen Steuerung liegt es nicht.

## Repertoire weiterbauen

Es steht einiges an: Klimatische und soziale Fragen lassen sich nicht mehr auf die lange Bank schieben – und auch nicht mit herkömmlichen städtebaulichen Mustern beantworten. Vielfältige Formen des Zusammenlebens und ein Zusammenspiel von Nutzungszuschreibungen und Nutzungsoffenheit städtischer Räume werden und müssen die Zukunft der Stadt bestimmen. Dafür braucht es ein größeres Repertoire, als es der „Vorne-Hinten-Städtebau“ im traditionellen Block ermöglicht. Beispiele für ein anderes Weiterbauen sind zahlreich: Zwei der vielbeachteten sind das als „2000-Watt-Areal“ zertifizierte Genossenschaftsprojekt Kalkbreite in Zürich (Müller Sigrist Architekten) und der Weiterbau der Großsiedlung Cité du Grand Parc in Bordeaux als Alternative zur Neubebauung des Areals (Lacaton & Vassal). Bisher scheint es diese „gute Praxis“ aber noch nicht in den Mainstream zu

schaffen. Woran liegt das? Zu anders, zu speziell, zu wenig „Einfügung“ in das geübte Stadtbaurepertoire? Erstaunlich.

Ressourcenschutz und soziale Relevanz könnten schließlich Ansatzpunkte für eine Reformierung der Beurteilung von Bauvorhaben bieten, die über die Regelungen des § 34 BauGB deutlich hinausgehen. Bestand bekäme so zwangsläufig einen höheren Stellenwert. Ergänzt um gestaltsichernde Anforderungen an Vorhaben, die sich aufgrund einer Eigenartigkeit oder Maßstäblichkeit möglicherweise auf den ersten Blick nicht einfügen, würden sich zukunftsweisende Akzente sowohl auf Akteursebene als auch in baukultureller Hinsicht ergeben. Ein Beispiel hierfür ist der kompakte Neubau der Arbeitsagentur mit Gewächshaus als Dachgeschoss (Kühn Malvezzi) in der Oberhausener Innenstadt.



Fotos: Philippe Ruault

Cité du Grand Parc in Bordeaux: Weiterbauen im Bestand (Architekturbüro Lacaton & Vassal)

Eine umfangreiche Anpassung von BauGB und Baunutzungsverordnung führt jedoch genauso wenig zu einem „besseren“ Städtebau wie scheinbar bewährte Gestaltungsmaxime von vorgestern. Dennoch sollten sich Diskussionen um Einfügung oder Harmonie nicht mehr nur auf Art und Maß der Nutzung oder die Bauweise im engeren Sinne beschränken, sondern offener geführt werden. Relevant sind vor allem gesellschaftliche Fragen. In diesem Zusammenhang wäre auch über eine Neufassung der „Einfügungsklausel“ für eine inklusive Stadt nachzudenken, beginnend mit dem Respekt vor dem Bestand, jenseits von Verwertungsinteressen.

Vielfach wird in fachlichen Diskussionen angemahnt, neue Nutzungen in den Bestand zu implementieren, ihn besser auszunutzen, seine Gebrauchsgütes zu stärken. Diese Forderungen setzen jedoch zuvorderst bürgerschaftliche

Initiativen vor Ort um, und nicht die professionelle Planung – zumindest noch nicht. Mehr denn je wird es darauf ankommen müssen, gemeinsam an der Stadt weiterzubauen und neue Entwicklungen, Prägungen und Möglichkeiten zuzulassen. Unterschiedliche Interessen zusammenbringen, aushandeln und Allianzen für die Stadtentwicklung und den Städtebau bilden, ausgehend von der Gebrauchsgütes für die Gesellschaft – diese Form der Stadtentwicklung böte zukunftsfähige Einfügungen in die Stadt von morgen. Auf allen Maßstabsebenen braucht es partizipative, und vor allem kollaborative Prozesse, um die Stadt in ihren Bestandteilen weiterzudenken, um neue Nutzungen zuzulassen und vielleicht auch mal unkonventionelle Verfahrenswege zu gehen. Die Potenziale des Weiterbaus, beispielweise von Großsiedlungen, Einfamilienhausgebieten, Gewerbestandorten oder Gemengelagen sind noch lange nicht erschöpft.

## Literatur

**Alexander, C.**; Ishikawa, S.; Silverstein, M.; Jacobson, M.; King, I. F.; Angel, S., 1995: Eine Muster-Sprache. Herausgegeben von Herrmann Czech. Wien (New York 1977).

**BauGB** – Baugesetzbuch: § 34 Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile. Zugriff: [https://www.gesetze-im-internet.de/bbaug/\\_34.html](https://www.gesetze-im-internet.de/bbaug/_34.html) [abgerufen am 22.06.2021].

**Gerber, A.**; Kurath, S., 2016: Einführung. In: Gerber, A.; Kurath, S. (Hrsg.): Stadt gibt es nicht! Unbestimmtheit als Programm in Architektur und Städtebau. Berlin: 7–29.

**Löw, M.**; Terizakis, G., 2011: Städte und ihre Eigenlogik. Frankfurt.

**Schmidt-Eichstaedt, G.**; Weyrauch, B.; Zemke, R., 2019: Städtebaurecht. 6., erweiterte und überarbeitete Auflage, Stuttgart.

**Tietz, J.**, 2020: Im Klötzchenregen. Mutlosigkeit statt Visionen im Städtebau. In: db deutsche bauzeitung 03/2020. Zugriff: <https://www.db-bauzeitung.de/diskurs/mutlosigkeit-im-staedtebau> [abgerufen am 21.06.2021].



Foto: pixabay.com/RobVegas

# STÄDTEBAU IM ALLTAG

**Sollen ihre Ideen häufiger umgesetzt werden, müssen Architektinnen und Architekten vor allem eins tun: Aushandlungsprozesse und gewachsene, großräumige Strukturen stärker berücksichtigen.**

---

**Prof. Dr. Stefan Kurath**

ist Architekt, Urbanist, Institutsleiter, Dozent, Autor, Kolumnist und Vortragsreisender. Er überschreitet disziplinäre Grenzen und befasst sich in Lehre und Forschung mit der Stadt und Architektur des 21. Jahrhunderts.  
stefan.kurath@zhaw.ch

Städtebauliche Ideen lassen sich nur erfolgreich umsetzen, wenn Architektinnen und Architekten zu verstehen beginnen, dass Stadt nicht Ergebnis von Planung, sondern vielmehr Resultat gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse ist. Dem Wissen der Expertinnen und Experten, das auf Erfahrung beruht, steht also immer auch die Vernunft eines Kollektivs gegenüber, deren Vertreterinnen und Vertreter sich der Auswirkungen ihrer Entscheidungen auf den Raum nicht bewusst sind (vgl. Latour 2001: 296; Eisinger 2003: 392).

Architektinnen und Architekten schaffen es bisher jedoch nur selten, ihre Ideen und Vorstellungen in die gebaute Stadt zu übersetzen. Bestenfalls prägen ein Ensemble oder wenigstens einzelne Gebäude die Konturen heutiger Stadtlandschaften. Großmaßstäbliche Eingriffe gelingen kaum. Unter anderem eben deshalb, weil die Fachleute zu oft vergessen, dass Städtebau nicht nur einer Idee bedarf, sondern dass diese auch gesellschaftlich mitgetragen werden muss (vgl. Eisinger 2004: 280).

Um an der Stadt von morgen mitarbeiten zu können, muss es gelingen, eine Verbindung zu den alltäglichen Interessen,

Bedürfnissen und Bedingtheiten herzustellen. Camillo Sitte (2002: 124) betonte bereits um 1889: „Sowohl das moderne Leben als auch die moderne Technik des Bauens lassen eine getreue Nachahmung alter Stadtanlagen nicht mehr zu [...]; nur wenn wir prüfen, worin das Wesentliche dieser Leistungen besteht und wenn es uns gelingt, das bedeutungsvoll auch auf die modernen Verhältnisse anzuwenden, kann es gelingen, dem scheinbar unfruchtbar gewordenen Boden eine blühende Saat abzugewinnen.“

Städtebau im Alltag ist ein gemeinschaftliches Experiment (vgl. Groß 2006). Hier gibt es weder vorgezeichnete oder vorbestimmte Wege noch Wiederholungen. Architektinnen und Architekten müssen in diesem Setting – als Akteure unter vielen – ihr räumliches Wissen nutzen, um städtebauliche Vorstellungen zu entwickeln. Gleichzeitig aber müssen sie auch Verbündete finden, die die Handlungsketten von Architektur und Städtebau verlängern, gesellschaftlich verankern, um sie so auf die Stadtlandschaften von morgen zu übertragen (vgl. Eisinger 2004; Kurath 2011).

## Die „Präsenz der Dinge“

Wichtig für die städtebauliche Praxis sind Raum(infra)strukturen, die sich in der Vergangenheit gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen als robust erwiesen haben. Die morphologische Betrachtungsweise der Stadt zeigt, wie sie über Jahrhunderte hinweg ein räumliches Grundgerüst ausgebildet haben, in dem sich die Stadt des Alltags entfaltet.

Das in der Architekturgeschichte wohl bekannteste Beispiel solch morphologischer Untersuchungen ist die Stadt Florenz. Noch heute lassen sich Handelswege und Stadtbefestigungen aus der Zeit der Römer am Stadtkörper des historischen Zentrums erkennen. Das gilt auch für außerhalb gelegene Entwässerungsstrukturen, die die Römer einst zur Trockenlegung der Poebene angelegt haben. Darin, dass sich diese Raum(infra)strukturen noch heute ablesen lassen, zeigt sich eine „Präsenz der Dinge“ (vgl. Malfroy/Caniggia 2018: 50). Sie hat offensichtlich über Jahrhunderte hinweg das menschliche Handeln im Bezug zum Weiterbauen mitbestimmt. Während in der Stadtsoziologie und -geografie die Vorstellung vorherrscht, dass menschliches Handeln Raum hervorbringt (vgl. Löw 2001: 44), zeigt sich, wie die „Präsenz der Dinge“ die Form und Gestalt der Stadt von heute ebenso maßgeblich mitprägt.

Raum(infra)strukturen halten jedoch nicht kraft ihrer schieferen Präsenz gesellschaftlichen Veränderungen stand. Vielmehr bringt die „Präsenz der Dinge“ die Menschen dazu, diesen Strukturen stetig neue gesellschaftliche Interessen einzuschreiben. Wohn- und Wirtschaftsgebäude errichten wir aufgrund der kurzen Wege direkt an Handelsrouten, Bestandsbauten nutzen wir um und erweitern sie. Um fruchtbares Land zu gewinnen, legen wir etwa Sümpfe trocken, befestigen Flüsse, legen Straßen, Wege, Parzellen entlang der Drainagegräben an. Raum(infra)strukturen werden dadurch zusehends unverrückbar, weil sie immer auch Formen gesellschaftlicher Strukturen sind (vgl. Löw 2001: 226).

Dazu kommt, dass überdauernde Raumstrukturen über Generationen hinweg gemeinsame, integrierende Bezugspunkte schaffen und sich die Menschen so mit ihrer Umgebung zu identifizieren beginnen. Das liegt daran, dass sie biografische Bindungen zum Raum entwickeln und Raum Teilidentitäten des Menschen mitbestimmt. Raum(infra)strukturen sind zudem nicht durch politisch-administrative Grenzen bestimmt, sondern funktionalräumlich. Sie reichen also über Gemeindegrenzen hinweg, setzen unterschiedliche Gebiete zueinander in Beziehung.



Foto: pixabay.com/darrenquigley32

Noch heute lassen sich Handelswege und Stadtbefestigungen aus der Zeit der Römer am Stadtkörper von Florenz ablesen

Damit liefern Raum(infra)strukturen eine Basis für städtebauliche Konzeptionen, mit der sich den aktuell größten Defiziten städtebaulicher Praxis begegnen lässt. Diese bestehen vor allem darin, dass sie Beziehungen von Menschen zu ihrem unmittelbaren baulichen Umfeld zu wenig berücksichtigt. Das zieht Widerstand gegen Veränderungen nach sich. Gleichzeitig vernachlässigt Städtebau insbesondere den par-

zellen- und grenzüberschreitenden, funktionalräumlichen Maßstab. Entsprechend eingesetzt entfalten Raum(infra)strukturen nicht nur Formursache, sondern auch eine Wirkursache, da sie Identitätsverlust entgegenwirken und räumlich-funktionale Verbindungen ganzer Regionen maßgeblich stärken können.

## Vorbilder Emscher Park und Lausanne-West – und was daraus folgt

Dass es sich lohnt, räumliche und damit auch gesellschaftliche Besonderheiten in der städtebaulichen Praxis zu berücksichtigen, zeigt das Beispiel Emscher Park. Dieser wurde im Zuge der Internationalen Bauausstellung (IBA) von 1989 bis 1999 entwickelt. Die Emscher, die von industrieller

Nutzung geprägte Landschaft und die baulichen Zeugnisse der Industriegeschichte dienten als Ausgangspunkte, um eine fragmentierte, aus verschiedenen Städten bestehende Region zu revitalisieren und neu wahrzunehmen. Die so hervorgerufenen Impulse sorgten in der Region für einen

ökologischen, ökonomischen und bildungslandschaftlichen Aufschwung. Dies gelang unter anderem über ein übergeordnetes Landschaftskonzept, ökologische Aufwertungen des Flussraums, eine erhöhte Aufenthaltsqualität in der heruntergewirtschafteten Industrielandschaft und einen neu geschaffenen Erlebnisraum Industrielandschaft.

In der Schweiz, westlich von Lausanne, findet sich ein aktuelleres Beispiel für ebensolche städtebauliche Praxis. Aufgrund einer zu hohen Luftbelastung stoppte die Kantonsregierung dort im Jahr 2000 die Planung für die aus acht Gemeinden und der Stadt Lausanne bestehende Region (vgl. Coen 2012: 76). Das daraufhin mit der Revitalisierung und gemeinsamen Entwicklung beauftragte Architektur- und Städtebaubüro Feddersen & Klostermann rückte in seiner Arbeit die räumlichen Verbindungen der Region Lausanne-West in den Vordergrund, um die politisch-administrativen Grenzen zu überwinden (Gespräch mit Pierre Feddersen am 11. Dezember 2020). Ein städtebauliches Modell des Grundgerüsts der verbindenden Raum(infra)strukturen machte die notwendige, aber auch sinnstiftende grenzüberschreitende Zusammenarbeit für die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker sichtbar.

Um konkrete Resultate zu erhalten, müssen städtebauliche Vorstellungen – sowohl bezogen auf den Emscher Park als auch auf Lausanne-West – über Jahrzehnte hinweg aufrechterhalten werden. Entsprechend wichtig ist, dass sich die Planungen als resilient erweisen, also nicht bereits bei sich kurzfristig wandelnden Bedürfnissen obsolet werden. Aus diesem Grund sollten städtebauliche Konzeptionen die beschriebenen räumlichen und gesellschaftlichen Eigenarten in den städtebaulichen Rahmen einbauen. Was die letzten hundert Jahre überdauert hat, wird es auch die nächsten Jahrzehnte tun – so die städtebauliche These dazu. Das bedeutet jedoch nicht, den Status quo zu reproduzieren.

Im Gegenteil: Die Beispiele Emscher Park und Lausanne-West zeigen, dass sich städtebauliche Anliegen wie Ordnung, Orientierung und Erschließungsqualität an bestehende Raumstrukturen binden und damit überhaupt erst räumlich umsetzen lassen. Das sichert langfristig öffentlichen Raum, Aufenthaltsqualität sowie Freizeit- und Naherholungsgebiete.

Die grenzüberschreitenden Raumstrukturen setzen zudem die Zentralitäten des Alltags, baukulturelle Zeugnisse, öffentliche Bauten und gemeinschaftliche Institutionen zueinander in räumliche Beziehung. Zugleich können Fachleute aus Architektur und Städtebau an der Geschichte der gebauten Stadt weiterarbeiten und biografische Bindungen an den Raum festigen. Erst damit schaffen sie die Basis für die Zukunftsfähigkeit eines Quartiers.

Über die grenzüberschreitenden Raum(infra)strukturen werden künftig zudem Probleme wie Starkregenfälle und Regenwassermanagement zu lösen sein. Darüber hinaus bilden sie Grünraumvernetzungen und damit ausbaufähige Kaltluftschneisen. Grenzüberschreitende Raum(infra)strukturen lassen sich aber auch mit entsprechenden Solar- und Windanlagen aufrüsten und eignen sich zur Vernetzung ganzer Stadtregionen für den nicht-motorisierten Verkehr. Schließlich reduziert das Arbeiten mit dem Bestand als Form von Bauteilrecycling unnötigen CO<sub>2</sub>-Ausstoß, den ein „Tabula-rasa-Städtebau“ nach sich zieht.

Über das relationale Entwerfen lassen sich so also Beziehungen unterschiedlicher Interessen und Notwendigkeiten herstellen, ohne dass dabei das Wissen und die inhaltlichen Ziele der Qualifizierung von Stadträumen von Architektur und Städtebau in Mitleidenschaft gezogen werden (vgl. Kurath 2011: 545).



Foto: pixabay.com/Andreas Poznanski

**IBA Emscher Park: Beispiel für die gewinnbringende Arbeit mit räumlichen und damit auch gesellschaftlichen Eigenarten**



Foto: Mikado1201, CC BY-SA 3.0 <<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/>>, via Wikimedia Commons

**Teil der Entwicklung der Region Lausanne-West: Das Rolex Learning Center in Lausanne**

## Im Fokus: Räumliche und gesellschaftliche Besonderheiten

Im Städtebau geht es demnach ganz grundsätzlich nicht um die persönlichen Prioritäten des Entwerfenden – sondern darum, räumliche Strukturen zu entwerfen und zu festigen, die vergangene Ereignisse hervorgebracht haben und weitere zulassen. Es ist ein Grundverständnis, das unerwartete Nutzungen zulässt, zu Bedeutungszuschreibungen einlädt und andere Wahrnehmungsmöglichkeiten antizipiert (vgl. Kurath 2021: 103 f.). So ergeben sich vielseitig nutzbare Raumangebote, die Lebensformen befördern, die die Diversität heutiger Figurationen von Urbanität bestimmen (vgl. Gerber/Kurath 2020). Dabei offenbart sich dennoch ein weiteres städtebauliches Defizit: Im Alltag der Entscheidungsfindung werden andere Kriterien priorisiert als in Planungsbüros. Bei Entscheidungsträgerinnen und -trägern stehen nicht abstrakte städtebauliche Ideen ganz oben auf der Liste, sondern persönliche Interessen wie Funktionalität, Kosten, Lage und Erschließung. Ein zukunftsfähiger Städtebau muss deshalb dafür sorgen, dass solche Entscheidungen nicht städtebauliche Zielvorstellungen und Leitlinien zu unterspülen beginnen. Um Kurzfristigkeit sich verändernder

Interessen mit der Langfristigkeit planerischer Ziele stets in Verbindung zu setzen, wird die Arbeit der Planenden vor Ort innerhalb gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse zu einer zentralen, aber leider in der Vergangenheit allzu sehr vernachlässigten Aufgabe (vgl. Kurath 2011: 457). Mit jedem neuen Akteur, der sich so einbinden lässt, verdichtet sich eine Stadtvorstellung – und wird zur Stadtwirklichkeit. In diesem Sinne handelt es sich um einen Städtebau innerhalb gesellschaftlicher Aushandlung, in Echtzeit, vor Ort und mit einer städtebaulichen Absicht als Orientierung. Hier zeigt sich ein „Städtebau der Assoziationen“, der gemeinsames Arbeiten ebenso wie spezifische Kompetenzen vor Ort erfordert (vgl. Kurath 2011: 533). Oder mit anderen Worten: Ein Städtebau, der sich bestehender gesellschaftlicher und räumlicher Besonderheiten bewusst ist und sich diese zunutze macht, um die Realisierungschancen lokal-spezifischer Stadtvorstellungen unter Einbindung sämtlicher im Raum vorhandener Kompetenzen zu erhöhen (vgl. Kurath 2011: 537).

### 1

Räumliche Strukturen als Basis für das städtebauliche Konzept am Beispiel Lausanne-West



Quelle: Feddersen & Klostermann

# Literatur

**Coen, L.** (Hrsg.), 2012: Im Westen die Zukunft, infolio, Gollion.

**Eisinger, A.**, 2003: Herausforderungen und Entwicklungsperspektiven für das Stadtland Schweiz. In: Eisinger, A.; Schneider, M. (Hrsg.): Stadtland Schweiz, Birkhäuser, Basel.

**Eisinger, A.**, 2004: Städte Bauen. Städtebau und Stadtentwicklung in der Schweiz 1940–1970, gta Verlag, Zürich.

**Gerber, A.; Kurath, S.**, 2020: Vom Spiegelei zum Rührei, DU 904, Dezember 2020: 18–21.

**Groß, M.**, 2006: Kollektive Experimente im gesellschaftlichen Labor – Bruno Latours tastende Neuordnung des Sozialen. In: Voss, M.; Peuker, B. (Hrsg.): Verschwindet die Natur? Die Akteur-Netzwerk-Theorie in der umweltsoziologischen Diskussion, transcript, Bielefeld: 165–181.

**Kurath, S.**, 2011: Stadtlandschaften Entwerfen? Grenzen und Chancen der Planung im Spiegel der städtebaulichen Praxis, transcript, Bielefeld.

**Kurath, S.**, 2012: Mitwirkungen durch Architektur – oder ein Missverständnis mit fatalen Auswirkungen. In: Jud, A.; Koch, P. (Hrsg.): Bauen ist Weiterbauen. Lucius Burckhardts Auseinandersetzung mit Architektur, Zürich: Triest.

**Latour, B.**, 2001: Das Parlament der Dinge. Für eine politische Ökologie, Suhrkamp, Frankfurt am Main.

**Löw, M.**, 2001: Raumsoziologie, Suhrkamp, Frankfurt am Main.

**Malfroy, S.; Caniggia, G.**, 2018: Die morphologische Betrachtungsweise von Stadt und Territorium, Triest Verlag, Zürich.

**Sitte, C.**, 2002: Der Städtebau in seinen künstlerischen Grundsätzen. Birkhäuser, Basel (Erstaufflage 1889).

# DIE KOMPAKTE STADT IN DER KRISE



An aerial photograph of a city, likely Stuttgart, showing a dense urban landscape with numerous buildings, green spaces, and a prominent church spire. The city is set against a backdrop of rolling hills and mountains under a hazy sky. The lighting suggests a late afternoon or early morning setting.

Was sich seit Jahren oder gar Jahrzehnten immer deutlicher abzeichnet, hat die COVID-19-Pandemie besonders verdeutlicht: Viele Menschen können es sich nicht mehr leisten, in der kompakten Stadt zu leben. Woher rührt diese Fehlentwicklung?

**Univ.-Prof. Dr. phil. Stephan Trüby**

ist Professor für Architekturtheorie und Direktor des Instituts für Grundlagen moderner Architektur und Entwerfen (IGmA) der Universität Stuttgart. Zuvor war er Professor für Temporäre Architektur an der HfG Karlsruhe, leitete das Postgraduiertenprogramm MAS Scenography/Spatial Design an der Zürcher Hochschule der Künste, lehrte Architekturtheorie an der Harvard University und war Professor für Architektur und Kulturtheorie an der TU München.  
[stephan.trueby@igma.uni-stuttgart.de](mailto:stephan.trueby@igma.uni-stuttgart.de)

Die Wohnkosten steigen immer weiter, besonders in zentralen Lagen. In den 14 größten deutschen Städten lag die durchschnittliche Angebotsmiete von inserierten Wohnungen im Jahr 2020 bei 11,84 Euro je Quadratmeter – und damit 2,68 Euro über dem bundesweiten Mittelwert. Den Spitzenplatz belegte die Stadt München, mit 19,21 Euro je Quadratmeter nettokalt. Zum Vergleich: In den ländlichen Kreisen betragen die Angebotsmieten im Schnitt gerade einmal 7 Euro pro Quadratmeter. Auch die Immobilienpreise zogen im vergangenen Jahrzehnt kräftig an. Neue Wohnimmobilien verteuerten sich zwischen 2010 und 2019 deutschlandweit um rund 47 Prozent, bestehende gar um rund 55 Prozent. Auch hier sind die Preise in den städtisch geprägten Regionen am höchsten (vgl. BMI/BBSR 2021).

Die Folge: Immer weniger Menschen können sich eine Wohnung oder ein Haus in den prosperierenden Städten leisten. In einer deutschen Großstadt ist es gerade gering oder durchschnittlich Verdienenden ohne Schenkung oder Erbschaft kaum noch möglich, Eigentum zu erwerben oder eine attraktive Mietwohnung zu finden. Man muss es deutlich aussprechen: Das Leitbild der kompakten, dichten Stadt, das sich in den letzten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts europaweit etabliert hat und 2007 mit der „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ auch zum offiziellen Ziel der Europäischen Union wurde, ist unter sozialen Gesichtspunkten gescheitert.

## Vielversprechende Anfänge – politische Umcodierung

Wie konnte es dazu kommen? Die Anfänge der kompakten, dichten Stadt waren eigentlich ganz vielversprechend, nämlich als ebenso sozialistisch-kommunistisch wie denkmalpflegerisch inspirierter Versuch, Altstädte vor dem kapitalistischen Zugriff – also Abriss – zu bewahren. Man denke etwa an den undogmatischen Linken Henri Lefebvre. Er wurde 1958 aus der Kommunistischen Partei Frankreichs (PCF) geschmissen, weil er sich im Zuge des ungarischen Volksaufstands gegen die Sowjetunion positionierte, und wandte sich später mit der Publikation „Das Recht auf Stadt“ (1968) vehement gegen moderne Neubauviertel: „Die gesamte wahrnehmbare (lesbare) städtische Realität ist verschwunden: Straßen, Plätze, Monumente, Begegnungsräume. Selbst das Café (Bistro) provozierte den Groll der ensemblistes, der Anhänger von Wohnkomplexen, ihre Vorliebe für Askese, ihre Reduktion des Wohnens auf das Wohngebiet“ (Lefebvre 2016: 51).

Der französische Soziologe warnte zwar vor einer simplen „Rückkehr in die traditionellen Städte“ (Lefebvre 2016: 166). Gleichzeitig sprach er sich doch für ein „Recht auf Stadt“ im Sinne eines Rechts „auf das städtische Leben in verwandelter, erneuerter Form“ (ebd.) aus. Damit meinte er ein Leben jenseits eines feinsäuberlich zonierten CIAM-Urbanismus, wie er etwa in der Charta von Athen festgelegt wurde: „Das Recht auf Stadt legitimiert die Weigerung, sich durch eine diskriminierende, segregierende Organisation aus der städtischen Wirklichkeit verdrängen zu lassen“ (Lefebvre 2016: 218).

Eine ähnliche Entwicklung trieb das von Pier Luigi Cervellati und anderen um 1970 herum betriebene „Modell Bologna“

voran. Mit diesem wurde in der damals von der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) regierten Stadt eine revolutionäre, weit über die Grenzen Italiens diskutierte urbanistische Umorientierung betrieben. Das Bologneser Reforminteresse verschob sich, wie Harald Bodenschatz (1979: 162 f.) schreibt, „von den Stadterweiterungsgebieten zu den bereits bebauten Gebieten“.

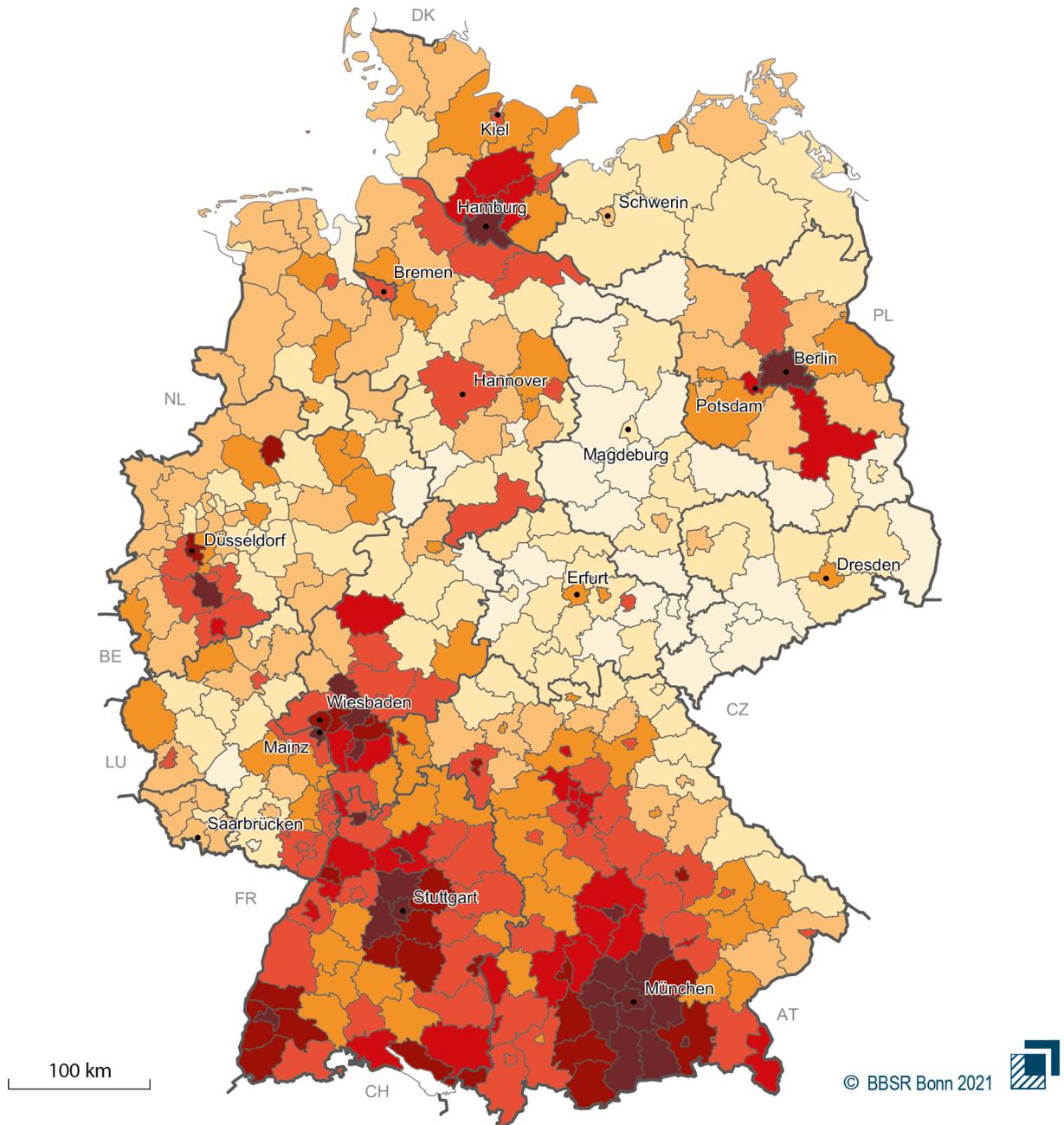
Der Fokus der Planung lag insbesondere auf der Altstadt. Ziel war es, ihre bauliche und soziale Struktur zu erhalten und damit „nicht mehr nur der Schutz einzelner Baudenkmäler, sondern der Schutz des historischen Zentrums als GesamtDenkmal“ (Bodenschatz 1979: 173 f.).

Schon lange vor Cervellati und Lefebvre, nämlich 1965, hatte in Deutschland bereits Alexander Mitscherlich eine dezidiert linke Kritik an der Zerstörung gewachsener Strukturen in der Stadtentwicklung der Nachkriegszeit geübt. Diese lässt sich als hübscher Traum von einer Revolution lesen, bei der städtebaulich alles beim Alten bleibt: „Es ist wohl von niemandem ernstlich bestritten, dass die Misere des deutschen Wiederaufbaus eng mit der Zufälligkeit der Besitzverteilung, den spekulativen Bodenpreisen und dem ausgebliebenen politischen Versuch zu räumlicher Neuordnung der Stadtareale zusammenhängt“ (Mitscherlich 1965: 19 f.). Vor diesem Hintergrund ist es für Mitscherlich geradezu eine „Notwendigkeit, zu einer Neuregelung der Bodenbesitzverhältnisse in den Städten zu kommen“ (Mitscherlich 1965: 20).

In den folgenden Jahrzehnten wurde schnell klar, dass ein solchermaßen von links argumentierender städtebaulicher

1

Angebotsmieten inserierter Wohnungen 2020



Angebotsmieten von Wohnungen bei Erst- und Wiedervermietungen in mittlerer/guter Wohnlage 2020  
in Euro je Quadratmeter nettokalt

 bis unter 5,50	 6,50 bis unter 7,50	 8,50 bis unter 9,50	 10,50 bis unter 11,50
 5,50 bis unter 6,50	 7,50 bis unter 8,50	 9,50 bis unter 10,50	 11,50 und mehr

Anmerkungen: Angebotsmieten ohne Nebenkosten für unmöblierte Wohnungen mit 40 bis 100 Quadratmeter Wohnfläche, mittlere Wohnungsausstattung, mittlere bis gute Wohnlage, basierend auf im Internet veröffentlichten Wohnungsinseraten von Immobilienplattformen und Zeitungen.

Quelle: BBSR-Wohnungsmarktbeobachtung, IDN ImmoDaten GmbH, microm Wohnlagen. Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2019 © GeoBasis-DE/BKG  
Bearbeitung: N. Brack, A. Schürt

Bewahrungsgestus deutlich einfacher zu haben ist: wenn er von konservativ bis rechts kommt – und Enteignungsdiskussionen sowie damit einhergehende Umsturzängste der Mittel- und Oberschichten außen vor lässt. Diese hatten Mitte der 1970er-Jahre bereits das Bologna-Modell zu Fall gebracht. Im Grunde dürfte – zumindest in Deutschland – schon mit Wolf Jobst Siedler und seinem Buch „Die gemordete Stadt“ (1964), klargeworden sein, dass die städtebauliche Antimoderne, sofern sie nicht ans Eingemachte der Eigentumsstrukturen rührte, von Anfang an der politischen Reaktion in die Hände spielte. Kurz nach seiner städtebaulichen Verklärung der „guten alten Zeit“ betrieb Siedler als Geschäftsführer der Ullstein GmbH und damit Verleger von Albert Speers Bestsellern „Erinnerungen“ (1969) und „Spandauer Tagebücher“ (1975) die geschichtsklitternde Umdeutung eines Kriegsverbrechers zu einem „Naziminister, der nichts wusste“ (Gampert 2017; vgl. auch Brechtken 2017).

Besonders interessant liest sich in diesem Zusammenhang der Werdegang von Léon Krier. Der luxemburgische Architekt gehörte 1969 zu den Gründern des „Atelier de Recherche et d'Action Urbaines“ und stellte sich dort – beeinflusst von Lefebvres „Recht auf Stadt“ – mit antikapitalistischen Argumenten gegen die damaligen Brüsseler Abrissorgien. Auch neun Jahre später äußerte sich Krier noch kritisch über die antiurbane nationalsozialistische Klein- und Vorstadtplanung, wie sie etwa in Gottfried Feders 1939 veröffentlichtem

Buch „Die neue Stadt“ dargelegt wurde (vgl. Feder 1939). Krier betrachtete derlei vor allem als fatale Folge einer außer Kontrolle geratenen Industrialisierung: „Fascism is after all only an extreme form of capitalism“ (Archives d'Architecture Moderne 1978). Wenige Jahre später, in seinem Aufsatz „Architektur der Sehnsucht“, der 1987 in deutscher Übersetzung in der Bauwelt erschien, bezeichnete er die Feder'schen Kleinstädte plötzlich als „geniales Programm“ (Krier 1987: 1036) – und richtete später gar die eigenen, im Auftrag von Prinz Charles erfolgten Planungen für die englische Kleinstadt Poundbury an Feders Überlegungen aus.

Krier publiziert mittlerweile in nationalkonservativen Medien wie „Cato“ – und die AfD-Bundestagsfraktion zitiert ihn sogar in ihrem „Nationalen Aktionsplan kulturelle Identität“: „Die erfolgreichen Rekonstruktionsprojekte in Dresden, Frankfurt am Main oder Berlin zeigen, dass es auch mit Blick auf die architektonische Gestalt unserer Städte ein Grundbedürfnis nach kultureller Identität gibt, die etliche Bauten der ‚brutalistischen Moderne‘, die – wie es der Architekt Léon Krier ausdrückte – durch ‚mensenverachtende Hässlichkeit‘ und ‚Trostlosigkeit‘ gekennzeichnet sind“ (AfD-Bundestagsfraktion 2021). Sind aus dem „Recht auf Stadt“ also tatsächlich „rechte Räume“ geworden, wie Isabelle Doucet, Janina Gosseye und Anne Kockelkorn kürzlich suggerierten (vgl. Doucet et al. 2019)?

## Vorbild Wien?

Wie könnte nun in den luxussanierten Trümmern eines gut gemeinten „Rechts auf Stadt“, das unter neoliberalen Bedingungen nur schlecht als recht verwirklicht wurde, endlich die gerechte Stadt entstehen? Zumal auch Enteignungen von Wohnungskonzernen und selbst Mietpreisbremsen weiterhin an Gerichten scheitern oder leicht ausgehebelt werden dürften?

Eine große urbanistische Herausforderung unserer Zeit ist, dass die architekturtheoretisch ausformulierteste Alternative zum Rollback von traditioneller Stadt, Rekonstruktion und Vergangenheitslosigkeit ihrerseits eine höchstproblematische Position darstellt: der rechtslibertär konnotierte Parametrisismus eines Patrik Schumachers, der – wie das Beispiel Próspera auf der zu Honduras gehörenden Karibik-Insel Roatán zeigt – über Gebel und Zaha Hadid Architects mit steuerfluchtbereiten internationalen Kapitalgeberinnen und -gebern zusammenarbeitet (vgl. Trüby 2021). Schumacher

traut dem Markt so gut wie alles und dem Staat so gut wie nichts zu.

Die gerechte Stadt dürfte es allerdings nur jenseits des freien Markts geben, wie das Beispiel Wien zeigt. Sie ist die einzige europäische Metropole, in der hundertausende von Menschen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben. Ganz ohne toxische Enteignungsdiskussionen sorgt die 1,9-Millionen-Stadt mit ihren etwa 220.000 Gemeindewohnungen, die über das öffentlich-rechtliche Unternehmen Wiener Wohnen verwaltet, saniert und bewirtschaftet werden, für gedeckelte Mieten in Höhe von 5,80 Euro pro Quadratmeter – in teilweise besten Lagen und oftmals herausragender Architektur. 500.000 Menschen, also mehr als ein Viertel aller Einwohner Wiens, wohnen in einer dieser preisgünstigen Gemeindewohnungen. Keine andere Stadt der Welt besitzt so viele Wohneinheiten. Das wirkt sich auf den gesamten Mietmarkt in Österreichs Hauptstadt aus und drückt die Preise.



Foto: Von Bwag - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0,  
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=42828312>

Der Karl-Marx-Hof gehört zu den bekanntesten  
 Gemeindebauten in Wien

## Literatur

- AfD-Bundestagsfraktion**, 2021: Einen Nationalen Aktionsplan Kulturelle Identität auf den Weg bringen, Antrag vom 21.04.2021. Drucksache 19/28794. Zugriff: <https://dserver.bundestag.de/btd/19/287/1928794.pdf> [abgerufen am 22.07.2021].
- Archives d'Architecture Moderne** (Hrsg.), 1978: Rational Architecture – Architecture rationelle. The Reconstruction of the European City, Brüssel.
- BMI – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat; BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung**, 2021: Faktenblätter zum deutschen Wohnungsmarkt 2021. Zugriff: [https://www.bilanz-wohnraumoffensive.de/wp-content/uploads/2021/02/2\\_Faktenblaetter-Wohnungsmarkt-2021.pdf](https://www.bilanz-wohnraumoffensive.de/wp-content/uploads/2021/02/2_Faktenblaetter-Wohnungsmarkt-2021.pdf) [abgerufen am 22.07.2021].
- Bodenschatz**, H., 1979: Städtische Bodenreform in Italien. Die Auseinandersetzung um das Bodenrecht und die Bologneser Kommunalplanung, Frankfurt am Main: Campus.
- Brechtken**, M., 2017: Albert Speer. Eine deutsche Karriere, Berlin: Siedler.
- Doucet**, I.; Gosseye, J.; Kockelkorn, A., 2019: From Le Droit à la Ville to „Rechte Räume“: Legacies and legends of the Movement for the Reconstruction of the European City. Conference Paper, 11-2019. Zugriff: [https://www.research-collection.ethz.ch/bitstream/handle/20.500.11850/390854/HNI\\_paper.pdf?sequence=11&isAllowed=y](https://www.research-collection.ethz.ch/bitstream/handle/20.500.11850/390854/HNI_paper.pdf?sequence=11&isAllowed=y) [abgerufen am 22.07.2021].
- Feder**, G., 1939: Die neue Stadt. Versuch der Begründung einer neuen Stadtplanungskunst aus der sozialen Struktur der Bevölkerung, Berlin: Verlag von Julius Springer.
- Gampert**, C., 2017: Albert Speer und seine Helfer. Geschichtsfälschung für die Mär vom unpolitischen Technokraten. In: Deutschlandfunk, 30.04.2017. Zugriff: [https://www.deutschlandfunk.de/albert-speer-und-seine-helfer-geschichtsfael-schung-fuer-die.691.de.html?dram:article\\_id=385011](https://www.deutschlandfunk.de/albert-speer-und-seine-helfer-geschichtsfael-schung-fuer-die.691.de.html?dram:article_id=385011) [abgerufen am 17.08.2021].
- Krier**, L., 1987: Eine Architektur der Sehnsucht (1985). In: Bauwelt 28–29: Die große Speerfeier des Léon Krier.
- Lefebvre**, H., 2016: Das Recht auf Stadt, Hamburg: Edition Nautilus. Erstmals veröffentlicht 1968.
- Mitscherlich**, A., 1965: Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Trüby**, S., 2021: Das Faustrecht der Freiheit. Anarchokapitalistische Fantasien in der zeitgenössischen Architektur. In: Geschichte der Gegenwart, 28.03.2021. Zugriff: <https://geschichtedergewenwart.ch/das-faustrecht-der-freiheit-anarchokapitalistische-fantasien-in-der-zeitgenoessischen-architektur> [abgerufen am 22.07.2021].



# WEGE ZUR PRODUKTIVEN STADTREGION

Neue, alte Nähe



Foto: Christian Holl

Nach Jahren der Trennung von Wohnen und Arbeiten ist die Produktion aus vielen Städten so gut wie verschwunden. Veränderte Produktionsweisen und neue Möglichkeiten der Nutzungsmischung führen aktuell zu intensiven Diskussionen über die produktive Stadt. Warum fällt es so schwer, für eine echte Mischung zu sorgen? Müssen wir das Konzept vielleicht in anderen Räumen anwenden, als bisher getan?

---

**Prof. Jörg Leeser**

ist Architekt und Stadtplaner und Gründungspartner der Bel, Bernhardt und Leeser – Sozietät für Architektur in Köln. Seit 2015 ist er Professor für Entwerfen im städtebaulichen Kontext an der Peter Behrens School of Arts in Düsseldorf.  
leeser@bel.cx

Ich bin in einer alten produktiven Stadt aufgewachsen, am Rande des Bergischen Landes. In dieser Stadt wurden Schlösser und Beschläge gefertigt. Erinnerungen an meinen Schulweg sind untrennbar mit dem süßlichen Geruch der Gießereien verbunden. Diese Stadt war voller mittelständischer Fabriken, in denen Arbeiter, Angestellte und Fabrikanten arbeiteten, die mit Bäckern, Herrenausstattern, Rechtsanwälten, Lehrern und Ärzten eine ehrenwerte Stadtgesellschaft bildeten. Die Ordnung war patriarchalisch, die Sprache nicht gendergerecht und die Mütter standen zu Hause am Herd.

Die Stadt war nicht besonders sorgfältig geplant, sie hatte sich über die anderthalb Jahrhunderte der Industrialisierung so ergeben. Umwelt- oder Denkmalschutz waren Fremdworte, noch in den 1960er-Jahren hatte man den Ortskern mit Fachwerkhäusern ersetzt durch einen großzügigen Platz mit Hochhausanlage, der Bach meiner Kindheit hatte Schaum-

kronen und verursachte einen unangenehmen Ausschlag, wenn man hineinfel.

Der Wandel zur postindustriellen Gesellschaft trat in meiner produktiven Stadt bereits mit Beginn meiner Adoleszenz ein, erste Fabriken gingen in den Konkurs, im Stadtzentrum entstanden bodenbelastete Brachen, die verbleibenden Betriebe modernisierten sich, zogen in die Gewerbegebiete und begannen, Fertigungen im Ausland aufzubauen. Der Strukturwandel kostete viele Arbeitsplätze, die Stadt schrumpfte. In der Rückschau wirkt alles zwangsläufiger, als es wirklich war; wir haben einen erhabenen Standpunkt über die Ereignisse der Vergangenheit und meinen die Zusammenhänge der beobachteten Entwicklungen erklären zu können. Wir wissen viel über die Fehler der Vergangenheit, der große Plan mit seinen vier voneinander getrennten Funktionen kannte keine Gnade: Gefangene wurden nicht gemacht.

## Anerkannt, aber keine Realität

Wenn wir in der Architektenschaft, unter Planerinnen und Planern, heute über die produktive Stadt sprechen, erwarten wir voneinander, dass unsere Positionen umfassend sind und keinen Parameter außer Acht lassen. Wir sind bemüht, die ganze Komplexität der Systeme zu erfassen und verknüpfen kleinste Phänomene mit den größten globalen Zusammenhängen. Die so lange propagierte postindustrielle, globalisierte Gesellschaft wird in unserer Vorstellung durch eine neue, lokale Informationsgesellschaft abgelöst oder – je nach Prognose – ergänzt. Der Klimawandel, Automation, Künstliche Intelligenz und nun auch noch Pandemien schaffen Randbedingungen, die uns überfordern.

Angesichts einer seit vielen Jahren immer weiter zunehmenden Mobilisierung von Waren und Menschen wünscht sich nicht nur die Disziplin der Stadtplanung schon seit geraumer Zeit, Lokales und Regionales möge wieder in den Vordergrund treten. Kurze statt lange Wege, kleinräumliche Bezüge statt entfesselter Mobilität, Mischung statt Funktionstrennung, heterogene, multikulturelle und gleichberechtigte Gesellschaftsmodelle sowie Teilhabe und Aneignung sollen endlich die Mängel der Vergangenheit abstellen. Diese Ziele sind in der Profession Allgemeingut – und das schon seit über zwanzig Jahren. Dennoch sind sie noch immer mehr Wunsch denn Realität. Die Fakten wollen nicht so recht folgen, obwohl die Kritik an der städtebaulichen Funktionstrennung lange formuliert ist (spätestens seit dem CIAM X., 1959) und Eingang in die Regelwerke gefunden hat. Ob in

der Leipzig Charta (vgl. BMU 2007) klar formuliert oder in der Gebietswidmung des Urbanen Gebiets in der Baunutzungsverordnung mit der – immer noch nicht zufriedenstellenden – Überarbeitung der „Technischen Anleitung zum Schutz gegen Lärm“ (2017) gesetzlich geregelt: Eine möglichst vielschichtige Nutzungsmischung ist im städtebaulichen Diskurs keine Außenseiterposition, sondern Konsens. Erfolgreiche Pionierprojekte und Initiativen belegen, dass die Mischung von Wohnen und Arbeiten zeitgemäßen Anforderungen genügt, dennoch sieht die tägliche Praxis anders aus. Die großen Gewerbeboxen landen immer noch auf der grünen Wiese, neue Quartiere werden monofunktional als reine Wohnquartiere entwickelt; Innenstädte sind nach wie vor unbewohnte Einzelhandelswüsten. Diese Prozesse sind das Ergebnis vor allem kurzfristiger, doch profitabler Marktmechanismen, die trotz der besseren Einsichten von Stadtplanerinnen und -planern flächendeckend wirksam sind.

Dabei liegt mit dem Konzept der produktiven Stadt ein Begriff voller Verführungskraft vor. Er stützt sich auf eine einfache Hypothese: Aufgrund zeitgenössischer, emissionsarmer Produktionsmethoden ist es wieder möglich, produzierendes Gewerbe und Wohnen zusammenzuführen. Eine entsprechende Mischung besitzt viele positive Attribute, die wir als Bestandteile eines zukunftsweisenden Städtebaus begreifen. Die produktive Stadt ist multifunktional durchmischt, sie ist eine Stadt der Nähe, sie ist dicht und doch durchgrünt, sie entsteht unter Wahrung und Entwicklung



Foto: Jörg Leiser

### Mischung in der Zwischenstadt: Viel Zufall, wenig Planung

von Ressourcen oft als Metamorphose des Bestandes. Sie bietet auch Arbeitsplätze für weniger Qualifizierte und sorgt in der Mischung mit Wohnen und Freizeit rund um die Uhr für belebte Quartiere.

Aber diese Stadt braucht sorgfältige Planung und Pflege, sie entsteht und bleibt nicht einfach so. Und es gibt weder den einen idealen Ort, an dem sie entstehen kann, noch gibt es eine ideale Form, die sie annehmen könnte.

## Ein bisschen Brauchtum und viele Probleme

Räumlich muss sich dieser Paradigmenwechsel in den umfangreichen Beständen unserer Städte und Stadtregionen vollziehen. Überall stehen Gebäude und gehören jemandem; unbebaute Areale gibt es nur im Außenbereich, wo aber aus ökologischen Gründen vermieden werden sollte, zusätzliche Flächen zu versiegeln. Nehmen wir diese Herausforderung an, werden wir weniger großflächig neu planen und nur in Ausnahmefällen neue Bebauungsgebiete ausweisen, als dass wir inkrementell arbeiten werden.

Um aber Gewerbe in den dichten Zentren der Schwarmstädte ansiedeln zu können, bedarf es einer steuernden Intervention, da mit den Marktmechanismen des Immobilienmarkts nur wenige Nischen für Produktion entstehen. Der ausdifferenzierte Bodenmarkt von günstigen und teuren Lagen, der heute einer kleinteiligen Nutzungsmischung entgegenwirkt, wird ohne große politische Veränderungen nicht flächendeckend ausgehebelt werden können. Zwar entstehen trotz der hohen Bodenwerte in den Gentrifizierungszentren



Foto: Maren Harnack

**Mikrobrauerei in Frankfurt. Gut für die Nischen in der Stadt, aber der Großteil der Produktion findet anderswo statt**

neue, kleinmaßstäbliche Produktionsorte. Kaffeeröstereien, Mikrobrauereien und Fahrradmanufakturen finden sich in deutschen Großstädten mittlerweile allenthalben, gerne in alten Ladenlokalen und Hintergebäuden. Das aber sind kaum mehr als liebevolle Selbstvergewisserungen einer meist wohlhabenden und gebildeten Schicht, eine gesellschaftlich wichtige Brauchtumpflege. Die systemische Strahlkraft dieser Produktionsräumchen (nicht störend) ist allerdings gering.

Solchen Entwicklungen sind sowohl räumliche als auch ökonomische Grenzen gesetzt, das Potenzial an verfügbaren Flächen ist begrenzt, und die Entwicklung der Immobilienmärkte macht wenig Hoffnung auf kostengünstige Gewerbelagen in den Innenstädten. Die Baunutzungsverordnung und der § 34 des BauGB tun ein Übriges, vermeintlich nicht verträgliche Bausteine dem Stadtgewebe fernzuhalten.

Vor allem der Maßstab entscheidet über die Potenziale zukünftiger produktiver Städte. Während die Fabriken meiner Kindheit zum Teil jeweils über tausend Arbeitsplätze boten, ist die neue digitale oder handwerkliche Produktion in den Zentren wesentlich kleinmaßstäblicher. Es sind kleine Einheiten mit geringem Flächenbedarf, die sich in das dichte Geflecht der bestehenden Innenstadtlagen einfügen können. Aber schon etwas größere Ensembles wie Gewerbehöfe, in denen kostspielige digitale Maschinenparks gemeinschaftlich genutzt werden können, sprengen in der Regel den Maßstab der dichten Kernstadt und benötigen peripherere Lagen. Neue hybride Produktionstypen wie Mietfabriken, Fabrikationslabore, Werkshäuser und schmutzige Inkubatoren stehen in der inneren oder äußeren Peripherie der Städte. Sie benötigen eine Anlieferung mit Schwerlastern und sind einige tausend Quadratmeter groß. Ein durchschnittliches Gebäude zeitgenössischer Produktion findet nur in Ausnahmen Raum in der Kernstadt.

## Dann eben woanders

Wenn die Produktion also nur sporadisch in die Kernstadt kommen kann, muss die Stadt eben zur Produktion kommen. In den Stadtregionen, dort, wo Thomas Sieverts (1998) von Zwischenstadt spricht, finden sich unzählige diffuse, mit Gewerbebauten durchsetzte Stadträume, die nur darauf warten, urbanisiert zu werden. Die unendliche Weite der Agglomeration, mit ihren diffusen Stadt-, Landschafts- oder Stadtlandschaftsräumen ist die wirkliche planerische Herausforderung. Hier gibt es riesige Räume, deren Bestand wie eine Zutatensammlung wirkt, ohne dass ein Rezept sie zusammenführt. Lose, kaum aufeinander bezogene Nutzungen, unzusammenhängende Fragmente unterschiedlichster Typen, die allesamt durch die Logik des Automobils miteinander verbunden sind. Dort, wo bisher Wohnen und Arbeiten über das Pendeln verknüpft wurden, kann ein neues, dichteres Geflecht aus beidem entstehen. Wo es keine räumlich kompakte Stadtstruktur gibt und ein fröhliches Nebeneinander von großflächigem Einzelhandel, Reihenhaussiedlung, Gewerbehallen und Industriegebiet herrscht, bedarf es dann aber präziser Eingriffe der Nachverdichtung, um diese umfangreichen Bestände zu einer vielschichtigen produktiven Stadt zu ertüchtigen. Das Mischungsverhältnis zeigt die Elemente in ihrer jeweiligen Funktion, hier liegen größere und kleinere Körper nebeneinander.

Die neue produktive Stadtregion ist typologisch divers, ihre Stadtbausteine müssen auf die vielfältigen Raumkonstellationen des Bestands reagieren können. Homogene Stadträume sind weder möglich noch erstrebenswert, denn die Qualitäten dieser neuen produktiven Stadt liegen in ihrer Heterogenität. Wohnen, Freizeit, Kultur, Konsum und Arbeit können in unmittelbarer Nachbarschaft mit zum Teil erheblichen Größendifferenzen angeordnet werden. In der Stadtregion sind die größten Entwicklungspotenziale zu finden, eine

wohlwollende Auslegung der herrschenden Gesetze zum Urbanen Gebiet vorausgesetzt. Auch Konversionsflächen ehemaliger Industrien, ehemalige Bahn- oder Militärgelände sind die Entwicklungsgebiete erster Wahl für die Umsetzung Nutzungsgemischter Städte. Gebäudebestände lassen sich transformieren, es gibt genügend Freiräume zur Nachverdichtung mit Wohngebäuden, die Gebiete sind in der Regel infrastrukturell gut angebunden und die Besitzverhältnisse lassen großmaßstäbliche Planungen zu. In vielen Gewerbegebieten finden sich bereits nichtgewerbliche Nutzungen wie Moscheen, Festsäle und temporär platzierte Geflüchtetenunterkünfte, die in Urbanisierungskonzepten mit zusätzlichem Wohnen und weiteren städtischen Funktionen eingebunden werden können, um dort ein kritisches Maß an Mischung zu erreichen.

Von Planerinnen und Planern, aber auch von denen, die sie nutzen, verlangt die immer weiter collagierte Stadt ein neues Verständnis davon, was die Qualitäten und Eigenheiten des Ortes ausmachen können. Traditierte Raumtypen gibt es nicht, deswegen kann es nur schiefgehen, diese Orte an alten Vorstellungen von Stadt zu messen. Und es würde blind für das machen, was hier entstehen kann: Ein neues, kunstvolles Gefüge einer bisher unbekanntem Kombination von Typen. Wir sollten dieser neuen produktiven Stadt mit Zuversicht begegnen – das heißt aber auch, sie formen zu wollen: Hier wird Städtebau benötigt, der über den Tellerand historisierender Stadtmodelle hinausblicken kann. Der autogerechten Stadtregion eine neue Multifunktionalität und mit Bedeutung aufgeladene Stadträume einzuschreiben, ist eine Aufgabe, die große Freude an Kombination, Kompromiss, Tüfteln, Erfindung und Umdeutung erfordert – es lebe die produktive Zwischenstadt!

## Literatur

**BMU** – Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit, 2007: Die Leipzig-Charta. Zugriff: <https://www.bmu.de/download/die-leipzig-charta> [abgerufen am 20.07.2021].

**Sieverts, T.**, 1998: Zwischenstadt – zwischen Ort und Welt Raum und Zeit Stadt und Land. Vieweg+Teubner Verlag. Springer Fachmedien Wiesbaden.



# TERRAPOLIS BEWOHNEN



Quelle: veränderter Ausschnitt aus Nelson, A., 2008: Estimated travel time to the nearest city of 50,000 or more people in year 2000. Global Environment Monitoring Unit – Joint Research Centre of the European Commission, Ispra Italy. Available at <https://forobs.jrc.ec.europa.eu/products/gam> [abgerufen am 22.10.2021]

**Menschliches Handeln erfolgt nicht erst in vorgefundenen Räumen, es ist eingebettet in ein komplexes Beziehungsgeflecht, das auch diese Räume erst hervorgebracht hat. Sich der eigenen Verflechtungen bewusst zu werden, öffnet einen anderen Blick auf Bewohnbarkeit, Wohnen und Wohnungspolitik und deren Potenziale für Veränderung.**

---

**Prof. Bernd Kniess**

ist Architekt und Stadtplaner. Seit 2008 ist er Professor für Urban Design an der HafenCity Universität Hamburg, verantwortlich für den Aufbau und die Leitung des interdisziplinären Masterprogramms Urban Design und die Konzeption und Durchführung von transdisziplinären Realexperimenten in der Verbindung von Lehre, Forschung und Praxis.

[bernd.kniess@hcu-hamburg.de](mailto:bernd.kniess@hcu-hamburg.de)

Das Umschlagen eines Mengenverhältnisses gibt uns Anlass, das Glas als halbvoll oder als halbleer zu betrachten. Einer Kippfigur gleich, die in der faktischen Veränderung eines kaum wahrnehmbaren Unterschieds besteht, markiert das dennoch nachweisbare Übergewicht durch Zuschreibung seine Zustandsänderung. Die Ausrufung eines „Urban Age“ oder „Zeitalters der Städte“ zur Jahrtausendwende (vgl. auch Alfred Herrhausen Gesellschaft o. J.) lässt sich als eine symbolische Markierung eines solchen „Turns“ verstehen. Was den Menschen mit der Aussicht auf Arbeit und Bildung von jeher ein besseres Leben in Städten verspricht, scheint die Städte nun vor Herausforderungen zu stellen, mit einem „unaufhaltsamen und unkontrollierten Zuzug“ nicht mehr Schritt halten zu können. Um diesem Problemaufriss adäquat zu begegnen, vertraut das Urban-Age-Programm weiterhin auf die „sehr wirkungsvollen Möglichkeiten“ der Stadtplanung, wie dies durch eine „Vielzahl erfolgreicher Städteplanungen oder Projekte“ zu belegen sei (ebd.). Das Narrativ, Stadtplanung könne das künftige städtische Leben formen und in die richtigen Bahnen lenken, ist indes nicht

neu. Es folgt einer externalisierten Sichtweise auf Stadt, die sie als objekthaft begreift, ihre Probleme benennt und bewährte Bewältigungsstrategien impliziert, gestützt auf Expertenwissen und Erfahrung. Was in solch generalisierender Betrachtung außer Acht bleibt, sind die spezifischen Bedingungen und Wirkungen, wie sie aus dem alltäglichen Gebrauch der Stadt in ihren je eigenen Kontexten entstehen.

Problematisch erscheint zudem, ob das Versprechen auf eine bessere Zukunft, das Gegenwart als problematisch diskreditiert und sich auf die Vergangenheit, je nach Perspektive als gutes oder schlechtes Beispiel bezieht, nicht immer schon problematisch war. Wenn darüber hinaus Zukunft einem spezifischen Konzept „Stadt“ zugeschrieben wird, ließe sich weiter fragen, was dieses miteinschließt – und was es als nicht zugehörig ausschließt. In dieser Gegenüberstellung eines „Dringen“ (der Städte und Metropolen) und eines (nicht näher bezeichneten) „Draußen“, wäre also zu fragen, wie dieses „Andere“ beschaffen ist und welcher Art die Wechselbeziehungen mit dem „Dringen“ sind.

## Kritische Zone(n): Krise als Kettenreaktion

Gehen wir zunächst einen Schritt zurück, um uns die Entwicklungsbedingungen in Erinnerung zu rufen, die mit der Marke eines „Urban Age“ nun ihre Apotheose erfahren sollen. Es ist Henri Lefebvres Verdienst, die historische Entwicklung der Industriestadt zum Gegenstand seiner Analyse gemacht zu haben, aus der er seine Hypothese zur vollständigen Verstädterung der Gesellschaft ableitet. Mit seiner Arbeit versucht er, die Lücke des historischen Materialismus im Hinblick auf die Stadt und das Städtische zu bearbeiten. Die Schriften von Marx und Engels sind ihm die Grundlage, auf der er die Wirkungsgefüge kapitalistischer Stadtproduktion analysiert – jenen historischen Prozess also, der durch die Zentralisierung von Kapital, Infrastruktur und Menschen zur allmählichen Verstädterung führen wird (vgl. Lefebvre 1972). Die Pläne der massiven Stadtumgestaltungs- und -erweiterungsmaßnahmen des 19. Jahrhunderts, wie etwa Haussmanns Paris, Cerdàs Barcelona oder Hobrechts Berlin, wirken vor diesem Hintergrund wie die Screenshots eines komplexen Plots.

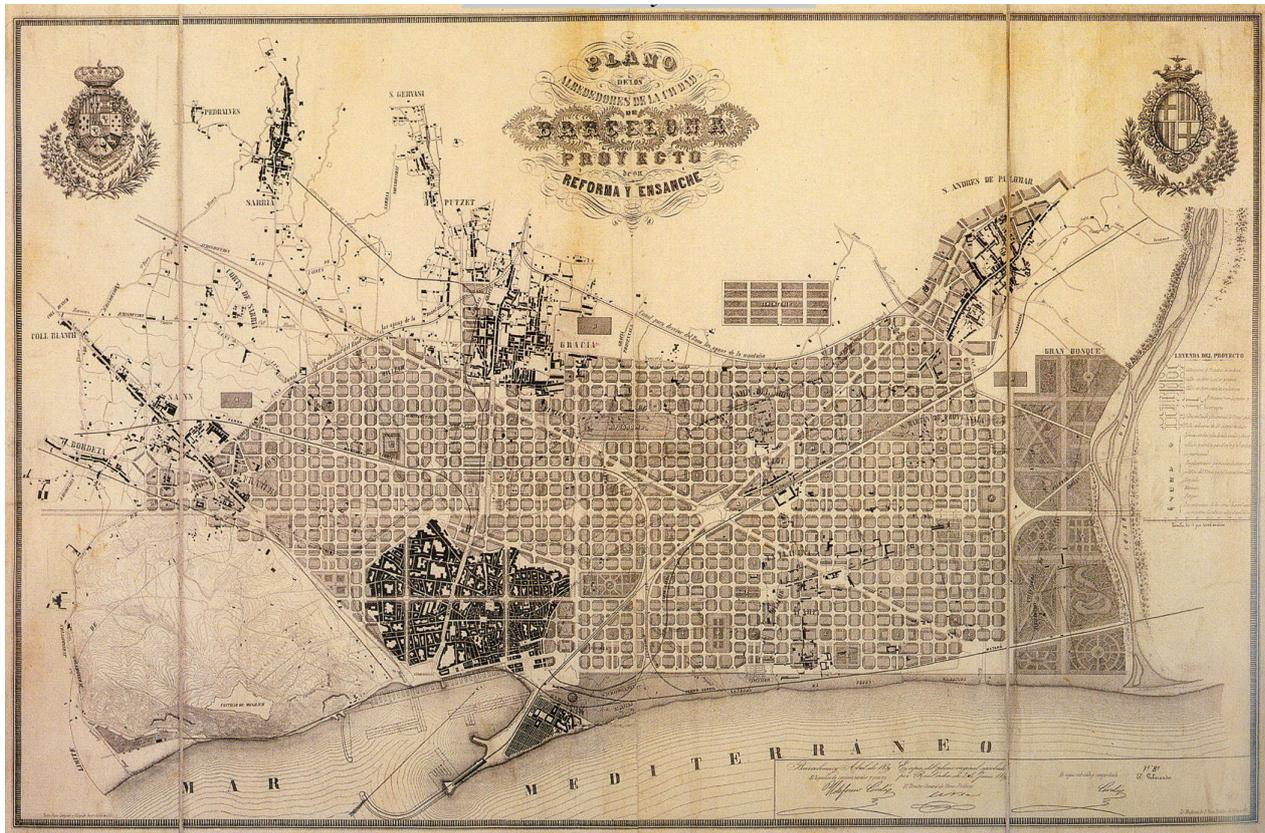
Lefebvre bedient sich der Metapher „Implosion – Explosion“, um die Gleichzeitigkeit dieser Entwicklungen in ihrem Ausmaß und ihrer Wirkmacht bildhaft zu fassen: eine ungeheure Verdichtung und Konzentration von „Menschen, Tätigkeiten Reichtümern, von Dingen und Gegenständen, Geräten, Mit-

teln und Gedanken“ (Lefebvre 1972: 27) und das gleichzeitige Auseinanderbersten und Ausstreuen unzähliger Fragmente in ihren je eigenen Formen, Funktionen, Strukturen an die Ränder, in die Vororte, Satellitenstädte und darüber hinaus.

Auf Lefebvres Zeitachse der Entwicklungsstufen der Stadt markiert die „kritische Zone“ deren (vorläufigen?) Endpunkt. Diese kritische Zone ist uns erfahrbare Wirklichkeit geworden: Sie umfasst ein schier undurchdringliches Geflecht städtischer und nichtstädtischer Räume und Infrastrukturen, natürlicher und künstlich überformter Gebiete und Gewässer, sie reicht bis zu den Weltmeeren und in die Atmosphäre. Der ihr zugrunde liegende urbane Industriekapitalismus greift so weit, dass sich nichts und niemand auf der Erde außerhalb dieses Einflussbereichs befinden sollte (vgl. Soja/Kanai 2014) – das zeigen schließlich auch die Kollateralschäden mit ihren unfassbaren Verwüstungen, wie sie aus dem ungehemmten Raubbau an Ressourcen, der Entsorgung von Abfällen, den Konflikte in den Verteilungskämpfen und den sozialen Verwerfungen, dem Klimawandel und den Migrations- und Fluchtbewegungen hervorgegangen sind.

Folgen wir Lefebvres Argumentation, so konnte die enge Verflechtung von Industrialisierung und Verstädterung mit

## Originalplan der Stadterweiterung Barcelonas von 1859



Quelle: Ildefons Cerdà i Sunyer – Museu d'Historia de la Ciutat, Barcelona, Public Domain, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=6692047>

ihren politisch-ökonomischen und sozial-ökologischen Beziehungen in letzter Konsequenz nur in einen Zustand des Kritischwerdens führen, dessen vorrangiges Problem die Natur sein würde. Deren „Elemente“ seien von der Vernichtung bedroht, wenn um das Jahr 2000 Luft und Wasser derart verschmutzt sein würden, dass das Leben auf der Erde prekär geworden sein wird (vgl. Lefebvre 1972: 41).

„Kritische Zone“ ist heute der Begriff, unter dem sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen jener nur wenigen Kilometer dünnen Schicht widmen, die den Planeten umgibt, in der wir leben, und die schon immer einem stetigem, durch das Leben bedingten Wandel unterlag. Sie erforschen die komplexen Vorgänge, die ihrer Funktionsweise zugrunde liegen, und die in einer Weise kritisch geworden sind, dass fraglich ist „ob das Leben auf der Erde überhaupt weiterbestehen kann“ (Lowenhaupt Tsing 2018: 7). Auch wenn wir zu ahnen beginnen, dass es sich bei

den Krisen unserer Zeit nicht etwa um unverbundene Ereignisse, sondern „um ein und dieselbe Kettenreaktion handelt, deren Ursprung in der Reaktion der ‚ERDE‘ auf unsere Unternehmungen liegt“ (Latour 2019), so haben wir kaum eine Vorstellung davon, wie wir mit dieser kritischen Situation umgehen sollen.

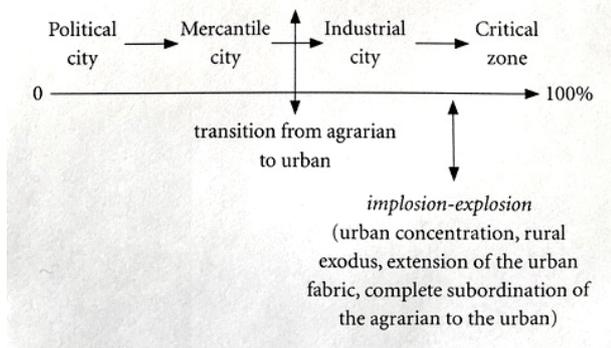
Ist es in unserem Sprachgebrauch selbstverständlich, sich auf einem Terrain oder in einem Raum zu verorten, in dem wir beispielsweise sagen, wir lebten auf der Erde, in der Stadt oder auf dem Land, so wird diese Form der Selbstverortung zur Selbstvergewisserung innerhalb eines als „gegeben“ vorausgesetzten Rahmens (westlicher Ordnungsmuster) nun selbst prekär. Es ist der externalisierende Blick auf Welt/Natur/Stadt/Gesellschaft, der uns schließlich die eigene Wahrnehmung und Erfahrung als Teil eines sozial produzierten Lebensumfeldes in seinen Wirkungen verwehrt.

## 2

### Zeitachse der Entwicklungsstufen der Stadt

dominant, it does so only through the urban problematic. What can be done to change this? How can we build cities or “something” that replaces what was formerly the City? How can we reconceptualize the urban phenomenon? How can we formulate, classify, and order the innumerable questions that arise, questions that move, although not without considerable resistance, to the forefront of our awareness? Can we achieve significant progress in theory and practice so that our consciousness can comprehend a reality that overflows it and a possible that flees before its grasp?

We can represent this process as follows:



Quelle: Henri Lefebvre, The Urban Revolution, Minneapolis [1979] 2003: 15

Führten wir die Verständnisse der „kritischen Zonen“ zusammen, so müsste heute von einer Krise der Bewohnbarkeit zu sprechen sein, die, dem kolumbianischen Soziologen Escobar folgend, mit ihren Binaritäten auf hegemoniale Wahrheitsregime moderner Zivilisation zurückzuführen wäre. Es ist allerdings nicht alleine die Trennung von Kultur und Natur, Natur und Gesellschaft, Stadt und Land, wie sie letztlich der umfassenden Verstädterung als ursächlich zugeschrieben wird. Die Ursache dieser Krise lässt sich vielmehr auf das dieser Entwicklung zugrunde liegende „hetero-patriarchale kapitalistische koloniale“ (Escobar 2018: 133) Zivilisationsmodell zurückführen, das sich, als „one-world world“ (Law 2011) das Recht anmaßte, DIE Welt zu sein und alle anderen

Welten den eigenen Erklärungsmustern und Bedingungen oder, schlimmer noch, der Nichtexistenz zu unterwerfen (vgl. Escobar 2018: 67).

Als problematisch erscheint insofern nicht alleine die Störung der welterzeugenden und -erhaltenden Gefüge durch uns Menschen, als vielmehr die Weise, wie wir uns außerhalb derer verorten – immer in dem Glauben, regulierend/korrigierend darauf einwirken zu können. Das Vertrauen in das eigene Vermögen, die Welt zu beherrschen, hält uns davon ab zu erkennen, wie heillos verstrickt wir in das Wirkungsgefüge aus „unzähligen unfertigen Konfigurationen aus Orten, Zeiten, Materien, Bedeutungen“ (Haraway 2016: 9) sind. Die anthropo-, euro-, selbst-, androzentrische Perspektive eines „In-der-Welt-Seins“ wird längst nicht mehr ausreichen, dieser Krise zu begegnen. Die Möglichkeit sich dieser Aufgabe zu stellen, zeichnet sich in einem veränderten Weltverhältnis ab, das als ein „In-Beziehung-Sein“ zu anderen Lebensformen und vielfältigen soziokulturellen Konfigurationen die Bewohnbarkeit als relationale Praxis neu zu zentrieren erlaubt. Folgen wir der Biologin und Wissenschaftsphilosophin Donna Haraway, kann es nur vom Zusammenspiel innerhalb dieses Geflechts abhängen, ob und wie ein friedliches Zusammenleben auf der Erde überhaupt möglich sein wird (ebd.).

Unweigerlich drängt sich die Frage auf, inwiefern der Begriff der Krise oder der „kritischen Zone“ ausreicht, um dem gegenwärtigen Zustand begegnen zu können, hält er doch immer die Anforderung bereit, das, was kritisch geworden ist, beheben/reparieren zu müssen, um eine Funktionsfähigkeit (welche?) wiederherzustellen. Haraways Denkmodell einer „Terrapolis“ hingegen sucht mit der Aufforderung gegenwärtig zu sein (ebd.), die gängige Denkweise zu überschreiten, die Vergangenheit wie Zukunft mit negativen oder positiven Vorzeichen zu versehen, stattdessen anzufangen, einen Zeitort des Lernens zu entwickeln und die Idee eines „verantwortlichen gemeinsamen Lebens und Sterbens auf einer beschädigten Erde nicht aufzugeben“, stattdessen miteinander zu denken (nicht denken), zu leben, sich verwandt zu machen (ebd.).

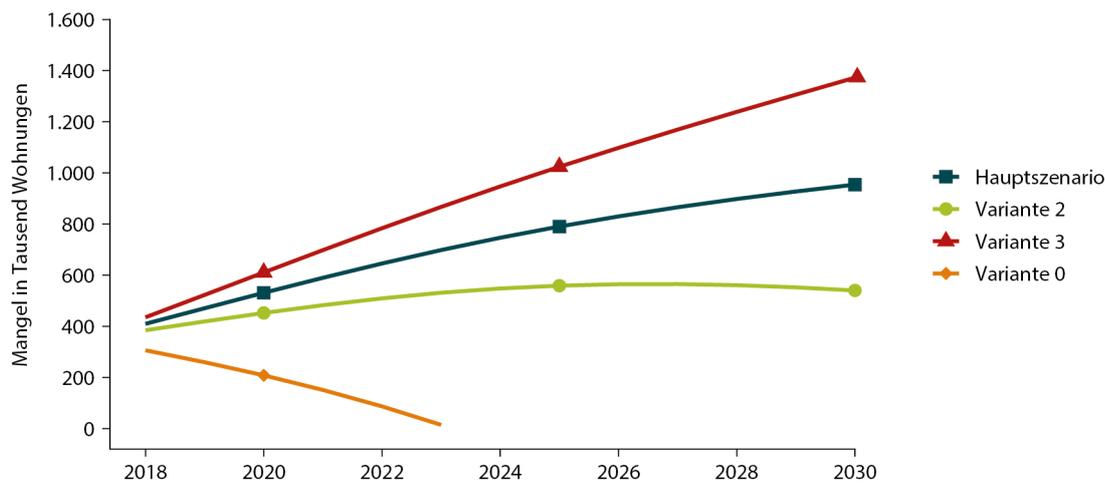
## Terrapolis bewohnen

Terrapolis steht für eine „erfundene multiple Integralgleichung“ (Haraway 2016: 21), verbindet Zeiten und Orte des artenübergreifenden Gewesenen und des zukünftig Mit-Werdens. Es umfasst Erde, Boden mit den politischen Gemeinschaften eines erdumspannenden sozioökologischen Geflechts und gründet auf den Aspekten der Fürsorge, der Pflege, des Erhalts und des Knüpfens neuer Bindungen, die essenziell für die Gemeinschaften sind, und die sich nicht alleine auf die Beziehungen zwischen Menschen beschränken, sondern alles Leben mit einbeziehen. Terrapolis bewohnen basiert auf einem Wohnverständnis, das Wohnen nicht alleine auf die „brutale materielle Realität“ (Lefebvre in: Elden 2004) reduziert, von der Lefebvre im Hinblick auf die Wohnung sprach und von deren beständiger Reproduktion man sich bis in Gegenwart und in die nahe Zukunft die Lösung des Problems verspricht. Terrapolis zu bewohnen ist vielmehr als eine relationale Praxis zu verstehen, die sich in ihrer sozialen Re- und Ko-Produktion beständig neu zentriert.

Und so lässt sich gerade auch am Beispiel der Wohnungskrise zeigen, wie die Fokussierung auf ein Problem Komplexität reduziert und damit nicht nur deren Ursachen außer Acht lässt, sondern mit ihrer Lösung zudem Wirkungen zeitigt, die die Krise der Bewohnbarkeit noch verschärfen. Das Prinzip ist denkbar einfach: In der Verkürzung auf eine Wohnungskrise in den Städten folgt die Forderung, mehr Wohnungen zu bauen. Der Bedarf bis 2030 wird je nach Szenario auf mehr als eine Million Wohnungen beziffert (vgl. Baldenius et al. 2019; vgl. Abb. 3), ungeachtet der Tatsache, dass im gleichen Zeitraum ein Anstieg des Wohnungsleerstands auf drei Millionen erwartet wird (vgl. BBSR 2020). Die Wohnungen sind vorhanden, aber offensichtlich an falschen Orten oder in ihrem baulichen Bestand nicht adäquat zu den Bedürfnissen. Im Ergebnis bringt die fortgesetzte expansive Bautätigkeit nicht nur Städte in Bedrängnis, immer neue Flächen als Bauland auszuweisen. Sie sorgt mit der Neubautätigkeit

### 3

Szenarien zum Wohnungsmangel und -bedarf 2030



	Bedarf 2030 in Millionen	Bestand 2030 in Millionen	Lücke 2030
Haupt Szenario	45,87		954.103
Variante 2	45,45		540.098
Variante 3	46,29	44,91	1.372.363
Variante 0	44,17		0

Quelle: Baldenius et al. 2019: 29

zudem für ein weiterhin immenses Ausmaß an Flächenversiegelung und den Verbrauch endlicher Ressourcen.

Zudem wird mit der (Re-)Produktion der immer gleichen, marktgängigen Wohnmodelle von Drei- und Vierzimmerwohnungen weiterhin deren Fehlnutzung in Kauf genommen, die schon im Bestand eine Ursache für den kontinuierlichen Anstieg des individuellen Wohnflächenverbrauchs ist (vgl. Abb. 4). Ihr Anteil beträgt im Bestand etwa 60, im Neubau immer noch 50 Prozent. Dem gegenüber steht etwa in Hamburg die Zahl von 80 Prozent Ein- und Zweipersonenhaushalten. Die klassische Kernfamilie aus Ehepaar mit Kindern unter 18 Jahren, der diese Wohnform zugeordnet ist, macht dort gerade einmal zwölf Prozent aller Haushalte aus.

Die Auswirkungen einer Wohnungspolitik, die sich in den Koordinaten „Staat“ und „Markt“ auf numerische Zielmarken beschränkt, zeigen sich unmittelbar: Während ein Teil der Mieterinnen und Mieter an den Rand der Städte gedrängt wird und sich trotzdem die Anzahl der benötigten Zimmer nicht leisten kann, ist auf der anderen Seite eine Unternutzung durch weniger Personen zu verzeichnen, was nur jenen zugute kommt, die sich diesen Luxus als Doppel- oder Spitzenverdienerinnen und -verdiener leisten können. So geraten diejenigen, die mangels Angebot nichts Angemes-

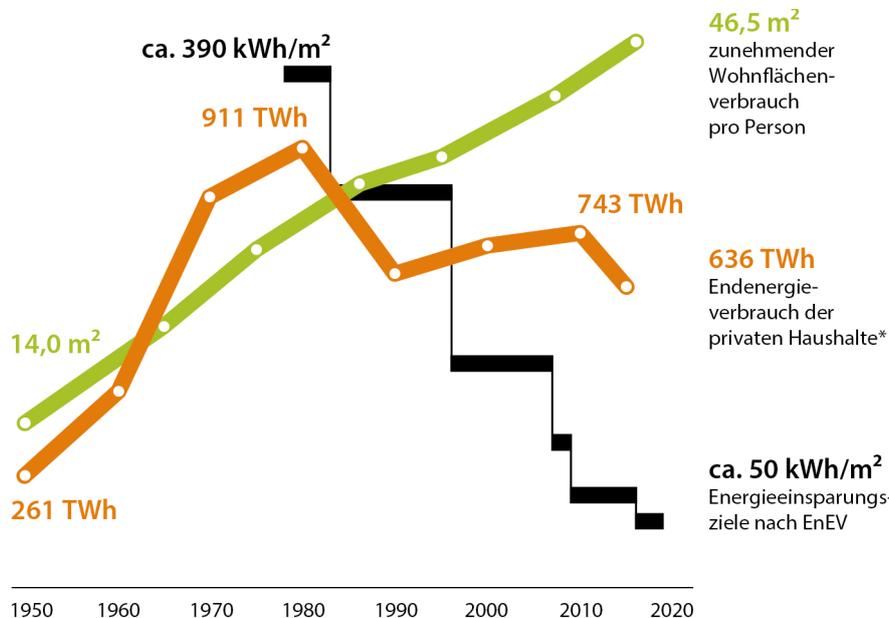
senes finden können, in eine prekäre Lebenssituation, in der sie weit mehr als den als annehmbar definierten Anteil von 30 Prozent des Nettohaushaltseinkommens für das Wohnen aufbringen müssen. Das trifft beispielsweise auf etwa ein Drittel aller Hamburgerinnen und Hamburger zu.

Aber in diesem neoliberal transformierten Wohnsystem widersetzt sich die Wohnung der Aneignung, das Wohnen stellt sich zunehmend prekär dar, so dass auch die grundlegenden Prozesse der sozialen Reproduktion und die damit verbundenen Netzwerke der Fürsorge und Unterstützung bedroht werden, die zudem die Voraussetzung für alle formellen und wirtschaftlichen Aktivitäten sind. Im Ergebnis heißt das, dass die Städte ihre eigenen Grundlagen kabbalisieren (vgl. Madden o. J.).

Was das Streben, die Lösung der Wohnungsfrage alleine einem Wohnungsmarkt zu überlassen, also mit erzeugt, ist eine Ausweitung der Krise der sozialen Reproduktion, die als Krise der Fürsorge genauso ernst und systemisch ist, wie die bereits festgestellte ökologische Krise, mit der sie eng verflochten ist (vgl. Leonard/Fraser 2016).

Es erscheint wenig zielführend, die Frage des Bewohnens auf die Wohnung oder eine Wohnungspolitik zu redu-

**4** Rebound-Effekt, unter anderem mit Angaben zur Entwicklung des Pro-Kopf-Wohnflächenverbrauchs



\* bis 1989: alte Bundesländer inkl. Kleinverbraucher, umgerechnet aus SKE in TWh

Quelle: Bundesstiftung Baukultur 2018; BBSR 2014; INSM – Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft 2009

zieren, die einzig quantitative, funktionale oder formale Kriterien in den Blick nimmt. Eine „Politik der Bewohnbarkeit“ (vgl. Butler 2018) gründet vielmehr auf einer Anerkennung des Bewohnens als heterogenes Ensemble im Sinne eines komplex ineinander verwobenen Gefüges sozialer, ökonomischer, ökologischer, politischer, rechtlicher Elemente, wie sie sich in ihrer Verbindung durch die Aneignung und den Gebrauch der Bewohnerinnen und Bewohner in ihren täglichen Routinen, Arbeitspraktiken und Spielformen materialisieren (vgl. Lefebvre 1996: 179). In ihrer Kontingenz gibt die Wohnung zudem Aufschluss über die Konventionen, Ge-

schlechterhierarchien und Machtkonstellationen, was sie zu einem genuin politischen Ort macht. Im Sinne einer Politik der Bewohnbarkeit lässt sich mit der Frage schließen, wie all das verfügbare Wohnwissen und die alltäglich gelebten Praktiken auf den „Behälter“ der Wohnung zurückwirken, sich materialisieren und eine neue Weise des Bewohnens befördern, die auf Fürsorge und Erhalt gründet und gemeinschaftlichen Luxus als Ziel verfolgt. Ganz im Sinne von Lacaton & Vassal (2013): „Luxury isn't related to money, but it's the condition of achieving above and beyond what was imagined to be possible“.

## Literatur

- Alfred Herrhausen Gesellschaft**, o. J.: „Urban Age – Die Zukunft globaler Städte gestalten“ – internationales Forschungsprogramm der Alfred Herrhausen Gesellschaft und LSE Cities. Zugriff: [https://alfred-herrhausen-gesellschaft.de/programme/cities/urban-age?language\\_id=3](https://alfred-herrhausen-gesellschaft.de/programme/cities/urban-age?language_id=3) [abgerufen am 03.05.2021].
- Baldenius, T.; Kohl, S.; Schularick, M.**, 2019: Die neue Wohnungsfrage. Gewinner und Verlierer des deutschen Immobilienbooms. Zugriff: [https://pure.mpg.de/rest/items/item\\_3070687\\_1/component/file\\_3070688/content](https://pure.mpg.de/rest/items/item_3070687_1/component/file_3070688/content) [abgerufen am 27.07.2021].
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung**, 2020: Künftige Wohnungsleerstände in Deutschland. Zugriff: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2020/wohnungsleerstand-dl.pdf> [abgerufen am 27.07.2021].
- BBSR**, 2019: Auch ländliche Kreise wachsen. Interaktive Anwendung des BBSR veranschaulicht demografische Entwicklung. Zugriff: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/startseite/topmeldungen/interaktive-karten/bevoelkerungsentwicklung-kreise/bevoelkerungsentwicklung-kreise.html> [abgerufen am 27.07.2021].
- Butler, C.**, 2018: Public housing on 'The Rocks': brutalism, heritage and the defence of inhabitation. Zugriff: <https://journals.ufs.ac.za/index.php/aa/article/view/3822> [abgerufen am 27.07.2021].
- Elden, S.**, 2004: Understanding Henri Lefebvre: theory and the possible. London: Continuum Press.
- Escobar, A.**, 2018: Design for the Pluriverse: Radical interdependence, autonomy, and the making of worlds. Duke University Press.
- Haraway, D. J.**, 2016: Unruhig bleiben. Die Verwandtschaft der Arten im Chthuluzän. campus: Frankfurt/New York.
- Lacaton & Vassal**, 2013: Game Changer. Zugriff: <https://032c.com/o-architects-where-art-thou-game-changer-lacaton-vassal> [abgerufen am 23.07.2021].
- Latour, B.**, 2019: Das terrestrische Manifest. edition suhrkamp: Berlin.
- Law, J.**, 2011: What's Wrong with a One-World World. Zugriff: <http://www.heterogeneities.net/publications/Law2011WhatsWrongWithAOneWorldWorld.pdf> [abgerufen am 27.07.2021].
- Lefebvre, H.**, 1972: Die Revolution der Städte. CEP Europäische Verlagsanstalt: München.
- Lefebvre, H.**, 1996: Writings on Cities. Translated and edited by Eleonore Kofman and Elizabeth Lebas. Wiley-Blackwell.
- Lefebvre, H.**: De l'Etat III: 133. For some caution, see also „Le marxisme eclate“: 10. In: Elden, S., 2004: Understanding Henri Lefebvre: theory and the possible. London: Continuum Press.
- Leonard, S.; Fraser, N.**, 2016: Capitalism's Crisis of Care. Dissent Magazine. Zugriff: <https://www.dissentmagazine.org/article/nancy-fraser-interview-capitalism-crisis-of-care> [abgerufen am 27.07.2021].
- Lowenhaupt Tsing, A.**, 2018: Der Pilz am Ende der Welt. Über das Leben in den Ruinen des Kapitalismus. Matthes & Seitz: Berlin.
- Madden, D.**, o. J.: Housing and the Crisis of Social Reproduction. Zugriff: <https://www.e-flux.com/architecture/housing/333718/housing-and-the-crisis-of-social-reproduction> [abgerufen am 27.07.2021].
- Soja, E. W.; Kanai, J. M.**, 2014: The Urbanization of the World. In: Brenner, N. (Ed.): Implosions/Explosions: Towards a Study of Planetary Urbanization. jovis Verlag GmbH: Berlin: 142–159.
- UN – United Nations, Department of Economic and Social Affairs, Population Division**, 2019: World Urbanization Prospects: The 2018 Revision (ST/ESA/SER.A/420). New York: United Nations.



Foto: iStock.com/anyaivanova

# STÄDTEBAU ÖKOLOGISCH, ÖKONOMISCH UND SOZIAL GESTALTEN

**Wie lässt sich die Spekulation mit Boden und Immobilien  
in Städten eindämmen und die Handlungsfähigkeit der  
öffentlichen Hand verbessern?**

---

**Prof. Florian Hertweck**

ist Architekt und Professor an der Universität Luxemburg. Er leitet seit 2016 das Studio Hertweck Architecture Urbanism in Luxemburg und ist Autor zahlreicher Veröffentlichungen zu sozialökologischem Städtebau.  
[florian.hertweck@uni.lu](mailto:florian.hertweck@uni.lu)

Der Düsseldorfer Erklärung liegt zweifelsfrei eine verheißungsvolle Vorstellung von Stadt zugrunde (vgl. Deutsches Institut für Stadtbaukunst 2019). Ihr wichtigstes Merkmal ist die klare Trennung zwischen öffentlichen Räumen und privaten Blockrandbebauungen: Während die Anlage und Pflege von Straßen, Plätzen und Parks der öffentlichen Hand obliegen sollen, soll der Block als Zusammenschluss mehrerer Häuser privat entwickelt und von verschiedenen Architektinnen und Architekten gestaltet werden, mit gemischten Nutzungen auf der Parzelle und halböffentlichen Höfen für Kinderspiele, Gartenfeste und andere Gemeinschaftsaktivitäten. Dauerhafte Fassaden sollen die Nachbarschaften von öffentlichen Plätzen abschirmen, die – von Cafés, Restaurants und Geschäften flankiert – ein vitales urbanes Leben bieten. Ein Narrativ von Stadt, wie es im Übergang ins 20. Jahrhundert an vielen Orten in Europa entstanden ist und soziale Durchmischung, funktionale Diversität, Wandelbarkeit in der Nutzung und kurze Wege verspricht.

Dieses Bild kommt in seiner Totalität ohne geförderte Wohnungen aus, da die Stadt als mehr oder weniger gleichmäßige Abfolge der Blockrandbebauungen vollkommen durchmischt ist. Da „der wohnungssuchende Bürger diese gründerzeitlichen Bebauungen des 19. Jahrhunderts mit ihrer Einwohnerdichte und der Vielfalt ihrer Straßenräume, Plätze und Wohnhöfe liebt“, so der ehemalige Leiter des Dortmunder Instituts Christoph Mäckler (2020: 55) in der FAS, wäre im Umkehrschluss die Wohnungsfrage aufgelöst, wenn dieses Bild die Stadt in ihrer Gesamtheit beherrschen würde, da keine Differenz mehr zu hässlichen Wohnungen bestünde. Darüber hinaus verspricht das Narrativ der „Europäischen Stadt“, das Rezept für ökologische Herausforderungen parat zu haben: Aufgrund der kurzen Wege und der effizienten Anlage eines S-Bahn-Netzes infolge der Hierarchie zwischen Avenuen und Boulevards auf der einen Seite und dichteren Straßenprospekten auf der anderen Seite könnten Bürgerinnen und Bürger auf das Automobil vollends verzichten. Zudem spielt das Grün in diesem Narrativ eine besondere Rolle: nicht als urbane Landwirtschaft oder ungeplante Freiflächen, sondern als urbane Grünzüge, Parks, Alleen und durchgrünte Höfe, neuerdings wie im Frankfurter Modellprojekt des Deutschen Instituts für Stadtbaukunst auch in Form von begrünten Dächern. Komplettiert wird dieses verheißungsvolle Bild der „Europäischen Stadt“, das seit den 1980er-Jahren so oft erzählt wurde und zunächst die Renaissance der Urbanität, dann den Städtebau der Telematik (vgl. Lampugnani 2002) und heute den ökologischen Städtebau schlechthin verspricht, durch öffentliche Platzräume mit hoher Aufenthaltsqualität. Ein Beispiel dafür ist der Gärtnerplatz in München, den Christoph Mäckler gegen die vermeintlich „lockere“ Bebauung in der Rummelsburger Bucht in Berlin und sonst wo in Stellung bringt.

Aber dieses Bild ist nicht nur problematisch, weil es mögliche Qualitäten anderer Typologien und Räume in Abrede stellt und sich somit dogmatisch gegen die heterogene Realität der bestehenden Stadtlanschaften stellt, es daher dazu tendiert, diese zu zerstören, sondern weil mit den Mechanismen der heutigen Stadtentwicklung seine Versprechen nicht eingelöst werden können. Denn die Akteure, die diesen Städtebau produziert haben, haben sich seit den Zeiten Camillo Sittes, für den ein „Maximum von Grundwertsteigerungen [auch] städtische Schönheit“ (Sitte 1901) hervorbringt, und Bauherren vom Schlage eines Georg Haberland, dem „König der Berliner Bauspekulanten“, in gleichem Maße verändert wie die Ökonomie im Allgemeinen. Zwar versuchen private Bauträger – heute immer mehr Family Offices von mittelständischen Unternehmen, oftmals international agierende Investmentfonds oder die klassischen Immobilienentwickler – immer noch, die Gebäudedichte optimal auszureizen; aber die Nutzungen, die das beste Geschäft versprechen, sind heute in guten Lagen bevorzugt Gewerbeimmobilien (was gerade auf der Kippe steht), hochpreisige Wohnungen und im Erdgeschoss Einzelhandelsketten (oder auch dort Wohnungen wie hinter den Mauern und Hecken im Modellprojekt des Instituts für Stadtbaukunst in Frankfurt). In weniger guten Lagen sind es Supermärkte, Baumärkte, Fitnesscenter sowie B- und C-Gewerbeimmobilien. Auch hat sich der Maßstab der Investitionen und damit der Gebäude verändert: Kaum wird noch die klassische Typologie des städtischen Mietshauses mit vier bis acht Fensterachsen in der Stadt entwickelt, sondern immer größere Häuser, die einen oder gar mehrere Blocks umspannen können – die sich entweder abschotten oder wie Shoppingmalls nicht weniger die Urbanität zerstören.

Wenn die Kosten für den Grundstückserwerb je nach Lage bis zu 70 Prozent der Gesamtkosten ausmachen, dann muss es durch die Masse wettgemacht werden. Und die Architektur muss ökonomische Vorgaben mit Marketingerwartungen vereinbaren. Das überall zu beobachtende Resultat ist nicht die feinkörnige, sozial und funktional durchmischte Stadt, sondern die verklumpete, insular monotone, ästhetisch oftmals vulgäre, manchmal auch in hübsche, aber großkörnige Blockrandbebauungen gegossene, wie sie Bernd Albers in seinem Gewinnerentwurf für Berlin-Brandenburg 2070 suggeriert.

Über diese Verklumpung der Stadt wird im Architekturdiskurs spätestens seit den frühen 1990er-Jahren kontrovers diskutiert. Umso erstaunlicher, dass dreißig Jahre später immer noch Fachleute dem Glauben verfallen sind, der private Markt entwickelt eine gute und schöne Stadt. Vor allem, da sich die Situation seitdem in vielen Städten verschärft hat. So fiel nach der letzten Finanzkrise das Fluten des

Immobilienmarkts durch unfassbare Geldmassen mit dem Ausverkauf vor allem zentral öffentlicher Liegenschaften zusammen. Hinzu kam noch der Aufstieg der Kreativindustrie und der Technologieunternehmen, die es wie die Bevölkerung vermehrt in die Städte zieht. „Der liberale Glaube daran, dass eine Nachfrage nach Wohnungen auch ein Angebot schafft, ist seit hundert Jahren in Beweisnotstand“, schrieb Lucius Burckhardt vor 40 Jahren (Burckhardt 1981: 11).

Dass ein deregulierter Immobilienmarkt keine soziale und funktionale Durchmischung erzeugt, muss mittlerweile ebenso jedem klar sein, wie dass er keinen ökologischen Städtebau der kurzen Wege und dauerhaften Gebäude

hervorbringt. Hierin liegt das große Missverständnis. Denn obwohl die Innenstädte sich baulich verdichten, dünnt ihre Bevölkerungsstruktur immer mehr aus. Während viele Menschen bei den Mieten der Innenstadt nicht mehr mithalten können, da diese oftmals die Hälfte ihres Haushaltsaufkommens übersteigen, vermögen neu Hinzuziehende, selbst wenn sie zur oberen Mittelschicht zählen, nicht mehr in die Stadt zu ziehen. Die Entwicklung von Schwarmstädten hin zu einer exklusiven Mitte und schwachen Peripherie birgt nicht nur sozialen Sprengstoff, sie ist auch ökologischer Wahnsinn. Denn die Entfernungen zwischen Wohnort und Arbeitsstätte steigen ins Unermessliche, insbesondere für jene, die so essenziell für das Funktionieren der Städte sind.

## Diversifizierung des Immobilienmarkts

Doch wie lässt sich der Kurs des Tankers verändern? Und welche Bodenpolitik läge einer sozialökologischen Stadtentwicklung zugrunde? Um es deutlich auszusprechen und der Enteignungskeule gleich aus dem Weg zu gehen: Obwohl es ein Fehler war, öffentliche Liegenschaften in guten Lagen noch dazu konzeptungebunden an die Meistbietenden zu verkaufen, ist Skepsis angebracht gegen die Sozialisierung von Grund und Boden. Wenngleich sie in unserer Verfassung vorgesehen ist und selbst die FDP in ihren Sternstunden der 1970er-Jahre noch die Ansicht vertrat, dass in der Bodenpolitik die Privatwirtschaft in besonderem Maße an die Kandare der Sozialpflichtigkeit genommen werden müsse, verbietet die besondere deutsche Geschichte, leichtfertig mit Enteignungen umzugehen.

So schädlich das Monopol von Immobilienentwicklern in der Raumproduktion ist (was nicht liberal ist) und das Monopol des Grundbesitzes einiger Weniger (was ebenso wenig liberal ist), so wenig zielführend ist die Verschiebung dieses Monopols in die öffentliche Hand. Da das Pendel jedoch so stark auf die Seite der Immobilienwirtschaft ausgeschlagen hat und viele Gemeinden fast nur noch Liegenschaften in Randlagen halten, erscheint eine Aufstockung des öffentlichen Bodenreservoirs mehr als geboten. Nur stehen dafür andere Instrumente zur Verfügung. Da Kommunen jedoch oftmals nicht die Mittel haben, eine strategische Bodenpolitik zu betreiben, steht die nachvollziehbare Forderung nach einem nationalen oder europäischen Bodenfonds im Raum.

Aber die entscheidende Frage ist vielmehr, was die öffentliche Hand mit den Liegenschaften anfängt, wenn sie darauf nicht notwendige Infrastrukturen baut oder die Grundstü-

cke nicht konzeptgebunden wiederverkauft? Sie kann sie über Erbbaurechte vergeben – ein Instrument, das sich auch bei privaten Landbesitzerinnen und Landbesitzern als nachhaltige Anlageform immer größerer Beliebtheit erfreut. Sie kann sie entweder wie bei der Neubau-IBA Berlin 1987 an Wohnungsbaugesellschaften vergeben, die offen für architektonische und städtebauliche Experimente sein müssen und primär der Gemeinwohlorientierung verpflichtet sein sollten. Oder sie kann sie an private Investorinnen und Investoren vergeben, mit denen es zu einem fairen Aushandlungsprozess um den Erbbauzins, das Nutzungsprogramm und eventuell – was umstritten ist – die Höhe der Mieten kommt.

In jedem Fall wird im Zuge des Erbbaurechtsverfahrens das nicht mehr benötigte Geld für den Bodenerwerb besser investiert, weshalb Ökonomen wie Ottmar Edenhofer im Umkehrschluss die Spekulation mit Grund und Boden auch wirtschaftlich für irrsinnig halten, weil das Geld in produktiven Bereichen viel besser aufgehoben ist. Nicht ohne Grund hatte bereits Milton Friedman die Bodenwertsteuer die „am wenigsten schlechte Steuer“ genannt.

Oder Gemeinden vergeben Erbbaurechte an Baugemeinschaften und Baugenossenschaften – einem wesentlichen Faktor der Bodenreformbewegung damals wie heute –, die es kaum vermögen, auf dem freien Markt um Grundstücke zu konkurrieren. Wenn es im Städtebau noch eine Emanzipation der Bürgerin und des Bürgers im liberalen Sinn gibt, dann in den Gemeinschaften der Mittelklasse der Spätmoderne und nicht im freistehenden Einfamilienhaus. Sie sind der wesentliche Faktor in der notwendigen

Diversifizierung des Wohnungsmarkts, zwischen Eigenheim, privaten Entwicklerinnen und Entwicklern sowie öffentlich hergestellten Wohnungen.

Das Erbbaurecht dämmt demnach die ökologisch, ökonomisch und sozial problematische Bodenspekulation ein und diversifiziert den Immobilienmarkt. Es ermöglicht einer Gemeinde, ihre Stadtentwicklung gegebenenfalls effektiver als anhand von Bauleitplanungen zu steuern, ohne sie dabei selbst zu entwickeln, und schließt Investoren aus der Stadtentwicklung nicht aus. Wo welcher Städtebau strategisch betrieben wird, ist immer eine Frage des Kontexts. Dabei generiert das Erbbaurecht eine viel dynamischere Stadtentwicklung als rigide Masterplanungen. Es jedoch fälschlicherweise als „Bodenverleih“ für „philanthropische Eigentümer mit niedrigen Renditeerwartungen vorzugsweise am Stadtrand“ zu verspotten, wie Michael Mönninger (2020) in der FAZ, wird den Möglichkeiten dieses Instruments jedenfalls in keiner Weise gerecht.

Doch vermutlich wird der prinzipielle Einsatz des Erbbaurechts bei einer relativen Vermehrung des öffentlichen Bodenreservoirs nicht mehr ausreichen, um die Städte wieder mehr zu durchmischen. Deshalb praktizieren immer mehr Kommunen Modelle wie die Münchner Sozialgerechte Bodennutzung (kurz SoBoN), die – vereinfacht – bei Wohnungsbauprojekten von Immobilienentwicklern einen geförderten Anteil vorschreiben.

Vonnöten wäre auch die Einführung einer Bodenwertsteuer, um die Innenentwicklung der Städte voranzutreiben. In Luxemburg könnte man die hier Beschäftigten problemlos unterbringen, wenn man die in den Bebauungsplänen ausgewiesenen Grundstücke entwickeln würde. Aber so liegen sie einfach brach und gewinnen, so wie viele Hochhäuser in London, in denen keiner wohnt oder arbeitet, Jahr für Jahr an Wert. Mehr als Aktien, mehr als Gold und deutlich mehr als das Geld auf dem Sparkonto.



Foto: iStock.com/f9photos

Die Stadt München wendet das Instrument der Sozialgerechten Bodennutzung seit 1994 an

## Sozialökologischer Städtebau

Welcher Städtebau würde den ökologischen Herausforderungen nun gerecht werden, wenn diese Instrumente der Stadtentwicklung vorlägen? Welcher Städtebau muss in den nächsten 30 Jahren entwickelt werden, wenn unsere Städte klimaneutral werden wollen, sprich wenn wir den CO<sub>2</sub>-Ausstoß je nach Stadt auf ein Zehntel des aktuellen reduzieren müssen, um die zentrale Zielvorgabe des Weltklimarats einzuhalten? Und welcher Städtebau verspricht Resilienz gegenüber Klimaerwärmung und Pandemien?

Blockrandbebauungen sind aus den oben genannten Gründen ein möglicher Typus, auch wenn sie eine relativ hohe Grundfläche und somit eine relativ hohe Versiegelungsfläche aufweisen. Noch dazu kommt bei relativ kleinen Blockrandbebauungen eine große Beschattung der Höfe, was die Anlage von Gärten oftmals erschwert. Poröse und kleinteilig angelegte Blockrandbebauungen können eine besondere Intensität urbaner Erdgeschossfunktionen und im Sinne der Kreuzberger Mischung eine Kombination von Wohnen und Arbeiten generieren, beispielsweise durch Produktion in Hinterhofateliers und ähnlichem. Dabei sollte jedoch wie in den reformatorischen Ansätzen des beginnenden 20. Jahrhunderts der Grünzug mit- und als Topologie der Biodiversität neugedacht werden. Kompaktere Solitärbauten mit qualitativen Freiräumen wie im Zürcher Hunziker Areal sind aber eine ebenso legitime städtebauliche Typologie, weil sie eine gewisse kritische urbane Masse generieren und dabei die Landschaft fließend angelegt werden kann. Generell darf sich der zeitgenössische Städtebau nach dem „Ende der Zursicht“ – so Wolfgang Pehnt (1983) über die Postmoderne – in seinem Repertoire nicht unnötig einengen lassen. Vielmehr muss er sich jedes Mal emphatisch auf den Topos einlassen. Natürlich können an manchen Orten auch Scheiben-, Punkt-, Teppich- oder Terrassenhäuser Sinn machen.

Eine besondere Rolle in der Produktion, der Nutzung und dem Verhandeln von Stadtentwicklung wird – zwischen öffentlich und privat, kollektiv und individuell – das Gemeinschaftliche spielen. Die derzeitige sanitäre Krise hat den schwelenden Widerspruch unserer Gesellschaft verschärft, zwischen dem subjektiven Wunsch nach mehr Raum und der objektiven Notwendigkeit, die individuelle Wohn- und Siedlungsfläche zu reduzieren. Gemeinschaftlich genutzte Flächen, egal ob sie außen- oder innenliegend sind, können diesen Widerspruch auflösen, indem sie das hinzugeben, was individuell reduziert wird. Auch geben sie Impulse,

Mobilitätsreduktion als Gewinn an Lebensqualität zu empfinden, durch gemeinschaftliche Aktivitäten in Gärten, Co-Working-Räumen oder Werkstätten. Es gibt mittlerweile eine Vielzahl von selbstorganisierten Initiativen, neben den eben angesprochenen Wohnungsbaugenossenschaften auch im Bereich der Energie oder der Ernährungsproduktion. Nun gilt es, diese miteinander zu vernetzen, voneinander zu lernen und so langsam als Alternative zu den großen Playern als Mainstream zu entwickeln.

Um die Klimaziele zu erreichen, sieht die Europäische Kommission vor, ab 2050 keine Böden mehr netto zu versiegeln – was viel zu spät ist. Immer intensiver werdende Hitzewellen und Starkregen fordern uns auf, die Versiegelung von natürlichem Boden viel früher einzustellen, und zwar, ohne dass neue Projekte gegebenenfalls mögliche Kompensationsflächen renaturieren. Ein sofortiger Versiegelungsstopp hätte nicht nur enorme Effekte auf die angestrebte Dekarbonisierung und Resilienz von Stadtlandschaften, er würde auch eine radikale Durchmischung und Verdichtung von bestehenden Flächen und Räumen forcieren: von Gewerbegebieten, Bürocentern, Garagenparks, Stadtautobahnen, Magistralen und anderen Infrastrukturen. Wir verfügen über genügend (fossile) Flächen und Räume, die uns dazu einladen, umgebaut, überbaut und umgewidmet zu werden, nur stehen dem oftmals Baurecht, ökonomische Interessen und Eigentumsverhältnisse im Wege.

An dieser Stelle sind gewissermaßen Planerinnen und Planer, Verwaltung und Politik gefragt – nämlich diesen Umbau möglich und attraktiv zu machen. Tatsächlich bedeutet dies eine weitgehende Reform des Bauplanungsrechts und des Bauordnungsrechts auf der einen Seite und das Herausarbeiten von neuen städtebaulichen und architektonischen Konzepten auf der anderen Seite. Dabei spielt die Frage nach der städtebaulichen Typologie eine vollkommen untergeordnete Rolle. Ein Stopp der Landnahme hätte noch einen Nebeneffekt auf die Bodenfrage: Spekulativ-brachliegende Grundstücke im Bauperimeter würden wertlos (okay, sie könnten beispielsweise mit zu bebauenden Parkplatzflächen im Gewerbegebiet kompensiert werden), und von der Umwidmung akut bedrohte Landwirtschaftsflächen geschützt werden. Zweifellos würde das nicht nur einen radikalen Umbau des Gebauten anschieben, sondern auch die agroökologische Wende. No Land Take ... now!

# Literatur

**Burckhardt, L.**, 1981: Selberbauen, ökologisch bauen, regional bauen. In: Andritzky, M.; Burckhardt, L.; Hoffmann, O. (Hrsg.): Für eine andere Architektur. Bauen mit der Natur und in der Region, Band 1, Frankfurt a. M.

**Deutsches Institut für Stadtbaukunst**, 2019: Nichts ist erledigt! Reform der städtebaulichen Gesetzgebung. Düsseldorfer Erklärung zum Städtebaurecht. Zugriff: <https://www.bundesstiftung-baukultur.de/sites/default/files/medien/8349/downloads/190426-dusseldorfer-erklarung.pdf> [abgerufen am 15.07.2021].

**Lampugnani, V. M.**, 2002: Verhaltene Geschwindigkeit. Die Zukunft der telematischen Stadt, Wagenbach, Berlin.

**Mäckler, C.**, 2020: Die Stadt braucht Dichte. In: FAS – Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 10. Mai 2020.

**Mönninger, M.**, 2020: Die Stadt gehört immer den Falschen. In: FAZ – Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22. April 2020.

**Pehnt, W.**, 1983: Das Ende der Zuversicht. Architektur in diesem Jahrhundert. Ideen – Bauten – Dokumente. Siedler Verlag, Berlin.

**Sitte, C.**, 1901: Der Städte-Bau nach seinen künstlerischen Grundsätzen, Wien (3. Auflage).



Die Aktion „Take back Schwani“ des „Referats für Stadtverbesserung“ im Sommer 2020

Foto: Elif Simge Fettahoglu-Özgen 2020

# STÄDTEBAU UND KLIMAWANDEL

*It's the emergency, stupid!* Oder: Wie begegnen wir der Krise?

Der Klimawandel schreitet voran, die **Erderwärmung nimmt zu. Das hat Folgen, die auch unsere Städte immer stärker zu spüren bekommen. Genau wie die Gesellschaft als Ganzes müssen sich Architektur und Städtebau künftig radikal anpassen.**

Prof. Dr. Benedikt Boucsein

studierte von 1999 bis 2005 an der RWTH Aachen und der ETH Zürich Architektur und promovierte von 2005 bis 2008 zur „Grauen Architektur“ der Nachkriegszeit. Von 2007 bis 2017 forschte und lehrte er an der ETH Zürich bei Felix Claus und Kees Christiaanse. 2007 gründete er mit Axel Humpert und Tim Seidel das Büro BHSF Architekten in Zürich, von 2005 bis 2018 war er zudem als Redakteur von Camenzind tätig. 2018 wurde er auf die Professur für Urban Design an die TUM berufen.

boucsein@tum.de

Ob Pandemien, Überflutungen, Brände, Stürme, Hitzewellen oder schmelzende Gletscher: Unsere Welt steckt in der Krise. Sie ist aus dem Gleichgewicht geraten, ausgelöst durch unsere Lebensweise und die damit verbundene Ausbeutung ihrer Ressourcen. Dieser Prozess vollzieht sich schon lange – und ist auch längst bekannt. 40 Jahre nach dem weltweit beachteten Bericht „Die Grenzen des Wachstums“ (vgl. Meadows 1972), in dem die desaströsen Folgen einer von reinem Profit- und Wachstumsdenken getriebenen Wirtschaft und Gesellschaft aufgezeigt werden, veröffentlichte Jørgen Randers im Jahr 2012 einen neuen, aktualisierten Bericht für den Club of Rome. Darin zieht er das bedrückende Fazit, dass die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte in Richtung der skizzierten Worst-Case-Szenarien geht – und zeichnet eine entsprechend düstere Prognose für die Zukunft (vgl. Randers 2012).

Bestseller wie „Heißezeit“ (2020) von Mojib Latif, in denen die mit dem Klimawandel verbundenen Entwicklungen, aber auch Lösungsmöglichkeiten populärwissenschaftlich veranschaulicht werden, erhöhen die Aufmerksamkeit für den Klimawandel weiter und tragen den Diskurs in eine breite Öffentlichkeit. Allerdings zeigt sich beispielsweise für die USA, dass die Berichterstattung nach wie vor unausgewogen ist. Vielfach stehen in den Medien die Interessen der großen Konzerne mehr im Fokus als die von anderen Akteuren und Institutionen (vgl. Wetts 2020).

Ohnehin deutet alles darauf hin, dass wir den Zeitpunkt für ein ressourcenschonendes Leben ohne allzu große Einschränkungen längst verpasst haben. Die Klimakrise ist zu weit fortgeschritten, als dass wir sie noch mit moderaten Anpassungen aufhalten könnten. Um beispielsweise für eine „enkelgerechte Zukunft“ zu sorgen, bräuchte es bereits jetzt eine Lebensweise, die den meisten vollkommen illusorisch erscheinen dürfte: 20 Quadratmeter Wohnraum pro Person, kein Auto, keine Flüge, 15 Kilogramm Fleisch und 20 Liter Milch pro Jahr sowie drei Stunden Internet pro Woche (vgl. Doka 2017). Doch schon die Corona-Krise zeigt deutlich, dass viele Menschen in den westlichen Gesellschaften notwendige Einschränkungen ihrer Lebensweise schwerlich akzeptieren können. Nichtsdes-

totrotz müssen wir uns künftig mit drei großen Themen auseinandersetzen: Mit dem erforderlichen grundlegenden Wandel unserer Systeme, mit der Frage nach globaler Gerechtigkeit und mit der infrastrukturellen Anpassung.

Die Frage nach einem grundlegenden **Wandel**, damit verbundenen Einschränkungen und ihrer Akzeptanz wird sich künftig in verschärfter Form stellen. Wir werden unseren Lebensstil radikal ändern und dabei auch auf Reisen, Konsum und Komfort verzichten müssen. Um- und Zusammenbrüche verschiedener Systeme wie dem Stromnetz oder der Wasser- und Nahrungsversorgung im Sinne von Bendells kontrovers diskutiertem Konzept der „deep adaptation“ (vgl. Bendell 2018) sind zumindest zu befürchten. Bendell weist darauf, wie die Studienlage aufzeigt, dass durchaus noch in unserer Lebenszeit auch in der westlichen Hemisphäre Zusammenbrüche mit Strom- und Wasserausfall, Hungersnöten und gewalttätigen Ausbrüchen – kurz gesellschaftlichem Zusammenbruch – im Bereich des Möglichen oder sogar Wahrscheinlichen liegen. Ähnlich wie die Corona-Krise werden diese Zusammenbrüche plötzlich und unvorhergesehen stattfinden (vgl. Bardi 2019). Bendell spricht von einer „kollektiven Verleugnung“, die solchen Zusammenbrüchen tatsächlich auch historisch gesehen vorangeht.

Über die Frage der **Klimagerechtigkeit** – also der gerechten Verteilung der Folgen des Klimawandels auf diejenigen, die ihn historisch gesehen auch verursacht haben und diesem auch ihren gegenwärtigen Reichtum verdanken – diskutieren wir aktuell entsprechend eher abstrakt. Das ändert sich aber spätestens, wenn die ungleiche Verteilung der Folgen des Klimawandels immer offensichtlicher wird und immer mehr Menschen aus nicht mehr bewohnbaren Regionen der Erde fliehen müssen. Für die **Anpassung an den Klimawandel** müssen wir künftig zudem massiv Ressourcen einsetzen – zusätzlich zu denen, die es beispielsweise für die Energiewende und den Strukturwandel braucht. Hierzu zählen die stärkere Begrünung unserer Städte, der Hochwasserschutz, die Anpassung unserer Wassersysteme auf extremere Schwankungen von Niederschlägen, um nur einige Beispiele zu nennen.

## Die gerechte Stadt als Lösung?

Angesichts dieser schier ausweglos anmutenden Situation ist es zumindest teilweise nachvollziehbar, dass die Sehnsucht nach der „guten alten Zeit“ teilweise auch im Städte-

bau wieder aufkommt (vgl. auch Beitrag von Stephan Trüby in diesem Heft). Problematisch ist eine solche Sehnsucht aber nicht nur aus politischen Gründen, sie gaukelt auch

die Möglichkeit eines „Weiter so“ vor. Entsprechende Konzepte und Leitbilder bestätigen nach bewährter Art der konservativen Politik diejenigen, die meinen, das meiste könne doch so bleiben wie bisher oder müsse wieder so werden wie früher.

Doch die Uhr lässt sich nicht zurückdrehen. Der Städtebau der westlichen Hemisphäre muss in den kommenden Jahr-

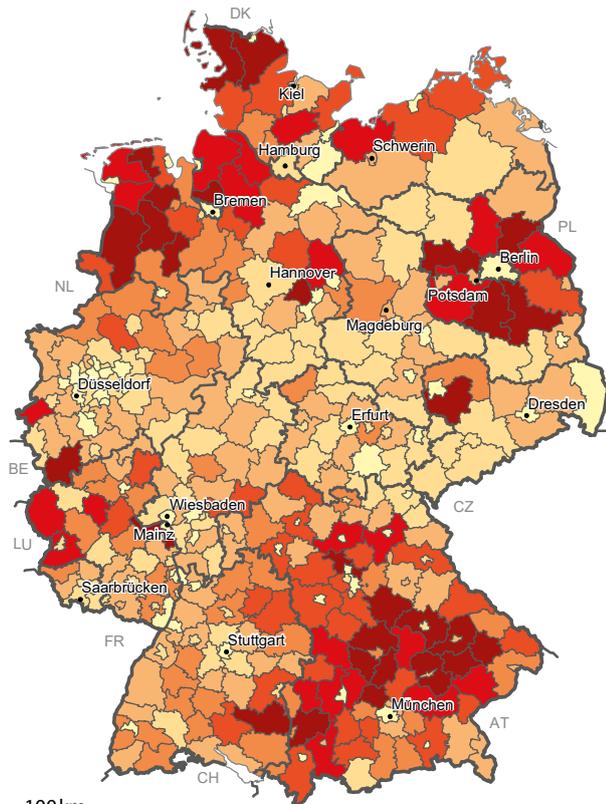
zehnten viel grundlegendere und in die Zukunft gerichtete Fragen klären, darunter unter anderem diese:

- Was behalten wir von einer überdimensionierten, auf Wachstum ausgelegten Verkehrs- und Wohninfrastruktur, wenn dieses nicht mehr stattfindet?
- Wer bleibt versorgt und wen hängen wir (weiter) ab?

**1**

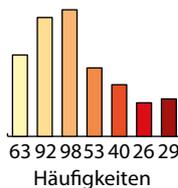
Die Bautätigkeit in Deutschland ist sehr ungleich verteilt, was unter anderem auf eine ineffiziente Nutzung des Bestandes hinweist

**Ein- und Zweifamilienhäuser**



100km

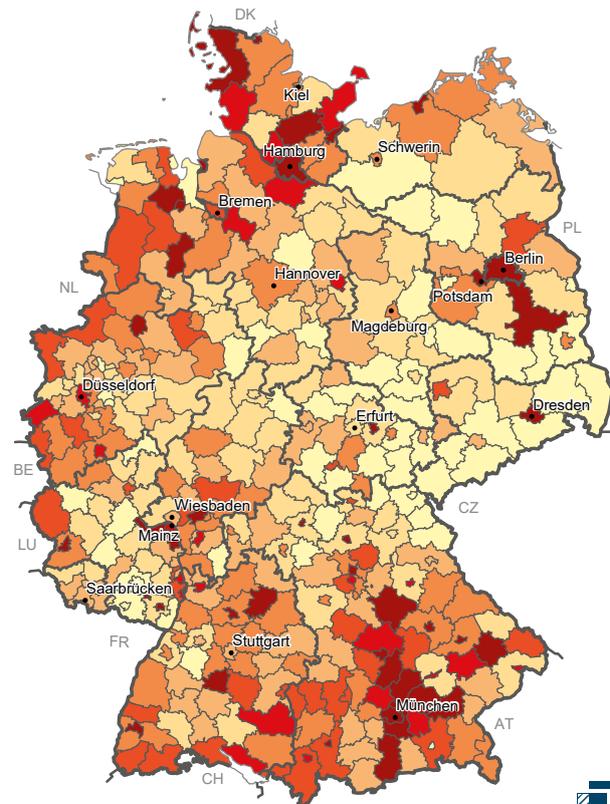
**Fertiggestellte Wohnungen in neuen Wohngebäuden je 10.000 Einwohner\* 2019**



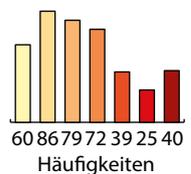
\*Bevölkerung: Stand 2018

Datenbasis: BBSR-Wohnungsmarktbeobachtung, Statistik der Baufertigstellungen und Fortschreibung des Bevölkerungsstandes des Bundes und der Länder  
Geometrische Grundlage: Kreise (generalisiert), 31.12.2018 © GeoBasis-DE/BKG  
Bearbeitung: J. Nielsen

**Mehrfamilienhäuser**



© BBSR Bonn 2020



- Wie viel Platz räumen wir denen ein, die aus ihrer Heimat fliehen müssen?
- Wie diskutieren wir über den Wandel unserer Städte, wenn die bisherigen Ansätze dafür bei immer mehr Menschen an Akzeptanz verlieren?
- Wie gehen Stadtverwaltungen und Regierungen in Zukunft mit den riesigen Fehlinvestitionen in Infrastrukturen wie (Stadt-)autobahnen und Flughäfen um?
- Wie reagiert die städtische Bevölkerung auf die Krise der Wachstums- und Konsumspirale, die direkt mit ihrer Krankheits- und Altersvorsorge zusammenhängt?

Eins ist klar: Diese Fragen lassen sich nur lösen, wenn alle Akteure – egal ob Konservative, Postmoderne oder Progressive, Architektinnen und Architekten, Städtebauerinnen und -bauer oder Investorinnen und Investoren – so gut wie möglich zusammenarbeiten. Eine wichtige Rolle könnte dabei theoretisch die gerechte Stadt spielen: Ihre Bewohnerinnen und Bewohner arbeiten stets zusammen, haben die gleichen Chancen und einen gleichwertigen Zugang zu Ressourcen wie Grünräumen und öffentlichen Infrastrukturen. Entsprechend krisenresilient ist eine solche Stadt.

Der Haken daran ist jedoch, dass die gerechte Stadt künftig kaum gebaut werden wird (vgl. auch Beitrag von Stefan Reticich in diesem Heft). Denn: Fast alles, was wir jetzt noch bauen, droht die Chancen anderer Menschen auf der Erde zu zerstören, da noch immer kaum ohne massiven CO<sub>2</sub>-Ausstoß gebaut wird und sich damit das Problem noch verstärkt. Hinzu kommt,

dass sich die internationale und die intergenerationale Gerechtigkeit in der gerechten Stadt wegen des zu hohen Ressourcenverbrauchs gegenseitig ausschließen (vgl. Fainstein 2010).

Demzufolge geht die öffentliche Debatte um Wohnraum in Deutschland in die falsche Richtung. Es gibt genug Wohnungen, sie sind nur „falsch“ verteilt, mit Leerstand in wirtschaftlich schwachen Regionen und Wohnraumangel in den boomenden Großstädten. Sinnvoll wären daher theoretisch ein Baustopp und eine regulierte Verteilung des Bestands, wobei dieser auch saniert und modernisiert werden müsste. Trotzdem werden in Deutschland Jahr für Jahr sehr viele Wohnungen und Häuser gebaut, speziell in den Städten (vgl. BBSR 2021; siehe auch Abb. 1). Die meisten Städtebauerinnen und -bauer sowie Architektinnen und Architekten ignorieren entsprechend die Forderung, nicht mehr zu bauen (vgl. Fuhrhop 2015). Das ist verständlich: Warum sollte sich die Disziplin selbst abschaffen, „nur“ weil es global gesehen vernünftig ist? Welche Tätigkeiten verblieben ihr noch? Und wem würde sie das Feld überlassen?

Vor diesem Dilemma stehen keineswegs nur diejenigen, die Gebäude bauen. Ähnliches gilt für die Städtebauerinnen und -bauer, die ihren Fokus in den letzten Jahrzehnten auf Teilhabe, Vermittlung und Moderation gelegt haben (vgl. auch den Beitrag von Nina Gribat in diesem Heft): Bei allen großen Verdiensten dieses Ansatzes konnte dieser gerade wegen der moderierenden Funktion meist nicht vermeiden, das ab Anfang der 1980er-Jahre in der westlichen Hemisphäre dominante Modell des Neoliberalismus, das für eine beispiellose Ausbeutung der Erde steht, durch das „Mitmachen“ zu perpetuieren und ein Stück weit auch zu legitimieren.

## Der Städtebau muss sich anpassen

Es braucht also radikalere Ansätze, um der Klimakrise erfolgreich zu begegnen. So haben bislang rund 80 deutsche Städte den Klimanotstand ausgerufen, mit dem erklärt wird, dass die momentan getroffenen Maßnahmen nicht ausreichen und wesentlich verstärkt werden müssen. Das ist ein erster, wenn auch kleiner Schritt hin zu dem, was Latour et al. (2017) fordern: Im Kampf gegen die Klimakrise unermüdliche und kollektive Anstrengungen zu unternehmen, die einem Einsatz in Kriegszeiten ähneln. Wie aber lässt sich das in ein angemessenes Handeln von Architektur und Städtebau übersetzen?

Im Bereich des Städtebaus finden sich entsprechende Vorhaben aktuell vor allem im Bereich von Ausbildung und

Forschung. Da dieser Bereich weniger Zwängen unterworfen ist, lässt er sich passender an Latours Notfallmodus ausrichten. Er wird ohnehin der normale Arbeitsmodus kommender Generationen sein – entsprechend wichtig ist es, sie darauf vorzubereiten.

Beispiele aus der Architektur gibt es wiederum einige, unter anderem die Arbeit von Anne Lacaton und Philipp Vassal: Sie zeigt, was eine kritische Haltung gegenüber großen Investoren oder Körperschaften ausrichten kann, auch wenn zum Erfolg immer auch günstige personelle Konstellationen gehören (vgl. Ruby et al. 2008): In wenigen Fällen konnte das Büro durch seine Hartnäckigkeit entgegen der

üblichen wirtschaftlichen Logik den Erhalt von Bestandsbauten durchsetzen. Lacaton und Vassal beweisen, wie wichtig es ist, nicht um jeden Preis mitzumachen, sondern für seine Ansichten einzustehen und Probleme anzusprechen – selbst wenn dadurch Aufträge verloren gehen könnten. Der Sammelband „Spatial Agency: Other Ways of Doing Architecture“, der demokratische, bürgergetragene und prozessorientierte Ansätze versammelt, verdeutlichte zudem schon vor einem Jahrzehnt, welche Haltung ein anderes Bauen ermöglicht – der Weg dorthin ist meist unspektakulär und an Bottom-up-Prozesse geknüpft (vgl. Awan et al. 2011).

Ein weiterer Ansatz scheint in Kollektiven zu liegen, schwarmartigen, hierarchiefreien Gruppen, Komplizenschaften im Sinne Gesa Ziemers (vgl. Ziemer/Weber 2013). Architektinnen und Architekten können hier wertvolle Impulse einbringen. Das als gemeinnützige Vereinigung organisierte Kollektiv „Rotor“ in Brüssel beschäftigt sich beispielsweise mit der Wiederverwendung von Bauteilen, die über die Firma Rotor Deconstruction zunehmend umfangreich auch angekauft und wieder verkauft werden. Initiativen wie das „Haus der Materialisierung“ in Berlin legen ihren Fokus auf die konkrete Umsetzung der Kreislaufwirtschaft im urbanen Zusammenhang, indem es als Basis für die verschiedensten Initiativen dient, die sich mit dem Thema beschäfti-

gen: von Werkstätten über Verleihe bis hin zu einem Markt für gebrauchte Materialien. Das Kollektiv „Assemble“ aus London wurde wiederum mit seinen demokratischen und auf die Natur ausgerichteten Arbeiten bekannt. Hier liegt der Fokus auf einer Umsetzung nah an den jeweiligen Bewohnerinnen und Bewohnern und ihren Ideen, an einer entschleunigten, inkrementellen und im guten Sinne bescheidenen Vorgehensweise.

Spannend zu sehen sein wird, wie sich die städtebauliche Praxis in den kommenden Jahren mehr und mehr auf den Notfallmodus einrichtet. Je früher und expliziter sie dies tut, je politischer, vernetzter und kollaborativer die Städtebauerinnen und -bauer im Sinne der oben genannten Beispiele denken und arbeiten, desto mehr wird die Disziplin auch in Zukunft relevant bleiben. Dies unabhängig davon, ob die von Jem Bendell sowie anderen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern – und leider auch vom Autor – befürchteten Katastrophenszenarien eintreten oder nicht: Es muss grundsätzlich anders gearbeitet werden, und die meisten Ansätze funktionieren in einer kollabierenden oder einer halbwegs stabilen Situation relativ gleichwertig. In der Hand der Disziplin liegt es jetzt, ob sie zur Avantgarde einer neuen Lebensweise wird, oder, wie große Teile der Wirtschaft, die fossile Welle bis zum bitteren Ende weiterreitet.



Foto: Rodhullandemu – Own work, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=60575921>

Ein Teil der Granby Four Streets in Liverpool: Hier engagiert sich das Londoner Kollektiv Assemble

# Literatur

- Awan, N.; Schneider, T.; Till, J., 2011:** Spatial agency. Other ways of doing architecture. Routledge: London.
- Bardi, U., 2019:** Before the Collapse. A Guide to the Other Side of Growth. Springer.
- Bendell, J., 2018:** Deep adaptation: a map for navigating climate tragedy. IFLAS Occasional Paper.
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, 2021:** Wohnungs- und Immobilienmärkte in Deutschland 2020. Zugriff: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2021/wim-2020.html> [abgerufen am 28.07.2021].
- Doka, G., 2017:** Ökologische Grenzen in der Anderen Stadt. In: Widmer, H. (ed.): Die Andere Stadt. Paranoia City: Zürich.
- Fainstein, S. S., 2010:** The Just City. Cornell University Press: Ithaca, New York.
- Fuhrhop, D., 2015:** Verboten das Bauen! Eine Streitschrift. oekom: München.
- Latif, M., 2020:** Heißezeit. Mit Vollgas in die Klimakatastrophe – und wie wir auf die Bremse treten. Verlag Herder. Freiburg im Breisgau.
- Latour, B.; Russer, A.; Schwibs, B., 2017:** Kampf um Gaia. Acht Vorträge über das neue Klimaregime. Erste Auflage. Suhrkamp: Berlin.
- Meadows, D., 1972:** Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit. dva informativ.
- Randers, J., 2012:** 2052. Der neue Bericht an den Club of Rome. Eine globale Prognose für die nächsten 40 Jahre. oekom: München.
- Rich, N., 2017:** Losing Earth. The decade we could have stopped climate change. MCD Books.
- Ruby, I.; Ruby, A.; Vassal, J. P., 2008:** Tabula Non Rasa. Toward a Performative Contextualism. Ilka & Andreas Ruby in Conversation with Jean-Philippe Vassal. In: Ruby, I.; Ruby, A.: Urban Transformation. Ruby Press: Berlin.
- Wetts, R., 2020:** In climate news, statements from large businesses and opponents of climate action receive heightened visibility. Proceedings of the National Academy of Sciences 117 (32): 19054-19060.
- Ziemer, G.; Weber, B., 2013:** Komplizenschaft. Neue Perspektiven auf Kollektivität (X-Texte zu Kultur und Gesellschaft). Transcript: Bielefeld.



Klaus Overmeyer (Studio Urban Catalyst, mittig im Bild) moderiert ein IBA\_LAB

@ IBA Heidelberg / Foto: Tobias Dittmer

# GEMEINWOHLORIENTIERTE PARTIZIPATION IM STÄDTEBAU

Die Autorin beschreibt die Anfänge der Beteiligung im Städtebau vor rund 50 Jahren und vergleicht sie mit heutigen Konflikten. Sie schärft damit den Blick auf etwas, das auch heute in den Aushandlungen im Mittelpunkt stehen sollte – und schützt möglicherweise vor Illusionen.

---

**Prof. Dr. Nina Gribat**

ist Professorin für Stadtplanung an der Fakultät Architektur, Bauingenieurwesen und Stadtplanung der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg. Sie lehrt und forscht insbesondere zu Gestaltungs- und Steuerungsprozessen urbaner Transformationen, zu stadt- und planungspolitischen Konflikten sowie zur Diskursgeschichte in Architektur, Städtebau und Stadtplanung.  
gribat@b-tu.de

Für wen werden Städte geplant und gebaut? Diese Frage stellt sich in unserer Gesellschaft bereits seit vielen Jahrzehnten. Verhandelt wird sie üblicherweise an konkreten städtebaulichen Projekten. Und das, obwohl das Gemeinwohl – definiert als gesellschaftliches Gesamtinteresse (vgl. Schubert/Klein 2020), also ein über Einzel- und Gruppeninteressen angesiedeltes Gut – formal schon seit der Nachkriegszeit eine der zentralen Grundlagen des Planens und Bauens ist (vgl. Gailing/Moss 2018). Stadtplanerische Prozesse sollen Einzel- und Gruppeninteressen demnach demokratisch und gerecht gegeneinander abwägen. Allerdings wird die Interessensabwägung meist als ein neutraler, rein sachlich-rationaler und fachlich informierter und damit technokratischer Prozess verhandelt. Ihre politischen Dimensionen werden ausgeblendet.

Oftmals geschieht dies implizit auf Grundlage von Konzepten der Gerechtigkeit, die rationale und universale Entscheidungsfindungen für möglich halten, wie utilitaristischen oder auf Fairness gegründeten Ansätzen. Utilitaristische Ansätze zielen (nach Jeremy Bentham oder John Stuart Mill) darauf ab, den Gesamtnutzen zu maximieren. Hier gibt alleine der Grundsatz des größtmöglichen Glücks der größtmöglichen Anzahl von Menschen den Ausschlag. Diese Grundüberlegung nimmt (indirekt) in Kauf, dass eine Minderheit Benachteiligter weiter benachteiligt wird oder die Rechte von Wenigen eingeschränkt werden, solange die Mehrheit einen größeren Vorteil davon hat. Der als Gegenposition zum Utilitarismus entwickelte Ansatz von Gerechtigkeit als Fairness (nach John Rawls) ist gleichsam weit verbreitet. Aber obwohl er den Schwerpunkt auf einen gerecht gestalteten Aushandlungsprozess und die Wahrung gleicher

Chancen für alle legt, führt auch er nicht automatisch zu besseren Ergebnissen für Benachteiligte. Zwar sollen alle an Aushandlungsprozessen Beteiligten mithilfe eines „Schleier des Nichtwissens“, in einem quasi neutralisierten Raum – einem „Urzustand“ – Entscheidungen ohne Kenntnis ihrer sozialen Position oder ihrer spezifischen Fähigkeiten treffen, um eine faire Entscheidungsfindung sicherzustellen. Doch lässt sich dieser „Urzustand“ in Realität nicht ohne weiteres herstellen.

Rational geprägte Konzeptionen von Gerechtigkeit in Interessensabwägungen blenden aus, dass Aushandlungsprozesse von gesellschaftlichen Machtverhältnissen durchzogen werden, dass sich Nutzen selten universalistisch berechnen lässt, oder dass viele Entscheidungen von ganz spezifischen Konflikten gekennzeichnet sind, die sich nicht auflösen lassen. Es gibt immer Gewinnerinnen und Gewinner sowie Verliererinnen und Verlierer – und was jeweils gewonnen oder verloren wird, ist äußerst unterschiedlich und lässt sich nicht einfach gegeneinander aufwiegen. Letzteres scheint gerade im Städtebau entscheidend: Für wen wird die Stadt (bzw. das Stück Stadt) geplant, gestaltet und gebaut, wer profitiert davon in welcher Form und welche oder wessen Interessen zählen in der planerischen Abwägung wie viel? In städtischen Konflikten kommen diese politischen Dimensionen einer nur vermeintlich rein sachlichen und fachlichen Abwägung aufs Tablett. Seit vielen Jahrzehnten lassen sich unterschiedliche Formen beobachten, wie sie die Vorstellung von Städtebau mobilisieren und zum Teil auch transformieren, hin zu einer zunehmend von komplexen Aushandlungsprozessen vieler gekennzeichneten planerischen Aufgabe.

## Berliner Stadtteilarbeit in den 1960ern und 1970ern

Das Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit Berlin-Kreuzberg (1971) – gegründet hauptsächlich von Studierenden aus der Architektur – gab vor 50 Jahren die zweite, deutlich erweiterte Auflage der Textsammlung „Sanierung – für wen?“ heraus. Die darin enthaltenen Beiträge hinterfragten den sozialen Nutzen der Sanierungsplanungen des Berliner Senats. Diese beruhten darauf, die damals stark sanierungsbedürftigen gründerzeitlichen Altbauten abzureißen und durch öffentlich geförderten Wohnungsbau mit Mietpreisbindung in großen städtebaulichen Ensembles zu ersetzen.

Der größte Kritikpunkt daran war, dass von dieser „Kahlschlagsanierung“ in erster Linie bestimmte Akteursgruppen

profitierten: die Investorinnen und Investoren über großzügige Abschreibungsmöglichkeiten, die Besitzerinnen und Besitzer wegen der Entschädigungen und die Bauwirtschaft aufgrund großer Aufträge. Bereits im Jahr 1968 hatte das Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit diesen Umstand prägnant formuliert: „Die herrschenden Parteien haben die Stadt gegen ihre erklärten Ziele herabsinken lassen zu einem gigantischen Rendite-Objekt“ (Aktion 507 1968: 1).

Die überwiegend einkommensarmen Mieterinnen und Mieter der günstigen Kreuzberger Altbauten gehörten laut Kritik dagegen zu den Verliererinnen und Verlierern: Sie würden in neu geschaffene Sozialwohnungen des Märkischen

Viertels umgesiedelt. Dort hätten sie zwar anders als bisher eine Zentralheizung und fließend Warmwasser, andererseits aber auch deutlich höhere Mieten und zugleich längere und teurere Wege zur Arbeit. Somit müssten in Familien beide Elternteile arbeiten, was die Kinderbetreuung erschwere und ohne angestammte soziale Netzwerke in der Nachbarschaft zu weiteren Engpässen führe. Diese Nachteile entstünden, obwohl der Berliner Senat die Sanierungsplanung unter anderem auch mit dem Verweis auf die Interessen der Arbeiterinnen und Arbeiter gerechtfertigt hatte. Schon diese kurze Aufzählung von verschiedenen Formen des Gewinns und Verlusts für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen verdeutlicht die Grenzen einer utilitaristischen Logik.

Die Studierenden veröffentlichten die zweite Auflage von „Sanierung – für wen?“, nachdem sie sich aus der Stadtteilarbeit in Berlin-Kreuzberg zurückgezogen und ihr Büro geschlossen hatten (vgl. Gribat/Misselwitz/Görlisch 2017). Ihr erklärtes Ziel, die Kreuzberger Mieterinnen und Mieter zum Widerstand gegen die Kahlschlagsanierung anzuregen, erklärten sie als gescheitert. Die Bewohnerinnen und Bewohner hätten sich schlichtweg nicht vorstellen können, dass der sozialdemokratische Senat und die beteiligten Planerinnen und Planer sowie Architektinnen und Architekten ihre Interessen so wenig im Blick haben.

Auch im Märkischen Viertel versuchten engagierte Gruppen von Studierenden Ende der 1960er- und Anfang der 1970er-Jahre, die Mieterinnen und Mieter zum Kampf für bessere Wohn- und Lebensverhältnisse zu mobilisieren. Sie setzten sich vor allem für günstigere, an die geringen Einkommen der Arbeiterinnen und Arbeiter angepasste Mieten ein. Im Fokus standen ebenso mehr Spielplätze, mehr Kinderbetreuungsmöglichkeiten, eine bessere medizinische Versorgung und günstigere Lebensmittelläden. Aber auch hier erwies sich die Zusammenarbeit zwischen den Studierenden und den überwiegend im Viertel wohnenden Arbeiterinnen und Arbeiter als schwierig (vgl. „Jetzt reden wir“: Betroffene des Märkischen Viertels 1975). Für die Bewohnerinnen und Bewohner war das Engagement in der Stadtteilarbeit eine Gratwanderung zwischen Resignation – vor dem marxistischen Jargon und dem teils überbordenden Ego der Studierenden – und Selbstermächtigung. Sie erforderte eine hohe Beharrlichkeit nahe der Selbstausbeutung. Alleine diese relativ simple Darstellung der schwierigen Vereinbarkeit unterschiedlicher gesellschaftlicher Positionen zeigt, wie schwer sich ein „Schleier des Nichtwissens“ realisieren lässt.

Die Ablehnung von städtebaulichen Planungen des Senats trieb sowohl in Kreuzberg als auch im Märkischen Viertel die Stadtteilarbeit in den 1960er- und 1970er-Jahren an. Die Studierenden waren sich aber uneinig, wie sie die Bewohnerin-

nen und Bewohner unterstützen könnten. Verschiedene Positionen standen sich offen gegenüber: Auf der einen Seite die Kritik am kapitalistischen Städtebau, gepaart mit der Hoffnung auf eine proletarische Revolution. Auf der anderen Seite pragmatischere Reform- und Anpassungsvorschläge, die sich in neuen planerischen Ansätzen und Prozessen ausdrückten. Im weiteren Verlauf setzten sich im Rahmen der Stadtteilarbeit die pragmatischeren Reformansätze durch: Es kam zu unterschiedlichen Experimenten einer Planung „von unten“ in verschiedenen (städte)baulichen Selbsthilfeprojekten. Erprobt wurden diverse Ansätze einer Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner, die damals auch in konzeptueller Hinsicht kaum etabliert waren. Einzelne Konzepte wie die Anwaltsplanung, in der fachliche Vertreterinnen und Vertreter benachteiligte Gruppen bei der Durchsetzung ihrer Belange gegenüber der institutionalisierten Planung unterstützten, anstatt alleine auf die Fairness des Verfahrens zu setzen, wurden durch erste veröffentlichte Übersetzungen gerade erst bekannt (vgl. ARCH+ 1969; ARCH+ 1970a, b).

Die beschriebenen ersten Gruppen von Studierenden zogen sich zwar aus der Stadtteilarbeit zurück. Trotzdem trugen sie und ihre diversen engagierten Nachfolgerinnen und Nachfolger dazu bei, neue partizipative Planungsansätze zu etablieren, die über die eingangs beschriebenen rationalistischen und universalistischen Überlegungen hinausgingen. Damit veränderten sie auch das berufliche Selbstverständnis von Städtebauerinnen und -bauern sowie Stadtplanerinnen und -planern und ihre Ausbildungswege (vgl. Gribat et al. 2017).

1977 initiierte eine Gruppe um Klaus Duntze, Pfarrer der Kreuzberger Martha-Gemeinde, etwa mit den „Strategien für Kreuzberg“ ein neues experimentelles städtebauliches Wettbewerbsverfahren mit einer weitgehenden Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner (vgl. Böttcher et al. 1978). Sie sollten in allen Stufen des Verfahrens bis hin zur Umsetzung entscheidende Rollen einnehmen: „Mitwirken sollten die Bewohner im Rahmen des Wettbewerbs durch eigene Verbesserungsvorschläge und Programme. Mitentscheiden sollten sie in der Projektkommission bei der Auswahl und Bewertung der Wettbewerbsbeiträge. Mitdenken sollten die Bewohner in den ausgewählten Projektgruppen an den Lösungsmöglichkeiten für die offensichtlichen sozialen und baulichen Probleme im Quartier. Mitarbeiten sollten die Bewohner bei der Durchführung der von der Projektkommission als realisierbar ausgewählten Modernisierungsprogramme“ (vgl. Böttcher et al. 1978: 64).

Im weiteren Verlauf zeigte sich allerdings, dass dieses Vorgehen den Bewohnerinnen und Bewohnern nicht nur weitreichende Gestaltungs- und Entscheidungsmöglichkeiten,

sondern auch große zeitliche und fachliche Verpflichtungen aufbürdet. Im Zuge der Internationalen Bauausstellung 1987 wurde ein Teil dieser Last wieder auf mehr professionelle Sanierungsträger übertragen, ohne jedoch auf die Beteiligung der Bewohnerinnen und Bewohner zu verzichten. Zugleich schrieben die zwölf Grundsätze der „behutsamen

Stadterneuerung“ fest, die Belange der Bewohnerinnen und Bewohner zu schützen. Bezogen auf das heute wieder stark von sozialer Verdrängung gekennzeichnete Kreuzberg stellte sich der Schutz dieser Belange nicht immer als dauerhaft heraus.

## Partizipation: Weiter im Fokus

Trotz der mittlerweile formal verankerten Notwendigkeit der Beteiligung, der immer öfter zusätzlichen informellen Partizipation und einer weitgehenden Abkehr von den eingangs beschriebenen rationalen und universalistischen Vorstellungen regt sich auch heute wieder vermehrt Widerstand gegen bestimmte städtebauliche Projekte. Das betrifft vor allem jene, die als sozial ungerecht oder aus anderen Gründen fehlgeleitet empfunden werden. Und wieder zeichnet sich als Folge dieser nicht einfach auflösbaren Konflikte um das Gemeinwohl eine Änderung der städtebaulichen Praxis hin zu offeneren Planungsprozessen und mehr Beteiligung ab.

Im Zuge des Protests um den Abriss der Esso-Häuser in Hamburg 2014 hat sich beispielsweise die Planbude gegründet.

Sie erarbeitete in einem sehr breit angelegten und vom Bezirksamt Hamburg Mitte finanzierten Beteiligungsprozess – von den Initiatorinnen und Initiatoren „Wunschproduktion“ genannt – den „St. Pauli Code“ (Tribble et al. 2017). Er legt Leitlinien für den Wettbewerb zur Neubebauung der zwischenzeitlich abgerissenen Esso-Häuser fest: „Unterschiedlichkeit statt Homogenität, günstig statt teuer, alt vor neu, Toleranz und Raum für alles, was von der Norm abweicht, Subkultur statt Trivialkultur, live statt Konserve und schmutziger Glamour – echt und lebendig – statt Hochglanzfassade, Freiraum ohne Konsumzwang“ (Tribble et al. 2017: 272). Diese Grundsätze wurden im weiteren Verlauf in die Auslobungsunterlagen für den städtebaulichen Wettbewerb übersetzt. Damit haben sie den weiteren Prozess entscheidend geprägt.



Foto: ZUSammenKUNFT Berlin eG

Werkstatt des Modellprojekts Haus der Statistik



Foto: ZUsammenKUNFT Berlin eG

### Veranstaltung im Rahmen des integrierten Werkstattverfahrens des Modellprojekts Haus der Statistik

Für das Haus der Statistik und das Dragoner Areal in Berlin führte die Stadt Berlin nach Protesten von stadtpolitischen Gruppen („Initiative Haus der Statistik“ und „Stadt von unten“) „integrative Werkstattverfahren“ durch – als informelle planerische Beteiligungsformate für die städtebaulichen Wettbewerbe. Der Verkauf der öffentlichen Liegenschaften ließ sich abwenden. Auch hier standen Ziele, die sich dem Gemeinwohl zuschreiben lassen, im Vordergrund: günstige Wohnungen für einkommensarme Bewohnerinnen und

Bewohner, bezahlbare Räume für Künstlerinnen und Künstler oder Gewerbetreibende und eine kleinteilige Nutzungsmischung. Einige Planungsteams wurden eingeladen, ihre Entwürfe für die jeweiligen Gebiete im Prozess zu entwickeln, in Auseinandersetzung mit allen Beteiligten, inklusive den lokalen Akteuren, den stadtpolitischen Gruppen, den Wohnungsgesellschaften und den Bezirken.

In solchen „neuen“ Planungswerkstätten stehen zwar deutlich stärker Expertinnen und Experten im Fokus als in früheren Formaten aus den 1970er- und 1980er-Jahren. Sie bedeuten aber dennoch einen erheblichen Mehraufwand für fast alle Beteiligten – sowohl in finanzieller und zeitlicher als auch in organisatorischer Hinsicht. Auch für die Büros sind die Entwurfsprozesse durch die Workshops und Anpassungen, die sich aus dem Prozess ergeben, ungleich aufwendiger. Eine zusätzliche Bezahlung kompensiert das nur teilweise.

Für die städtischen Bewegungen, die sich häufig komplett aus ehrenamtlich agierenden Aktiven rekrutieren, werden gerade bei längeren Prozessen – trotz gezahlter Aufwandsentschädigungen oder neugeschaffener Stellen – die Grenzen der Selbstaussbeutung ausgelotet. Auch die Stadtplanungsämter und Wohnungsgesellschaften haben selten die nötige Personaldecke, um solche Verfahren adäquat zu begleiten. Dennoch scheint ein solcher Aufwand, der Prozesse auch verlangsamen und verteuern kann, angemessen. Auf diese Weise lässt sich ein sozialerer Städtebau durchsetzen, der die ihm innewohnenden politischen Dimensionen offen und mit einem größeren Kreis von Personen verhandelt.

## Viel hängt künftig von der öffentlichen Hand ab

Damals wie heute ging und geht es in den städtebaulichen Konflikten um das Gemeinwohl. Die rationale Abwägung von Interessen durch die Kommune reicht hier nicht aus, oberste Priorität hat hier vielmehr der Nutzen gerade für einkommensärmere und benachteiligte Gruppen von Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Nutzerinnen und Nutzern. Damit geht es auch um eine städtebauliche Praxis, die offen dafür ist, die Ansprüche der Mitgestaltung durch diese und viele andere Gruppen zu berücksichtigen. Oder anders ausgedrückt: Im Fokus steht die Durchsetzung und kollektive Erprobung eines Städtebaus, der sich am Gebrauchswert und nicht am Tauschwert orientiert. Dabei sollte er sich nicht auf ästhetische oder technische Aspekte der Gestaltung reduzieren lassen. Er sollte vielmehr auch das in den Blick

nehmen, was Lucius Burckhardt als „unsichtbares Design“ bezeichnet hat: also „ein Design von morgen, das unsichtbare Gesamtsysteme, bestehend aus Objekten und zwischenmenschlichen Beziehungen, bewußt zu berücksichtigen imstande ist“ (vgl. Burckhardt 2012: 25).

Dazu gehört auch die Akzeptanz, dass es mit einer einmaligen Aushandlung im Entwurfsprozess nicht getan ist, dass diese Aushandlung stattdessen ein immer wiederkehrender Prozess ist, da es „die harmonisch funktionierende Stadt überhaupt nicht gibt. Die städtischen Zustände sind immer konfliktgeladen, und der Planer immer ein Schiedsrichter zwischen mehreren nicht optimalen Zuständen. Selbst die geglückte Lösung, wenn es das gäbe, hätte nur ein temporä-

res Leben: sofort treten technische sowohl wie politische Veränderungen ein, die wiederum Konflikte auftreten lassen“ (vgl. Burckhardt 2013: 30).

Auf Beteiligung folgt damit nicht immer automatisch Gemeinwohl. Es geht also im Kern bis heute darum, die politischen Dimensionen des Städtebaus anzuerkennen, die sich weder durch architektonische oder städtebauliche Gestaltung noch durch technokratische Beteiligungs- oder Abwägungsverfahren eliminieren lassen. Es geht darum, sich von der Illusion zu verabschieden, Konflikte ließen sich endgültig auflösen und offene Verhandlungen von sich widersprechenden Interessen ersetzen.

Der Fokus auf Konflikte suggeriert, dass ein sozialerer und politischerer Städtebau vor allem dort möglich ist, wo sich

Protest aus städtischen Bewegungen regt. Mit Blick auf die aufwendigen Verfahren scheint es für die weitere Durchsetzung eines gemeinwohlorientierten Städtebaus aber darüber hinaus vor allem entscheidend, inwieweit die öffentliche Hand bereit ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen – immer wieder und lokal-spezifisch.

Verglichen mit den 1960er- und 1970er-Jahren verfügt die öffentliche Hand zwar über weniger Liegenschaften und muss mit knappen Ressourcen umgehen (vgl. Beitrag Hertweck in diesem Heft). Zugleich lässt sich aber auf einen deutlich größeren Erfahrungsschatz städtebaulicher Praktiken zurückgreifen, die Stadt in immer wieder neuen Aushandlungsprozessen gemeinsam mit verschiedenen Akteuren gestalten – nicht nur zum Wohle einer abstrakten Allgemeinheit, sondern vor allem zum Wohle sozial Benachteiligter.

## Literatur

**Aktion 507** (Hrsg.), 1968: Diagnose Ausstellung Dokumentation, Berlin: 1 – Manifest.

**ARCH+**, 1970a: Wissenschaftliche Intelligenz und proletarisches Klassenbewusstsein. Ausgabe 10. Zugriff: <https://archplus.net/de/archiv/ausgabe/10> [abgerufen am 18.06.2021].

**ARCH+**, 1970b: Advocacy Planning, Citizen Participation – zur Funktion des Architekten. Ausgabe 9. Zugriff: <https://archplus.net/de/archiv/ausgabe/9> [abgerufen am 18.06.2021].

**ARCH+**, 1969: Semiotik, EDV, Bewertungsverfahren. Ausgabe 8. Zugriff: <https://archplus.net/de/archiv/ausgabe/8> [abgerufen am 18.06.2021].

**Böttcher, L.; Fricke, E.; v. Kodolitsch, P.; Leber, B.; Richter, H. P.; Schulz z. Wiesch, J.**, 1978: Strategien für Kreuzberg: Bericht der Vorprüfergruppe über den Wettbewerb. In: **ARCH+** 37: 63–73.

**Burckhardt, L.**, 2013: Der kleinstmögliche Eingriff. Berlin. Martin Schmitz Verlag.

**Burckhardt, L.**, 2012: Design ist unsichtbar: Entwurf, Gesellschaft & Pädagogik. Berlin, Martin Schmitz Verlag.

**Büro für Stadtsanierung und soziale Arbeit Berlin-Kreuzberg** (Hrsg.), 1971: Sanierung für wen? Gegen Sozialstaatsopportunisten und Konzernplanung, Berlin, Agit Druck.

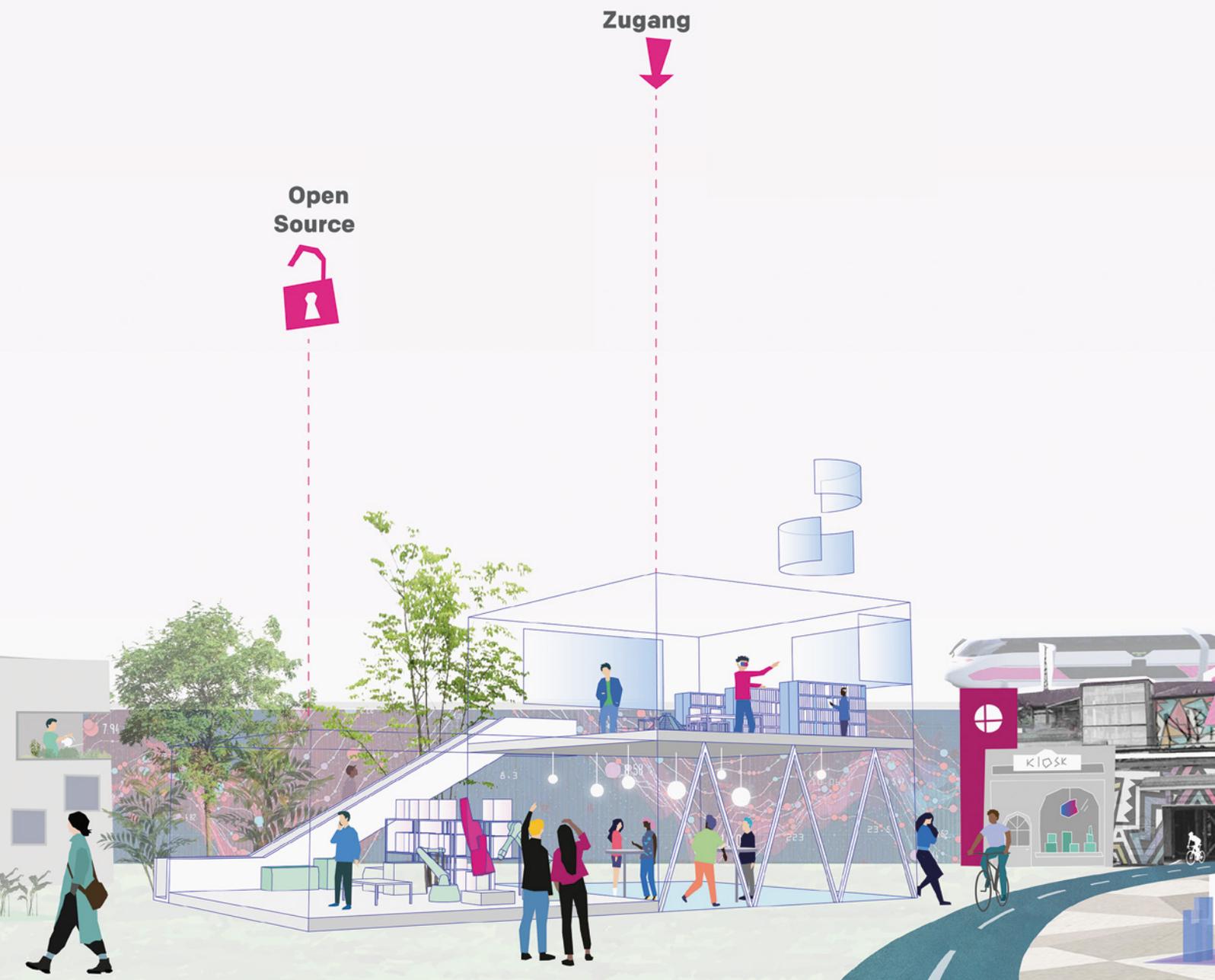
**„Jetzt reden wir“: Betroffene des Märkischen Viertels** (Hrsg.), 1975: Wohnste sozial, haste die Qual. Mühsamer Weg zur Solidarisierung, Reinbek, Rowolt Verlag.

**Gailing, L.; Moss, T.**, 2018: Gemeinwohl. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Stadt- und Raumentwicklung. Hannover: 773–778.

**Gribat, N.; Misselwitz, P.; Görlich, M.** (Hrsg.), 2017: Vergessene Schulen: Architekturlehre zwischen Reform und Revolte um 1968, Leipzig, Spector.

**Schubert, K.; Klein, M.**, 2020: Das Politiklexikon. 7., aktual. u. erw. Aufl. Bonn: Dietz. Lizenzausgabe Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

**Tribble, R.; Wedler, P.; Katthagen, V.**, 2017: PlanBude Hamburg. Kollektives Wissen als Grundlage von Stadtgestaltung. In: *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*, 5(1/2): 267–276. doi: 10.36900/suburban.v5i1/2.277.



# DIGITALISIERUNG IM KOOPERATIVEN STÄDTEBAU

Kooperativer Städtebau zeichnet sich durch die Zusammenarbeit verschiedener Akteurinnen und Akteure aus. Unter günstigen Voraussetzungen kann Digitalisierung diese Kollaborationen unterstützen.

Gemeinwohl



Lokal



Quelle: Amtmann/Gothe/Volland

---

**Prof. Melanie Humann**

ist Professorin für Urbanismus und Entwerfen am Institut für Städtebau der TU Dresden und Partnerin der Urban Catalyst GmbH. Sie forscht, lehrt und arbeitet zu koproduktivem Städtebau und zur Digitalisierung von Städten.  
[melanie.humann@tu-dresden.de](mailto:melanie.humann@tu-dresden.de)

Wir befinden uns im Jahr 1981: Zwischen der Internationalen Funkausstellung und dem TUWAT-Kongress der Berliner Hausbesetzerbewegung diskutiert in Westberlin eine Gruppe computer- und medienaffiner Menschen über die aufkommende Technologie des „Personal Computers“ (PC) – und ihre sozialen und gesellschaftlichen Effekte für die Zukunft. Die Erwartungen sind hoch, das Ergebnis markiert die Geburtsstunde des „Chaos Computer Clubs“.

Vierzig Jahre liegt dieses Treffen zurück – doch schon damals sinnierte man über die „alternative“ Nutzung von Daten: Die Idee kam auf, Daten, die das Bundeskriminalamt im Zuge der RAF-Rasterfahndung über barzahlende Stromkunden sammelte, zum Auffinden leerstehender Wohnungen „umzunutzen“, die man besetzen könnte (vgl. Holland 1998).

Die massenhafte Verbreitung des PCs und der Zugang zum World Wide Web löste in den 1980er-Jahren bei Programmierinnen und Programmierern eine ideelle Aufbruchsstimmung aus. Die Open-Source-Bewegung setzte sich für frei zugängliche Software ein. Sie stand für eine progressive, kollaborative und hierarchiefreie Arbeitsweise und wollte digita-

le Mehrwerte für alle schaffen. Der amerikanische Soziologe Howard Rheingold maß der digitalen Graswurzel-Bewegung größte Bedeutung bei. Er spekulierte, „ihre Auswirkungen auf die reale Welt“ würden „zur größten digitalen Überraschung des kommenden Jahrzehnts führen“ (Rheingold 1994). Aber zunächst kam es anders. Nach der Jahrtausendwende reüsierte vor allem die digitale Entwicklung profitorientierter digitaler Geschäftsmodelle in privater Hand.

Auch internationale Smart-City-Projekte trieben lange fast ausschließlich private Unternehmen voran. IBM war mit der „Smarter Planet“-Strategie eine der ersten Firmen, die sich im Jahr 2008 dieses neue Geschäftsfeld erschloss und in Vorbereitung auf die Olympischen Spiele in Rio de Janeiro ein „Intelligent Operations Center“ installierte. Cisco fokussierte auf das Internet der Dinge und das Steuern städtischer Serviceleistungen wie Verkehr, Sicherheit oder Abfallentsorgung. Siemens eroberte das Infrastruktur-, Gebäudemanagement- und Smart-Grid-Geschäft, während Phillips auf vernetzte LED-Lichtanlagen setzte. Unter dem Label „Smart City“ entstanden neu geplante Städte wie New Songdo City in Südkorea oder Masdar City in den Vereinigten Arabischen



Foto: M. Humann

**In der Smart City Songdo werden ungenutzte öffentliche Räume zum Anbau und zur Verarbeitung von Chillischoten genutzt**

Emiraten, die sich trotz ihrer Zukunftsversprechen bis heute vergleichsweise langsam entwickeln. Im Kern ging es um private Dienstleistungen, Überwachung von Räumen und die Gewinnung von Daten. Entsprechend prägte bald eine deutliche Abwehrhaltung die Fachdebatten zur Sinnhaftigkeit von Digitalisierung in Städten. Die Kritik adressierte dabei nicht nur die Übermacht privater Unternehmen und kapitalistischer Interessen (vgl. Greenfield 2013), sondern auch die fehlende Zielsetzung der Smart-City-Konzepte hinsichtlich sozialer, ökonomischer und ökologischer Probleme in Städten (vgl. Townsend 2013). Die Frage, ob und wie Daten, Software und digitale Technologien auch zu einer gemeinwohlorientierten und koproduktiven Stadtentwicklung beitragen könnten, stellte sich den Planerinnen und Planern lange Zeit gar nicht.

Gleichzeitig vollzog sich im Städtebau ein Paradigmenwechsel von exklusiven zu offenen Planungsprozessen. Entsprechend fokussierte die Leipzig-Charta in ihrer Neufassung von 2020 eine Kultur der Partizipation und Koproduktion sowie eine Orientierung am Gemeinwohl (vgl. BMI 2020). Diese Ziele korrelieren seit einiger Zeit mit einer rasch an-

wachsenden digital-affinen Zivilgesellschaft, die das Gemeinwohl bei der Entwicklung von digitalen Anwendungen wieder in den Mittelpunkt stellt. Ihre Netzwerke setzen offene Daten, digitale Technologien und Open-Source-Software ein, um städtische Lebensräume nachhaltig zu entwickeln. In Deutschland spielt in dieser sozialen Tech-Bewegung die „Open Knowledge Foundation“ eine prägende Rolle. Die Leitfrage des gemeinnützigen Vereins ist: Wie können digitale Werkzeuge, Anwendungen oder Plattformen Bürgerinnen und Bürger ermächtigen? Aus dieser jungen, aber vielversprechenden Kombination entstanden in den letzten Jahren prototypische digitale Tools und Plattformen, die einen Ausblick auf eine alternative Erzählung der Smart City geben.

An zwei Kernaspekten will dieser Beitrag ausleuchten, wie sich digitale Daten und Technologien für kooperative Planungsprozesse nutzbar machen lassen. Zum einen ist Crowd Data – das Wissen der Vielen – ein interessantes Feld, das smarte Anwendungen und partizipative Planung in einen fruchtbaren Einklang bringen kann. Zum anderen können Algorithmen für Visualisierungen im kooperativen Städtebau ein Schlüsselpotenzial entfalten.



Foto: M. Burke für Urban Catalyst GmbH

### Kooperativer Städtebau bei der Neugestaltung öffentlicher Räume in Köln-Chorweiler

## Crowd Data

Bereits lange in der Stadtplanung etabliert ist die Verwendung von GIS- oder demografischen Daten. Es gibt aber weitere Daten, die kooperative Planungsprozesse unterstützen können. Das eingangs genannte Beispiel aus der Hausbesetzerbewegung macht zwei Eigenschaften von Daten deutlich: Zum einen werden Daten zu Informationen, wenn sie aus einer bestimmten Perspektive interpretiert werden. Zum anderen lassen sich mittels Daten oder Datenverknüpfungen unsichtbare räumliche Prozesse darstellen (vgl. Humann 2018). Diese Eigenschaften nutzen (Counter-)Mapping- und Visualisierungsplattformen mittlerweile weltweit, um drängende urbane Probleme sichtbar und adressierbar zu machen.

Es gibt datenbasierte Karten, die über Missstände wie beispielsweise mangelnde Wohnraumversorgung (etwa inside-AirBnB.com) oder fehlende Infrastruktur aufklären. So zeigt die Karte auf fixmyberlin.de den Zustand und die Planung von Radverkehrsanlagen in Berlin. Die Betreiberinnen und

Betreiber der Seite wollen damit eine „datenbasierte Grundlage für den Dialog zwischen Verantwortlichen und Nutzer:innen schaffen“. Andere kartografische Projekte – wie etwa mapkibera.org – bringen Siedlungsräume, die kommerzielle Anbieter nicht erfassen, überhaupt erst auf die digitale Landkarte und geben ihnen so eine Sichtbarkeit. Das Projekt mapkibera.org unterstützte im Jahr 2009 die Bewohnerinnen und Bewohner der selbstorganisierten Siedlung Kibera in Nairobi mittels bereitgestellter GPS-Geräte dabei, Wege, Wasserstellen, medizinische und soziale Einrichtungen zu kartieren. Diese (Counter-)Mappings bilden aber nicht nur die Grundlage für weiteres stadtpolitisches Handeln, sondern ermöglichen auch die zivilgesellschaftliche Kooperation. Aktivistinnen und Aktivisten sowie Geografinnen und Geografen des Anti-Eviction Mapping Projects (AEMP) in San Francisco bedienen sich der Methode des „narrative mapmakings“ und erzählen mithilfe von Daten, Karten und Zeitzeugenberichten die Geschichten der Gentrifizierung und Verdrängung aus Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner

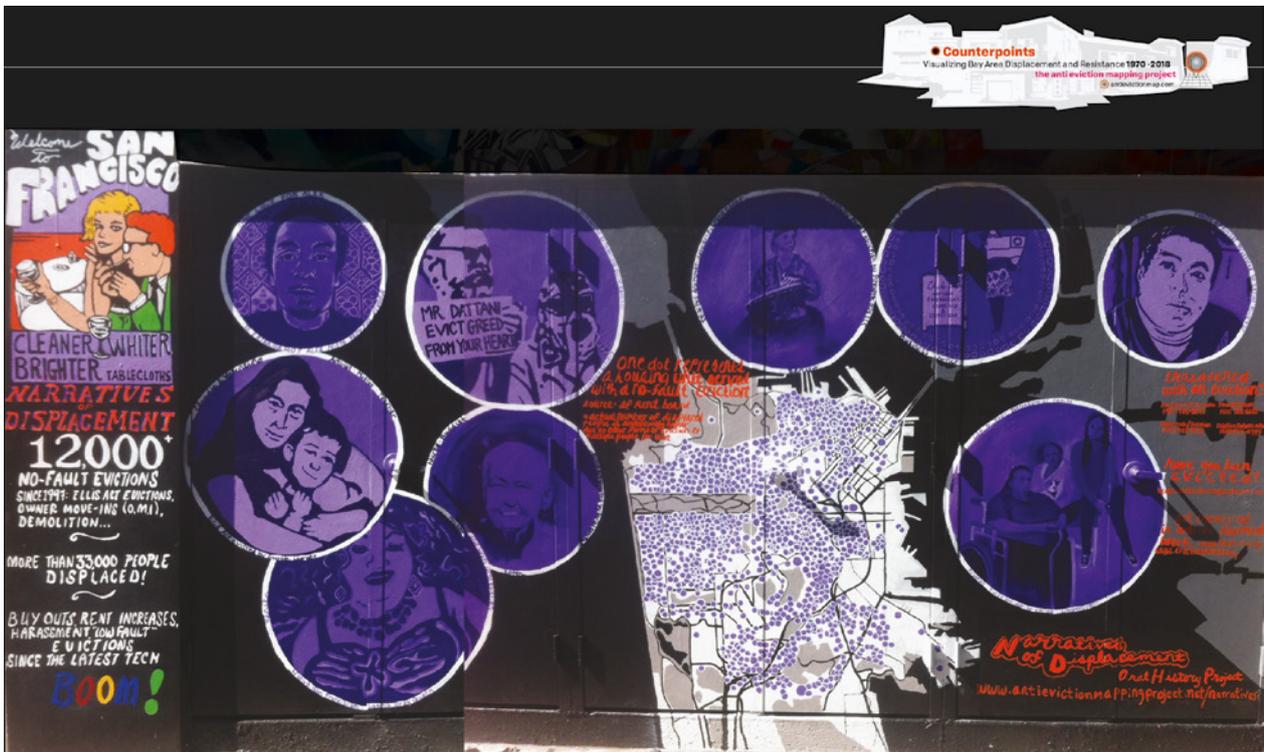


Foto: EeMP Erin McElroy

Das Anti-Eviction-Mapping-Projekt in San Francisco erstellt seit 2013 ein umfangreiches digitales Archiv von Transformationsprozessen in San Francisco. Die resultierenden Karten werden auch als Wandbilder unmittelbar im Straßenraum sichtbar

(vgl. Maharawal/Elroy 2017). Den Macherinnen und Machern sowie Initiatorinnen und Initiatoren der AEMP-Plattform ist es dabei wichtig, nicht nur „einem datengetriebenen Aktivismus“ zu folgen, der „die komplexen sozialen Lebenswelten auf Punkte in einer Karte reduziert“, sondern auch die „Erfahrungen und Geschichten der Verdrängung, des Verlustes und des Widerstandes“ zu zeigen und zu dokumentieren. Über die Jahre ist unter [antievictionmap.com](http://antievictionmap.com) ein umfangreiches und koproduziertes Archiv an Informationen, Tipps, Erzählungen, Karten und Videos entstanden, das die Ereignisse nicht nur quantitativ beziffert, sondern auch qualitativ beschreibt (vgl. Anti-Eviction Mapping Project 2021).

Eine beliebte Methode in Bezug auf Crowd Data ist das Crowdsourcing von Daten. Hier sammelt eine Gruppe von Menschen für ihr Anliegen in eigener Regie relevante Daten und schafft so eine gemeinsame Wissens- und Argumentationsgrundlage. Die Methode des Crowdsourcing kommt auch kooperativen Planungsprozessen zugute. Während in klassischen Entwurfsprozessen vorrangig die subjektive Interpretation des Ortes durch die Planenden zu ersten Entwurfsentscheidungen führt, bilden in kooperativen Prozessen die Ortskenntnisse und Perspektiven von Vielen die Ausgangslage planerischer Überlegungen. Das Crowdsour-

cing zum Entwurfsgebiet kann einen tieferen Einblick in dessen gelebte Realität bieten und erzählt seine Geschichte aus erster Hand. Analoge Planungswerkzeuge wie Akteurs-Spaziergänge werden hier vor allem durch Mapping-Anwendungen unterstützt. Auf digitalen Karten markieren Ortskundige ihre Lieblingsplätze, für sie wertvolle Gebäude und Nutzungen, nachbarschaftliche Akteure oder problembehaftete Orte und machen so ihre Wahrnehmungen zugänglich. Von Interesse ist auch, wie Menschen Orte in ihrem Alltag tatsächlich nutzen. Die erste App, mit der Verhaltensmuster in öffentlichen Räumen anonymisiert aufgenommen, kartiert und ausgetauscht werden können, entwickelte 2019 das Gehl-Institut (Common Space App, Betaversion für USA/Kanada). In einer Kooperation mit den Städten Kopenhagen, San Francisco und Seattle erstellte das Institut hierfür das Public Life Data Protocol, einen offenen Datenstandard zur anonymisierten Erfassung von Verhaltensmustern im öffentlichen Raum (vgl. Gehl Institute 2017). Mit dem Standard lässt sich beispielsweise systematisch aufnehmen, wie viele Personen sich in einer bestimmten Umgebung (Park oder Straße), im Gehen oder im Sitzen unterhalten. Langfristiges Ziel ist eine offen zugängliche Datenbank, die Daten über die Nutzung öffentlicher Räume in standardisierter Form für weitere Planungsprozesse bereitstellt.

## Algorithmen im kooperativen Städtebau

Der Anspruch kooperativen Städtebaus ist, unterschiedlichste Perspektiven von am Prozess Beteiligten Teil der Planung werden zu lassen – von Planenden über Stakeholderinnen und Stakeholder, Investorinnen und Investoren bis hin zu den Anwohnerinnen und Anwohnern. Mit diesen Herausforderungen verändert sich die Rolle der Planerinnen und Planer (vgl. Burckhardt 2004). Sie sind keine exklusiven Autorinnen und Autoren mehr, sondern bringen ihre städtebaulichen Entwurfsansätze mit den im Prozess artikulierten Wünschen und Interessen in räumlichen Einklang.

Ein Schlüsselmoment in jedem Prozess kooperativen Städtebaus ist der Augenblick, in dem sich die Wünsche und Interessen beteiligter Akteurinnen und Akteure in Vorstellungen konkreter Verteilung von Grünräumen, Bauflächen und Volumen übersetzen. Klassische städtebauliche Fragen nach Bebauungsdichte, Abmessungen von Gebäuden, der Zuordnung privater und öffentlicher Räume oder der Nutzungsmischung sind gemeinsam auszuloten. Diese visuelle räumliche Manifestation ist zwangsläufig konfliktbehaftet. Zum einen ist die Phase stark durch Partikularinteressen

geprägt. Zum anderen werden Asymmetrien in Fachwissen und Artikulationsmöglichkeit der Beteiligten deutlich.

Damit die anschließende Diskussion auf Augenhöhe gelingt, sollten alle Beteiligten die Grundzüge des städtebaulichen Entwurfs verstehen. Aufgrund der hohen Komplexität und der vielen Abhängigkeiten im Städtebau sind hier jedoch schnell Grenzen erreicht. Herkömmliche Werkzeuge – wie Pläne und Modelle – erscheinen zu statisch und unflexibel. Potenziale liegen hier in der Entwicklung städtebaulicher Programme, die auf Algorithmen basieren – nennen wir sie Städtebau-Generatoren. Städtebauliche Entwürfe zeichnen sich durch strukturelle Elemente wie Gebäudetypen, Parzellengrößen, Erschließungsraaster oder Nutzungsverteilungen aus. Das macht sie für Algorithmen geradezu prädestiniert. Doch wie verhält es sich umgekehrt? Sind algorithmisch berechnete Visualisierungen von Entwürfen für den kooperativen Städtebau interessant? Die Antwort ist: ja, unter bestimmten Voraussetzungen. Städtebau-Generatoren können nach Eingabe bestimmter Parameter und Prioritäten – wie beispielsweise der gewünschten Baustrukturen (etwa

Einzelhäuser oder Blockrandbebauung), dem Anteil an öffentlichen Räumen oder der Nähe von Wohnungen zu Grünräumen – in kürzester Zeit zig städtebauliche Anordnungen berechnen und darstellen. Die vergleichbaren Varianten könnten so eine für alle verständliche Gesprächsgrundlage bilden, die wiederum jederzeit leicht anzupassen ist. Bei Veranstaltungen zur Beteiligung an Planungen ließen sich im besten Fall spontan geäußerte Wünsche – wie etwa ein höherer Anteil an Grünfläche – in Echtzeit darstellen. Zeitgleich wären jedoch auch die damit verbundenen Konsequenzen wie etwa eine erhöhte Bebauungsdichte an anderer Stelle, der Verlust an Wohnbaufläche oder längere Entfernungen zu Haltestellen des ÖPNV darstellbar und könnten direkt reflektiert werden. Mit diesen Ergebnissen könnten die am Prozess beteiligten Planerinnen und Planer den städtebaulichen Entwurf anschließend weiterentwickeln.

Wie bei allen datenbasierten Systemen stellt sich allerdings auch hier die Frage, wer solche Programme auf welche Weise mit welchen Daten zu welchen Zwecken „anfüttert“ und die Algorithmen „trainiert“. Momentan treiben vor allem private Firmen die Entwicklung von Städtebau-Generatoren im Sinne profitorientierter Immobilienentwicklungen voran. Das hat unter anderem zur Folge, dass deren Eingabeparameter auf Kriterien der Profitmaximierung fokussieren. So lassen sich beispielsweise für kleinstanzunehmende Flächen größtmögliche Baumassen berechnen (etwa das im Oktober 2020 gelaunchte Tool Delve von Googles Mutterkonzern Alphabet). Open-Source-Lösungen hingegen haben wiederum lange Entwicklungszeiten und überzeugen nur bedingt. Hier besteht Handlungsbedarf. Führt man den zugrunde

liegenden algorithmischen Ansatz unter den Zielvorstellungen einer kooperativen Planung und gemeinwohlorientierten Softwareentwicklung weiter in die Zukunft, könnte ein wertvolles Werkzeug entstehen.

Ob sich die Erwartungen hinsichtlich der Potenziale der Digitalisierung für einen nachhaltigen partizipativen Städtebau erfüllen werden – darüber ist das letzte Kapitel noch nicht geschrieben. Es gibt Entwicklungen, die hoffen lassen. Zu ihnen zählt, dass eine digital-affine Zivilgesellschaft zunehmend einfordert, urbane Lebensräume mitzugestalten und dabei immer selbstverständlicher digitale Mittel einsetzt. Damit einher geht eine hybride Kultur analoger und digitaler Tools in kooperativen Planungsprozessen. Zur Pflege dieser Kultur sollten Planerinnen und Planer künftig enger mit digitalen Akteurinnen und Akteuren zusammenarbeiten, um voneinander zu lernen.

Bei all dem müssen sich Planende, politisch Entscheidende und Mitglieder des Wissenschaftsbetriebs vor Augen halten, dass Forschung und Entwicklung gemeinwohlorientierter digitaler Technologien immer auf öffentliche Förderung angewiesen sein wird. Dass digitale Technologien im Dienste von Megafirmen heute daher heute ungleich weiter und ausgereifter sind, liegt auf der Hand. Umso wichtiger wird in Zukunft das Engagement für Förderungen und Forschungsprogramme sein. Nur so entstehen digitale Innovationen, die der gemeinschaftlichen Entwicklung der Stadt dienen, unabhängig von großen Konzernen und im Sinne des Pioniergeistes der Open-Source-Bewegung.

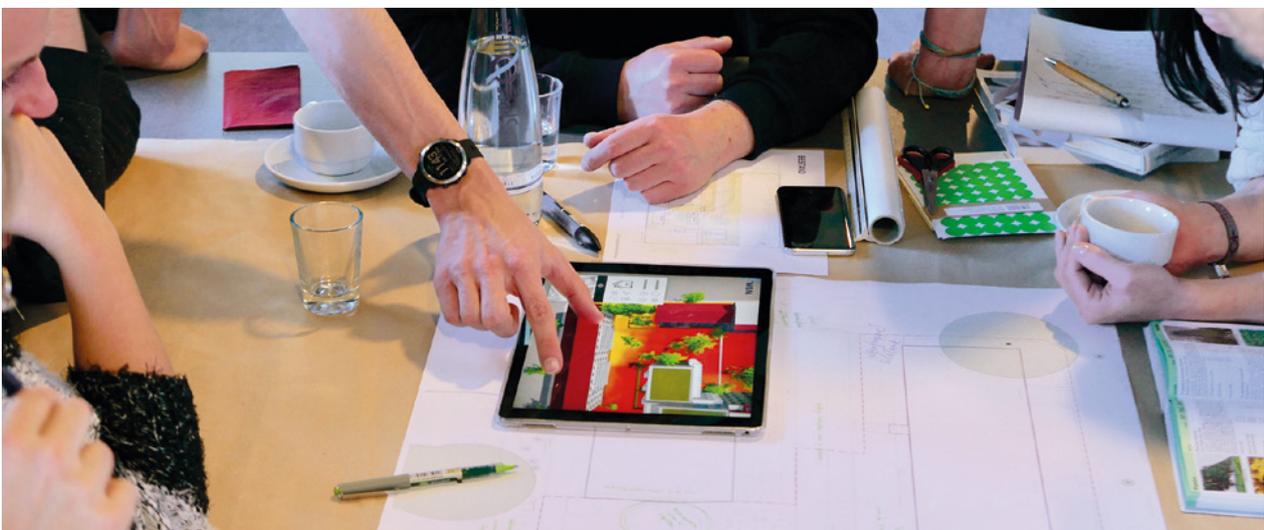


Foto: FormFollowsYou Berlin

### Hybride Kultur analoger und digitaler Tools in kooperativen Planungsprozessen

# Literatur

- Anti-Eviction Mapping Project**, 2021: Counterpoints: A San Francisco Bay Area Atlas of Displacement and Resistance, Oakland.
- BMI** – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, 2020: Neue Leipzig-Charta. Die transformative Kraft der Städte für das Gemeinwohl. Verabschiedet beim Informellen Ministertreffen Stadtentwicklung am 30. November 2020. Zugriff: [https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/eu-rp/gemeinsame-erklarungen/neue-leipzig-charta-2020.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=6](https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/eu-rp/gemeinsame-erklarungen/neue-leipzig-charta-2020.pdf?__blob=publicationFile&v=6) [abgerufen am 21.07.2021].
- Burckhardt**, L., 2004: Wer plant die Planung? Architektur, Politik und Mensch. Hrsg. von Fezer, J.; Schmitz, M., Berlin.
- Gehl Institute**; City of San Francisco's Planning Department; Copenhagen Municipality's City Data Department; Seattle Department of Transportation; Gehl, 2017: The open public life data protocol, Version: Beta, September 27. Zugriff: [https://gehl.institute.org/wp-content/uploads/2017/09/PLDP\\_BETA-20170927-Final.pdf](https://gehl.institute.org/wp-content/uploads/2017/09/PLDP_BETA-20170927-Final.pdf) [abgerufen am 20.07.2021].
- Greenfield**, A., 2013: Against the Smart City, New York.
- Holland**, W., 1998: Vortrag Geschichte des CCC und des Hackertums in Deutschland, Berlin 27. Dezember 1998. Tonaufzeichnung. Zugriff: [https://berlin-ak.ftp.media.ccc.de/congress/1998/doku/mp3/geschichte\\_des\\_ccc\\_und\\_des\\_hackertums\\_in\\_deutschland.mp3](https://berlin-ak.ftp.media.ccc.de/congress/1998/doku/mp3/geschichte_des_ccc_und_des_hackertums_in_deutschland.mp3) [abgerufen am 24.08.2021].
- Humann**, M., 2018: Lässt sich Gentrifizierung messen? In: StadtBauwelt, Heft 216/2018, Berlin.
- Maharawal**, M. M.; McElroy, E., 2017: The Anti-Eviction Mapping Project: ect: Counter Mapping and Oral History toward Bay Area Housing Justice, Annals of the American Association of Geographers.
- Rheingold**, H., 1994: Virtuelle Gemeinschaften: Soziale Beziehungen im Zeitalter des Computers. Deutsche Übersetzung von Dagmar Schulz und Dieter Strehle, Bonn/Paris.
- Townsend**, A. M., 2013: Smart Cities: Big data, civic hackers, and the quest for a new utopia, New York/London.



Foto: Andrea Benze

# INKLUSION IM STÄDTEBAU

## Die Rolle von Diversität und Orten der Begegnung

**Im Alltag stellt das Konzept Inklusion viele vor große Herausforderungen, auch Planerinnen und Planer oder Architektinnen und Architekten. Damit Stadt wirklich für alle da ist, braucht es ein anderes Verständnis von Inklusion: Eins, das auf Diversität und Orte der Begegnung setzt.**

---

**Prof. Dr.-Ing. Andrea Benze**

ist Professorin für Städtebau und Theorie der Stadt an der Fakultät für Architektur der Hochschule München und Mitgründerin von *offsea, office for social engaged architecture*. Sie forscht und lehrt zu Alltagspraktiken in der Stadt, kooperativer Stadtentwicklung, Kulturhäusern als Orte der Stadtgesellschaft und zur inklusiven Stadt.  
[andrea.benze@hm.edu](mailto:andrea.benze@hm.edu)

Die inklusive Stadt ist sicher, gesund, zugänglich, bezahlbar, widerstandsfähig und nachhaltig. Alle Menschen können hier teilhaben, ohne diskriminiert zu werden (vgl. UN 2017). Diesen Zustand zu erreichen, ist ein weltweit anerkanntes Ziel der Stadtentwicklung. In Deutschland tendiert eine zunehmend differenzierte Gesellschaft jedoch dazu, sich in homogene Gruppen aufzuteilen (vgl. Allmendinger 2017). Diese Entwicklung lässt sich auch am Stadtraum ablesen – durch segregierte Stadtteile und eine wachsende Zahl exklusiver Orte. Umso wichtiger wird das Konzept der Inklusion: Es kann helfen, koproduktive Planungspraktiken wertzuschätzen, sie mit Erkenntnissen aus den „Disability Studies“ – eine interdisziplinäre Wissenschaft, die Behinderung als historische, soziale und kulturelle Konstruktion begreift – anzureichern und zu erkennen, wie wichtig Orte der Begegnung sind.

Oberflächlich betrachtet ist es verständlich, dass sich Architektinnen und Architekten sowie Städtebauerinnen und -bauer auf die Themen barrierefreie Mobilität und bauliche Barrierefreiheit konzentrieren. Menschen können nur am

städtischen Leben teilhaben, wenn es ihnen möglich ist, in die Stadt zu kommen, sich dort fortzubewegen, Gebäude zu betreten und eine passende Wohnung zu finden. In den vergangenen Jahren wurden dementsprechend wichtige Fortschritte gemacht. Die DIN 18040 „Barrierefreies Bauen“ ist systematisierter und umfangreicher als Vorgängernormen und hat damit viele Standards geschaffen, auf deren Einhaltung sich pochen lässt. In Architektenkammern gibt es Beratungsstellen für Barrierefreiheit, in Stadtverwaltungen arbeiten, allerdings meist ehrenamtlich, Behindertenbeauftragte und Ideen wie „Universal Design“ – die Gestaltung von Produkten, Geräten, Umgebungen und Systemen so, dass sie von möglichst vielen Menschen ohne weitere Anpassungen genutzt werden können – sind auf dem Vormarsch.

Hier ist bisher einiges erreicht worden, doch bisherige Vorgaben, Projekte und Initiativen stoßen auch an Grenzen, da unterschiedliche Behinderungen zu unterschiedlichen und teilweise gegenteiligen Bedürfnissen führen. Das zeigt das Beispiel der Bordsteinkante: Sie leitet Sehbeeinträchtigte, behindert aber Mobilitätseingeschränkte.

## In Diversität statt in Normen denken

Wie inklusiv sind europäische Städte also? Kurz gesagt: Es hat sich viel getan, es bleibt aber weiterhin viel zu tun. Noch immer behindern bauliche Anlagen Menschen – und schließen sie damit von der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aus. Warum ist das so? Warum verbreiten sich gute Ideen und Lösungen nicht besser? Warum wird Inklusion nicht zum selbstverständlichen Bestandteil von Architektur und Städtebau – und stattdessen lieber an Expertinnen und Experten delegiert?

In einem Projekt zu Inklusion im Städtebau untersuchte das zuständige Forschungsteam, ob die Stadt inklusiv ist. Ausgehend von der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention deckten die Forscherinnen und Forscher auf, dass allzu funktionalistische und auf Normen ausgerichtete Planungen den Kern des Konzepts Inklusion zu verfehlen drohen (vgl. Benze 2020; Benze/Rummel 2020). Die Theoretikerin Jos Boys liefert zu dieser These eine interessante und provokative Erklärung: Ohne die bisherigen Errungenschaften kleinzureden, argumentiert sie, dass paradoxerweise genau die auf Mobilität und Barrierefreiheit bezogenen Ansätze dazu führen, dass Inklusion kein Grundwert in der Architektur und im Städtebau ist (vgl. Boys 2014: 23 ff.).

Die Vorgehensweise, sich auf barrierefreie Mobilität und bauliche Barrierefreiheit zu konzentrieren, basiert nach Boys auf der funktionalistischen Idee einer passiven „Phantomfigur einer industriegesellschaftlichen Normalexistenz“ (Eisinger 2005: 108). An den vermeintlichen Bedürfnissen dieser Figur orientiert sich die Planung. Behinderung ist eine Abweichung davon, die technische Lösungen korrigieren oder ausgleichen müssen. Durch dieses Vorgehen entwickelt sich die Arbeit an Inklusion nicht nur auf der Basis einer funktionalistischen Planung und damit abgekoppelt vom aktuellen städtebaulichen Diskurs. Es ist noch viel schlimmer: Die Grundidee des Konzepts Inklusion geht verloren. Nimmt man Inklusion wirklich ernst, gibt es keine Norm mehr, von der Einzelne abweichen. Dann ist Diversität der Ausgangspunkt der Überlegungen und schlichtweg gesellschaftliche Realität (vgl. Bude 2020; Bude 2015). Wird den Bedürfnissen von Menschen mit Behinderungen hingegen mit dem Konzept der „Phantomfigur“ begegnet, führt das dazu, dass Menschen mit Behinderungen entweder übermäßige Beachtung geschenkt wird – und zwar als Menschen, deren Bedürfnisse den Entwurfsprozess unglaublich kompliziert machen. Oder es führt dazu, dass sie vernachlässigt werden – als „Phantomfigur“ wie alle anderen. Damit

stehen sie immer außerhalb des alltäglichen gesellschaftlichen Lebens und der räumlichen städtischen Entwicklung (vgl. Boys 2014: 25).

Nicht nur Menschen mit Beeinträchtigungen sind davon betroffen. Schon die Behindertenrechtskonvention weist über ein enges Verständnis von Inklusion hinaus. Sie setzt sich zum Ziel, dass entsprechend der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen „jeder Mensch ohne Unterschied Anspruch auf alle darin aufgeführten Rechte und Freiheiten hat“ (Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen 2017) und thematisiert auch andere Gründe für Diskriminierungen (z. B. Präambel p). Beate Rudolf, die Direktorin des Deutschen Instituts für Menschenrechte, bringt es in einem Interview sehr gut auf den Punkt: „Menschen [können] in vielfältiger Weise diskriminiert und ausgegrenzt werden, weil sie als ‚anders‘ wahrgenommen und daher nicht als zugehörig angesehen werden. Das betrifft Menschen mit Behinderungen ebenso

wie Migrantinnen und Migranten, Schwarze Menschen, Lesben und Schwule, Bisexuelle, Transgender, transsexuelle und intersexuelle Menschen, aber auch alte Menschen, Arme oder Obdachlose“ (Rudolf 2012: 39 f.). Eine inklusive Stadt aus der Perspektive einer einzelnen Teilgruppe zu denken, wird dem Konzept Inklusion in keiner Weise gerecht. Es muss vielmehr darum gehen, Stadt aus der Vielheit, der Diversität zu entwickeln.

Die Beiträge von Nina Gribat und Melanie Humann in diesem Heft zeigen, dass es partizipative Prozesse braucht, um Stadtentwicklung gemeinsam mit so vielen unterschiedlichen Akteuren wie möglich zu betreiben. Viele Menschen sind jedoch persönlich unsicher im Umgang mit Menschen, die anders sind als sie selbst. Das Thema Inklusion konfrontiert sie mit dieser Unsicherheit. Daher ist es eine zentrale Frage, wie jede und jeder Einzelne persönlich lernen kann, mit Diversität umzugehen. Eine Lösung können Orte der Begegnung sein.

## Begegnungen schaffen

Die Fähigkeit, sich in andere hineinzuversetzen, garantiert Menschen alleine noch nicht, dass sie jede Situation im städtischen Alltag erfolgreich bewältigen. Sie ist aber Voraussetzung dafür, Verständnis für andere Lebenslagen zu haben und konstruktiv mit anderen zu kommunizieren. Empathie ist aber auch riskant: Empathisch zu sein bedeutet, seine eigenen Vorstellungen zu verlassen, sich auf etwas Ungewisses einzulassen, um so zu versuchen, die eigene Position wiederzufinden. Letztlich kann aus Empathie Solidarität entstehen, wenn Einfühlung mit Engagement verknüpft wird (vgl. Bude 2020; Bude 2015; Benze/Rummel 2020).

Die Fähigkeit zur Empathie lässt sich jedoch nur durch die Begegnung mit Menschen schulen, die ganz anders sind als man selbst. Darüber hinaus sind Begegnungen nicht konfliktfrei und erfordern ständige Anstrengungen. Die gesellschaftliche Tendenz, Umgebungen zu schaffen, in denen man unter sich bleiben kann, führt daher nicht nur zu Ungerechtigkeiten. Sie führt auch dazu, dass wichtige Fähigkeiten zum Miteinander verlernt oder gar nicht erst entwickelt werden. Daher sollte eine inklusive Stadt Begegnungen ermöglichen. Diese Forderung ist nur scheinbar trivial. Ein ganzes Bündel von Maßnahmen ist erforderlich, um die Möglichkeit zur Begegnung unterschiedlicher Menschen in der Stadt aufrechtzuerhalten und zu unterstützen: von preiswertem

Wohnraum und sozialer Bodenvirtschaft über qualitätsvolle öffentliche Räume bis zur Möglichkeit der Erwerbstätigkeit.

Ein zusätzliches Mittel ist es, Institutionen der Begegnung zu schaffen und zu fördern. Begegnung stellt sich nicht einfach automatisch ein. Es müssen Anstrengungen unternommen, Kompromisse eingegangen und Positionen immer wieder verhandelt werden. Gleichzeitig vollzieht sich Begegnung nicht ohne Anlass, sondern im gemeinsamen Handeln. Institutionen der Begegnung fördern eine Auseinandersetzung mit gemeinsamen Anliegen: Welche Aktivitäten können an welcher Stelle verbindend wirken? Dabei werden Institutionen nicht als starre Materialisierung von Autoritäten verstanden, sondern als Prozess und Form, mit deren Hilfe Gesellschaften versuchen, ihre Zukunft zu gestalten und zu organisieren (vgl. Stavrides 2017). Das schließt sowohl die Transformation bestehender öffentlicher Institutionen ein, um einer veränderten Gesellschaft gerecht zu werden, als auch die Gründung und Etablierung neuer. Diese entstehen nicht nur „von unten“, sondern in einem Zusammenspiel aus staatlichem und städtischem Handeln sowie bürgerschaftlichem Engagement. Insgesamt spannt sich ein weites Handlungsfeld auf, in dem Kultur eine wesentliche Rolle spielen kann.

## Orte der Begegnung entwickeln

In der Stadt München zeigt sich exemplarisch, welche Institutionen der Begegnung möglich sind. Mit Beginn der neuen Intendanz der städtischen Münchner Kammerspiele 2020/21 sollte das Projekt „Townhall“ entstehen. Nach den Vorstellungen des Regisseurs Malte Jelden und des Dramaturgen Björn Bicker hätte sich ein großer Teil des Theaters in einen offenen Ort für alle Bürgerinnen und Bürger verwandelt (vgl. Bicker/Jelden 2019). Sie bauten dafür unter anderem auf ihre Erfahrungen aus dem gemeinsamen Projekt „New Hamburg“ auf, ein Kooperationsprojekt des Deutschen Schauspielhauses Hamburg und des Evangelisch-Lutherischen Kirchenkreises Hamburg-Ost sowie der lokalen Kirchengemeinde im und mit dem Stadtteil Veddel. Seit 2017 wird das Projekt eigenständig weitergeführt und ist ein Ort des vertrauensvollen Miteinanders und der unvorhersehbaren Begegnung. Der Vorschlag einer „Townhall“ im Zentrum von München war für 2020/21 zu radikal. Das Projekt hätte die Struktur des Theaters komplett verändern müssen, es wurde nicht realisiert.

Stattdessen wurden andere Projekte umgesetzt, soweit es die Pandemie zugelassen hat. Der „Habibi-Kiosk“ in der Maximilianstraße belegt jetzt die bauliche Schnittstelle zwischen den Münchner Kammerspielen und der Stadt, eine mehrjäh-

rige Kooperation mit dem Stadtteil Neuperlach hat begonnen, das künstlerische Forschungsprojekt „What ist the City?“ sowie die „Digitale Akademie“, in der städtische Themen diskutiert werden, laufen (vgl. Spielplan und Pressekonferenz zur Spielzeit 2021/22 sowie persönliches Gespräch mit Harald Wolff).

Darüber hinaus engagieren sich die Münchner Kammerspiele für die Inklusion von Menschen mit Behinderungen. Sie wollen damit bestehende Strukturen aufbrechen und sich in einen Veränderungsprozess begeben, der Künstlerinnen und Künstler mit Behinderung auf allen Ebenen gleichberechtigt die Münchner Kammerspiele mitgestalten lässt (vgl. MK 2021; Bundesregierung 2021).

Als Nebeneffekt der Corona-Krise gibt es mitten in München zudem – zumindest vorübergehend – eine ungenutzte Branche: die Theresienwiese. Maßvoll und wie selbstverständlich entstand hier im Sommer 2020 das Festival „Kunst im Quadrat. Kulturelle Teilhabe auf der Theresienwiese“: In Kooperation schufen mehrere öffentliche Institutionen und freie Initiativen ein Werkstattprogramm und ein offenes Kulturprogramm. Die Landeshauptstadt München förderte das kostenlose Angebot für alle, jung und alt, mit und ohne



Foto: Andrea Huber

„Kunst im Quadrat“ 2020: die Theresienwiese als Ort der Begegnung

Migrationshintergrund, mit und ohne Behinderung. Jeder war willkommen und konnte ohne Konsum- oder Teilnahmezwang teilnehmen. Handlungsanlässe boten eine Fahrradwerkstatt, eine Druckwerkstatt sowie die Veranstaltungen.

Im Sommer 2021 konnte „Kunst im Quadrat“ wieder stattfinden. Anders als im Vorjahr gab es weitaus mehr Veranstalter, die Teile der Theresienwiese nutzen konnten. In diesem Jahr begleiteten Studierende der Hochschule München das Festival, indem sie Münchnerinnen und Münchner nach ihren Wünschen und Ideen für das Festival befragten, Vorschläge für den Aufbau erarbeiteten und Zukunftsszenarien für das Festival in den kommenden Jahren an anderen Orten in München entwickelten (vgl. Benze/Rummel 2021; Hruschka 2021). „Kunst im Quadrat“ birgt das Potenzial, ein wirklich vielfältiger Ort zu sein, der unvorhergesehene Begegnungen ganz unterschiedlicher Menschen ermöglicht. Das Projekt könnte sich zu einer dauerhaften Institution der Begegnung entwickeln.

Die konsequentesten Schritte in Richtung inklusive Stadt gehen Menschen mit Behinderungen jedoch selbst. Die inklusive Open Stage „Mit Alles!“ betreibt Inklusion im umfassenden Sinne und bietet schon seit einigen Jahren inklusive offene

Bühnen, auf denen alle auftreten können. Der eingetragene Verein „Impulsion. Netzwerk inklusiver Kunst und Kultur“ organisiert das Projekt, die Landeshauptstadt München und Aktion Mensch unterstützen es. Die Veranstaltungen finden an wechselnden etablierten Kulturorten in München statt. Noch sind es einzelne Ereignisse. Die Veranstalter und Unterstützer zielen aber darauf ab, sich auszubreiten – und damit die Frage, wer Kultur produziert und welche Themen dort gesetzt werden, anders zu beantworten.

Institutionen wie die hier aufgeführten sind wichtig – sie können ihr Potenzial aber nur dann ausspielen, wenn sie nicht den Anspruch an eine inklusive Stadt erfüllen sollen. Wahrzunehmen sind sie vielmehr als Brücken in den Alltag, in dem sich Inklusion als selbstverständliche Praxis vollzieht – auch für Architektinnen und Architekten sowie Planerinnen und Planer. Es gilt nicht nur, weitere Aktionen zu initiieren, zu fördern und zu institutionalisieren, sondern aus ihnen Schlüsse und Konsequenzen für den Alltag zu ziehen. Eine inklusive Stadt ist kein Extraprogramm, sondern sollte Ausgangspunkt aller Überlegungen und Inspirationsquelle für städtebauliche und hochbauliche Entwürfe sein. Begegnungen mit Fremden sollte als Bestandteil des lebenslangen Lernens verstanden werden.



Foto: Andrea Benze

„Kunst im Quadrat“ fand auch im Sommer 2021 wieder statt



Foto: Andrea Benze

Die Theresienwiese mit Spuren der flüchtigen Aneignung

# Literatur

**Allmendinger, J.**, 2017: Das Land, in dem wir leben wollen. Pantheon: München.

**Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen** (Hrsg.), 2017: UN Behindertenrechtskonvention. Die amtliche gemeinsame Übersetzung von Deutschland, Österreich, Schweiz und Lichtenstein.

**Benze, A.**, 2020: Zusammenhalt – Differenz. Bausteine für eine Inklusive Stadt. Zeitschrift für Inklusion 1(4). Zugriff: <https://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion-online/article/view/542> [abgerufen am 29.07.2021].

**Benze, A.; Rummel, D.**, 2021: Hochschule München Master Entwurfsstudio Sommersemester 2021: The Making of Kunst im Quadrat: Ein realer Stadtentwicklungsprozess. (Die Ergebnisse wurden während des Festivals ausgestellt).

**Benze, A.; Rummel, D.** (Hrsg.), 2020: Inklusionsmaschine Stadt. Inklusion im Städtebau interdisziplinär diskutiert. Jovis: Berlin.

**Bicker, B.; Jelden, M.**, 2019: Gespräch mit Andrea Benze an der Hochschule München am 17.10.2019, 10.00 bis 11.30 Uhr.

**Boys, J.**, 2014: Doing Disability Differently. Routledge: London, New York.

**Bude, H.**, 2020: Begegnung und Berührung. In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Öffentlicher Raum! Frankfurt, New York: 99–105.

**Bude, H.**, 2015: Was für eine Gesellschaft wäre eine „Inklusive Gesellschaft“? In: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Inklusion. Frankfurt, New York: 37–43.

**Bundesregierung**, 2021: Bund fördert weitere Projekte der kulturellen Vermittlung – Kulturstaatsministerin Grütters: „Mit zeitgemäßen Angeboten kulturelle Teilhabe stärken“. Zugriff: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/bund-foerdert-weitere-projekte-der-kulturellen-vermittlung-kulturstaatsministerin-gruetters-mit-zeitgemaessen-angeboten-kulturelle-teilhabe-staerken--1839640> [abgerufen am 29.07.2021].

**Eisinger, A.**, 2005: Die Stadt der Architekten. Anatomie einer Selbstdemontage. Birkhäuser: Basel, Boston, Berlin.

**Hruschka, L.**, 2021: Kunst im Quadrat. Süddeutsche Zeitung Nr. 174 vom 31. Juli/1. August. Zugriff: <https://www.sueddeutsche.de/muenchen/ludwigsvorstadt-isarvorstadt-kunst-im-quadrat-1.5368287> [abgerufen am 08.09.2021].

**MK – Münchner Kammerspiele**, 2021: Pressemitteilung vom 28.01.2021. Zugriff: <https://www.muenchner-kammerspiele.de/wp-content/uploads/2021/01/PM-Foerderung-Zugaengliches-Theater-210128.pdf> [abgerufen am 12.02.2021].

**Rudolf, B.**, 2012: Inklusion ist Bestandteil jedes Menschenrechts. Zugriff: [https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/\\_migrated/tx\\_commerce/Was\\_ist\\_Inklusion\\_16\\_persoeliche\\_Antworten.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/_migrated/tx_commerce/Was_ist_Inklusion_16_persoeliche_Antworten.pdf) [abgerufen am 29.07.2021].

**Stavrides, S.**, 2017: Common Space: Die Stadt als Gemeingut. In: Stavrides, S.; Heyden, M. (Hrsg.): Gemeingut Stadt. Berliner Hefte zu Geschichte und Gegenwart der Stadt 4, Berlin: 14–58.

**UN – United Nations**, 2017: The New Urban Agenda. Zugriff: <https://habitat3.org/the-new-urban-agenda> [abgerufen am 29.07.2021].

**Wolff, H.**, 2021: Zoom-Gespräch am 19.07.2021, 11.30 bis 12.30 Uhr.



Spinnerei Leipzig, Halle 18 von KARO\* architekten

# FÜR EINEN STÄDTEBAU DES WIDERSPRUCHS



Foto: Stefan Rettich 2006

**Wir stehen vor einem großen Stadtumbau. Der Bestand, seine Geschichte und Weiterentwicklung sollten im Fokus stehen – neue Typen der Mischnutzung müssen erfunden und integriert werden, auch wenn dies zu Widersprüchen in der Stadtgestalt führt.**

---

**Prof. Stefan Rettich**

ist Architekt und Professor für Städtebau an der Universität Kassel. Zwischen 2011 und 2016 war er Professor für Theorie und Entwerfen an der Hochschule Bremen. Davor lehrte er am Bauhaus Kolleg in Dessau. Er ist Gründungspartner und Mitinhaber von KARO\* architekten.  
rettich@asl.uni-kassel.de

Giovanni Battista Piranesi – bekannt für seine Veduten des antiken Rom und seine düsteren Unterwelten, die „Carceri d’invenzione“ – war auch ein bedeutender Archäologe. Er nahm die Überreste und Ruinen des antiken Rom systematisch auf und entwarf auf dieser Grundlage im Jahr 1762 einen Gesamtplan, den „Campo Marzio dell’antica Roma“ (vgl. Ficacci 2011). Die Anordnung auf dem Plan ist nicht real, sie ist seine persönliche Fiktion. Piranesi skizziert darin das antike Rom als eine Stadtlandschaft aus unzähligen Einzelmonumenten – eine Allianz höchst unterschiedlicher Typen, die auf den ersten Blick nicht zusammengehören, und doch ein großes Ganzes bilden. Mit dieser künstlerischen Überhöhung seiner wissenschaftlichen Arbeit ist es Piranesi gelungen, eine bis heute andauernde Inspirationsquelle für Architektinnen und Architekten zu schaffen. Dabei war dies alles andere als selbstverständlich, wurden die antiken Ruinen doch seit dem Mittelalter abschätzig als Steinbruch für den Bau einer anderen Stadtvorstellung genutzt.

Europäische Städte sind ein räumliches Manifest dessen, was verschiedene Generationen in ihrer Zeit, mit ihren Vorstellungen von einer positiven Zukunft geschaffen haben – so entwickelten sie sich zu großräumlichen Collagen (vgl. auch Beitrag von Schultz-Granberg in diesem Heft). Was bei Piranesi das Haus, ist hier das Quartier. In Deutschland kommt noch eine Besonderheit hinzu. Anders als etwa in Frankreich gab es in sehr zentralen Lagen beispielsweise auch Raum für sozialen Wohnungsbau und andere Neubauten, die letztlich fast durchgängig modernistischen Gestaltungsprinzipien folgten – zum einen aufgrund der großen Kriegszerstörungen und zum zweiten durch die zurecht kritisierte zweite Zerstörungswelle im Zuge vorschneller Beräumung von Trümmerbauten. Aber gerade deshalb war es auf der Ebene der Stadt möglich, mit neuen Gebäude- und Enembletypen den Wandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft schneller und effizienter voranzubringen. Diese Entwicklung lässt sich mit unserer Demokratie vergleichen, die mit moderner Gesetzgebung und Wirtschaftsordnung zukunftsweisender aufgebaut werden konnte als bereits etablierte Demokratien mit ihren in Teilen überkommenen Rechtsprechung und Institutionen.

Der Stadtumbau der Nachkriegszeit und die positive wirtschaftliche Entwicklung sind also eng miteinander verwoben – wer das Stadtbild kritisiert, stellt sowohl den Wohlstand, der mit ihm einhergeht, in Frage als auch den sozialen Zusammenhalt: Bis heute profitieren wir von den Wohnungsbeständen mit bezahlbaren Mieten in zentralen Lagen. Die eleganten Hamburger Grindelhochhäuser zeigen zudem, dass weder Maßstab noch Raumtypologie ein Problem sein müssen. Die zwölf 14-geschossigen, zum Teil über 100 Meter langen Hochhausscheiben stehen in einer Stadtlandschaft,

die sich zu einem kleinen Stadtpark gemauert hat, der allen offensteht. Die ersten beiden Geschosse sind Läden und Büros vorbehalten. Hier verbinden sich Gemeinwohl, Mischung und Stadtökologie – alles Attribute, die man heute einem gelungenen, nachhaltigen Städtebau zumisst.

Deutsche Städte werden oft mit italienischen verglichen. Dort sei die traditionelle Stadtstruktur in Takt: kurze Wege, Nutzungsmischung, wohl proportionierte und gut gestaltete öffentliche Räume – also Urbanität. In wirtschaftlich erfolgreichen Regionen wie dem Veneto aber werden seit Jahrzehnten sukzessive Funktionen ausgelagert, die nicht in das kleinteilige, dörfliche Flair dieser Städte passen. Und die Menschen ziehen dem wirtschaftlichen Wandel hinterher. Die Suburbanisierung ist dort, wie auch in ganz Norditalien, daher ebenso dynamisch wie hierzulande (vgl. Basilico/Boeri 1998). Das erklärt auch, weshalb Venedigs Kernstadt im Funktionscluster der Region nur noch die Rolle eines touristischen Freizeitparks einnimmt. Die Einwohnerzahlen sinken hier stetig.

Die typisch deutsche Melange gehört – ob man sie mag oder nicht – seit bald siebzig Jahren zu unserem Stadtbild. Für Menschen, die in den 1960ern oder später geboren sind, ist sie Normalität und wird für ihre Nischen ebenso geschätzt wie dafür, informellen Entwicklungen Raum zu bieten. Damit verbinden sich wachsende Konflikte: Ältere Generationen, die den Stadtumbau der Nachkriegszeit kritisch begleitet haben, mäkeln bis heute daran herum und betreiben, dass Leitbauten der Moderne an zentralen Stellen geschliffen werden. In Leipzig waren es die Brühlbauten, in Hamburg die Esso-Häuser und der City-Hof, in Frankfurt tobt ein Streit um den Abriss der Städtischen Bühnen. Es gibt viele weitere Beispiele: Das Online-Magazin *moderneREGIONAL* ([moderne-regional.de](http://moderne-regional.de)) meldet regelmäßig, wenn Gebäude der Nachkriegsmoderne abgerissen werden. Häufig fallen darunter auch solche in kleineren Orten und von weniger herausragender Gestaltung, die aber substanziell für die Epoche sind.

Dabei wäre viel gewonnen, wenn sowohl jüngere – aber vor allem die älteren Generationen – die deutschen Städte als Gesamtkunstwerk begreifen – und schätzen – würden. Warum können sie sich nicht von ihren unterschiedlichen Gliedern inspirieren lassen und mit Respekt an ihnen weiterbauen? Und warum spielen manche die einzelnen Epochen und deren Quartiere andauernd gegeneinander aus? Zunächst die Gründerzeit gegen die Moderne, dann umgekehrt. Seit den 1990ern wird gegen die Zwischenstadt gewettert und kaum später gegen das sich einstellende, perforierte Stadtbild schrumpfender Städte, das wie einst bei Piranesi Ruinen einer vergangenen Epoche beheimatet. Und warum können



Foto: Von Epizentrum – Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=32342679>

## Typisch deutsche Melange der Nachkriegszeit: In Frankfurt tobt ein Streit um den Fortbestand der Städtischen Bühnen

viele der 68er und ihrer Epigonen nicht akzeptieren, dass nachfolgende Generationen unterschiedliche, sogar widersprüchliche Großstadtatmosphären als Quelle für Urbanität

im 21. Jahrhundert erkennen – und nicht das Heil im Heilen suchen?

## „Wir benötigen dringend einen Typologie-basierten Städtebau“

Inspirierende Wohnmodelle, die die Zeit überdauert haben, haben oft monumentale Dimensionen. Das gilt etwa für den Karl-Marx-Hof in Wien, die Gallaratese-Projekte in Mailand oder den Wohnblock Walden 7 in Sant Just Desvern bei Barcelona.

Es gibt aber nicht nur Beispiele aus der Moderne oder der Postmoderne. Der als Wal bezeichnete Wohnblock von Frits van Dongen aus der niederländischen Superdutch-Ära und der benachbarte neo-traditionalistische Superblock Piraeus von Hans Kollhoff auf dem Amsterdamer KSNM-eiland prägen ihre Stadtviertel ebenfalls. Sie alle bieten – aus ihrer zeitlichen Perspektive – neue Wohnmodelle und neue Antworten auf die Wohnungsfrage. Aber: Nicht eines dieser Projekte befindet sich in Deutschland.

Wir haben offenbar abgeschlossen mit Moderne, Maßstabssprüngen oder Experimenten und betreiben seit den 1980er-Jahren einen ängstlichen Städtebau, der selbst vergessen hat, dass zum klassischen Repertoire neben Block zumindest auch Punkt und Zeile gehören. Stattdessen: überall aufgeschnittene Blockränder mit abgezierter Traufe und flachen Fassaden. Dabei bietet die Blockrandstruktur keine idealen Voraussetzungen für die anstehende Innenentwicklung. Denn mit ihren Hofbereichen werden Freiräume privatisiert und der Wohnbevölkerung des Quartiers entzogen. Kompakte Gebäude ohne Hof bieten eine typologische Alternative, die keinen privaten Freiraum beansprucht. Sie können in den Erdgeschossen auch Nutzungen mit höherem Flächenbedarf wie etwa eine Kita, einen Handwerksbetrieb oder größeren Einzelhandel aufnehmen. Und sie haben ein



Foto: Stefan Rettich 2015

### Gallaratese-I (1967–74) in Mailand von Carlo Aymonino: Inspirierendes Wohnmodell mit monumentalen Dimensionen

optimiertes Verhältnis zwischen Außenhülle und Bauvolumen. Sie verbrauchen daher weniger Energie und lassen sich preiswerter bauen und vermieten, weil weniger teure Fassadenfläche ansteht.

Oliver Thill, Gründungsmitglied und Geschäftsführer des Ateliers Kempe Thill, experimentiert seit Jahren mit Wohnungsbauten von mehr als 20 Metern Tiefe. Der Architekt bringt es auf den Punkt: „Wir benötigen dringend einen Typologie-basierten Städtebau. Wir müssen erst optimale Typologien für das 21. Jahrhundert entwickeln und dann damit den Städtebau gestalten“ (Gunßer 2020). Seine Forderung muss über den Bereich des Wohnens hinausgedacht werden: Mobilitätswende, Maßnahmen zur Klimaanpassung oder die Rückverlagerung der Produktion zurück in die Städte sind nur einige Aspekte der großen Transformation, vor der unsere Städte stehen. Anstelle der im Städtebau vorherrschenden Blockrandbebauung braucht es künftig daher

Typologien, die heutige Anforderungen an Mischnutzung beherbergen können. Diese stadtverträglich zu gestalten, ist eine wichtige Zukunftsaufgabe des Städtebaus. Sie ist aber nicht einfach, da die Nutzungen aus ihrer inhärenten Logik und Funktionalität heraus entwickelt werden müssen.

Das war auch in der Gründerzeit schon so: Nicht alle Funktionen ließen sich in den Blockrändern oder den Hinterhöfen unterbringen. Aus diesem Grund entstand die Stockwerksfabrik. Der dem tradierten Städtebau des 19. Jahrhunderts eigentlich fremde Typ eignet sich bis heute besser für die Mischung von Dienstleistung, Kreativwirtschaft, urbaner Produktion oder Loftwohnen als der klassische Gründerzeitblock. In Halle 18 des Leipziger Spinnereigeländes befinden sich heute neben dem Atelier von Neo Rauch eine Galerie, Wohnungen, ein Jugendtheater, ein Callcenter oder auch ein Kino.

## Bestand weiterentwickeln, passende Mischung finden

Dem künftig immer weiter steigenden Flächenbedarf – und auch der Klimakrise – lässt sich nur begegnen, indem wir bereits erschlossene Flächen in den Städten nutzen und nachverdichten. Wir müssen uns auf den städtebaulichen Bestand einlassen, auch um dessen graue Energie zu sichern – also all die nicht sichtbare Energie, die beispielsweise bei der Produktion sowie beim Transport und bei der Lagerung von Produkten entsteht.

Vorurteile oder persönliche Vorlieben sind bei der Gestaltung unserer Städte künftig daher fehl am Platz. Stattdessen braucht es Kenntnisse über die Ideengeschichte der Stadt und ihre unterschiedlichen städtebaulichen Logiken, um sie in ihren stadträumlichen Typologien differenziert weiterzubauen. Das bedeutet nicht, dass alles so bleiben muss, wie es ist. Selbstverständlich müssen Einfamilienhausgebiete nachverdichtet werden, muss die Zwischenstadt umgebaut werden, denn beide Siedlungsbereiche sind aus ökologischer Sicht nicht tragbar, und beide bieten hohes Potenzial für höhere Dichten. In der Zwischenstadt ließe sich zudem das Prinzip des Urban Mining anwenden – also die Vorstellung, dass ein Gebäude ein Lager für Baustoffe ist. Denn die Bauteile von vorgefertigten Werkhallen oder von Systembauten des großflächigen Einzelhandels lassen sich gut in den Materialkreislauf zurückführen oder an anderer Stelle erneut verwenden.

Im gleichen Zuge braucht es auch Konzepte für die Integration neuer Typen der urbanen Produktion in die Kernstadt. Der große Maßstab, die andere Funktion, atypische Fassaden erfordern gewissermaßen eine Form von Kontextualität ohne Kontext: Ein Einfügen, das sich allein aus Nutzung und Eigenart des Bestandes ableiten lässt, wie in §34 BauGB zur „Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile“ vorgesehen, wird hier nicht ausreichen. Für die Innenentwicklung und den Städtebau im Bestand braucht es vielmehr spezielle Lösungen für spezielle Orte, weshalb wir weit mehr Architektur im Städtebau wagen müssen als bislang.

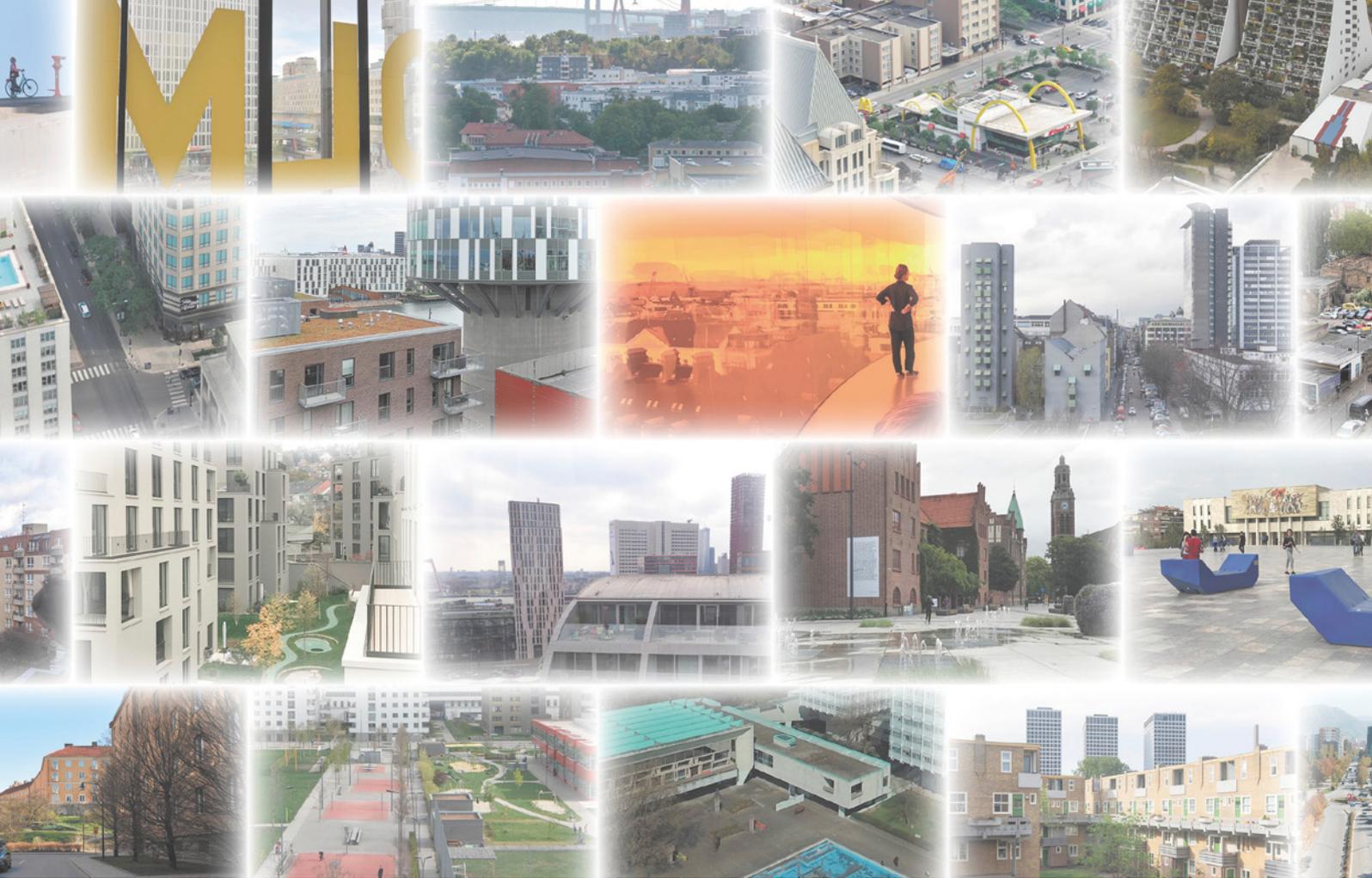
Der Städtebau des Widerspruchs verspricht nach mehreren Jahrzehnten der Homogenisierung nicht nur einen ästhetischen Gewinn. Er könnte mehr denn je zur Voraussetzung für die richtige Mischung werden – mehr noch: Er ist die Grundbedingung für einen kompakten, klimagerechten Städtebau. Davon sind wir aber noch weit entfernt. Wir brauchen eine Amnestie für die Stadt, wie sie ist und wir brauchen eine Amnestie für das große Korn. Wir müssen wieder lernen, dass sich Widerspruch gestalten lässt, ansonsten wird Innenentwicklung nicht gelingen.

## Literatur

**Basilico, G.; Boeri, S.**, 1998: Italy – Cross Sections of a Country. Verlag Scalo: 9–24.

**Ficacci, L.**, 2011: Piranesi. The Complete Etchings, Bd. 1. Verlag Taschen: 19–29.

**Gunßer, C.**, 2020: Bezahlbar bauen – aber wie? Deutsches Architektenblatt 06.2020.



Fotos: Joachim Schultz-Granberg

# FACETTENREICHE STÄDTE

Warum der Städtebau methodische Freiheit  
und neue Planungsformate braucht

**Wie sollen wir mit unseren Städten voller Brüche und komplexen räumlichen, sozialen und organisatorischen Gefügen umgehen? Ein Patentrezept für den Städtebau gibt es nicht. Es braucht vielmehr geschickt kombinierte Vorgehensweisen, die alle Maßstäbe einschließen, räumliche Qualität schaffen und strategisch operativ sind. Ein Plädoyer für methodischen Pluralismus.**

---

**Prof. Joachim Schultz-Granberg**

ist Architekt, Stadtplaner und Professor für Städtebau an der MSA | Münster School of Architecture. Seine Lehre und Forschung konzentrieren sich auf die Entwicklung innovativer städtebaulicher Instrumente aus der Analyse von Stadt- und Gesellschaftsentwicklung. Zusammen mit Therese Granberg ist er Gründer und Gesellschafter von „Studio Schultz Granberg – Städtebau und Raumstrategien BDA“ mit Sitz in Berlin.  
schultz-granberg@fh-muenster.de

Was ist eigentlich Stadt? Etymologisch leitet sich der Begriff vom althochdeutschen Wort „stat“ (Ort, Stelle) ab und bezeichnet eine Wohnstätte oder Siedlung (vgl. Duden 2020). Doch reicht das als Antwort aus? Mitnichten. Dafür sind Städte viel zu facettenreich. Jeder Versuch einer singulären Erklärung im Sinne eines Entweder-oder greift zu kurz. Stadt kann eine Ansammlung von Häusern sein, eine Verdichtung von Aktivitäten, eine Sammlung von Geschichten, in Form gegossenes Baurecht. Eine intelligente Matrix digitalisierbarer Algorithmen, ein Knotenpunkt im infrastrukturellen Netzwerk, ein Konglomerat aus verschiedenen Gebäude- und Enembletypen, eine „Ablagerung menschlicher Mühen“ (vgl. Cattaneo 1925).

Wir brauchen zahlreiche Perspektiven auf Stadt. Wie verletzlich nicht komplex genug gestaltete Konstrukte sind, zeigt die Geschichte. Beispielsweise erhöhte das Paradigma der modernen Funktionstrennung die Lebensqualität im Industriezeitalter, ist unter heutigen Vorzeichen sauberer und urbaner Produktion aber zu oft der Hinderungsgrund für die

Entfaltung von Lebens- und Arbeitsformen. Stadt ist die Summe all ihrer konstituierenden materiellen und immateriellen Parameter, als gebautes Schwarmphänomen voller Beziehungen und Abhängigkeiten. Immer neue Termini, die spezifische urbane Phänomene beschreiben sollen, bereichern den Diskurs: Zwischenstadt, Multiple Stadt, Sofortstadt, Stadtland, Kulturlandschaft, Generic City, Posturbia, Technoburb, Metrozone, Urban Flotsam oder Ville Poreuse und vieles mehr. Die wachsende Anzahl dieser Begriffe zeigt, wie vielfältig unsere urbane Natur ist. Und sie ist ständig im Wandel, der gesellschaftliche Rahmen formt und verändert die Stadt: Die Verteidigungsfunktion brachte Bollwerke, das Bevölkerungswachstum Stadterweiterungen, Abwanderungen Rückbau, die Automobilität breite infrastrukturelle Korridore, Tunnel und Parkhäuser, die Logistik des Handels riesige Factory-Outlets am Stadtrand. Die Mobilitätswende wird neue Stadtraumtypen einfordern und eine Flächenrochade im Straßenraum nach sich ziehen. Stadt hatte nie eine fixierte homogene Gestalt, durch unterschiedliche programmatische Einflüsse bekam sie ihr heterogenes Aussehen.

## Das große Scheitern

Wie lässt sich Stadt angesichts dieser Dynamik planen? Der Glaube an die Planbarkeit von Stadt variierte in der Vergangenheit zwischen den Extremen. Phasen der Zuversicht standen solchen gegenüber, in denen viele die Auseinandersetzung mit und die Gestaltung von Stadt völlig aufgaben. In den 1970er-Jahren zeigte sich immer mehr, dass rein funktional ausgerichtete Masterpläne oft harscher Kritik ausgesetzt waren und scheiterten, sobald sie umgesetzt wurden. Weder in der modernen Stadtplanung noch über Idealstadtentwürfe lässt sich ein Ergebnis dauerhaft fixieren.

Stadt ist keine Architektur. Die von Angelus Eisinger (2003) beschriebene „Stadt der Architekten“ blendet Teile der Stadtwirklichkeit oft aus. Er beschreibt durch Architekten entworfene modernistische Stadtvisionen, als fertig konzipiertes architektonisches Objekt. Dieses Anliegen musste scheitern, da es die Stadt im Gebrauch und gesellschaftliche Belange, also den Urbanismus, ausblendete – zugunsten von oft formalen Festlegungen. Ihre Realisierung führt meist nicht zum Erfolg oder verläuft zumindest ganz anders, als es sich die Schöpfer im besten Sinne vorstellten. Le Corbusier würde heute die von ihm geplante Stadt Chandigarh in Indien kaum noch wiedererkennen. Auch zahlreiche, von Architektinnen und Architekten konzipierte Idealstadtentwürfe verkümmerten auf dem Weg in die Realität und entfernten sich

weit von den planerischen Visionen. Beispiele dafür sind die Kolonie San Leucio bei Caserta 1773, die Saline in Chaux von Ledoux 1774 (vgl. Krufft 1989), die 30 in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts in England realisierten New Towns oder die 1956 neu gegründete Hauptstadt Brasilia (vgl. Eisinger 2003). Die Sprengung der Pruitt-Igoe-Siedlung in St. Louis 1972 gilt zudem als endgültiges Scheitern der Planbarkeit.



Foto: pixabay.com/Marcelo Bastos

Brasilia – weit entfernt von den planerischen Visionen



Foto: United States Geological Survey – United States Geological Survey, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5584780>

### Das Scheitern der Planbarkeit: 1972 wurde die Pruitt-Igoe-Siedlung in St. Louis gesprengt

In der Folge lag der Fokus häufig auf der Architektur. Sie lässt sich kontrollieren, kann Stadträume bilden und Aktivitäten ebenso wie Nutzungen anziehen. Ihre Wirkung auf den Stadtraum offenbart sich in vielen Projekten für Baulücken, Stadtrepaturen und Arrondierungen, die urbane Aspekte unterschiedlich stark berücksichtigen. Handbücher über Stadthäuser, bauliche Sockel, städtische Ecken, Vorder- und Rückseiten von Gebäuden oder den Sinn und Unsinn städtischer Blöcke bilden gemeinsam einen Katalog, der typologische Lösungen und das gestalterische Handwerkszeug für diese Art von Stadtgestaltung enthält. Sie ließe sich im weiteren Sinne als architektonischer Urbanismus beschreiben: Der Urbanismus ordnet sich einer Gestaltidee unter.

Urbanismus ist hier möglicherweise aber nicht der richtige Begriff, da eine architektonische Herangehensweise eine weiterführende Auseinandersetzung mit der Stadt ausschließt und diese als Architektur missversteht. Städtebau orientiert sich hingegen an gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Der morphologische Werkzeugkoffer der Architektin oder des Architekten würde zum Beispiel in Großwohnsiedlungen, an Stadträndern, in Gewerbegebieten, entlang von Brüchen und bei Transformation versagen. Hier fehlt nicht nur die Auseinandersetzung mit der realen Stadt im Gebrauch, sondern auch der Zusammenhang zwischen Stadtform und gelebter Stadtwirklichkeit.

## Posturbanismus, New Urbanism, Everyday Urbanism

In den späten 1970ern, nach dem endgültigen Scheitern der Planbarkeit, entstand in den USA der New Urbanism. Diese alternative Methode versteht sich als Nachbarschaftsdesign. Sie favorisiert fußgängerfreundliche Kleinstädte, die teilweise als exklusive Gated Communities gebaut wurden. Ein bekanntes Beispiel ist Seaside: Die Retortenstadt entstand 1979 und war Drehort für den Film „Die Truman Show“. Die

Entwurfsgedanken folgen dem „Smart Code“: ein strikter Katalog städtebaulicher Komponenten wie Straßenprofile, Gebäudeecken und -typen sowie Straßenlampen, die sich nach einem Zonierungsprinzip anordnen lassen. Die Idee des Smart Codes ist vielleicht ein Modus Operandi, allerdings haftet der willkürlichen Festlegung auf neotraditionalistische Bauformen der Duft speißiger Katalogvorstadt an.

Als weitere neue Methode entstand etwas später der Posturbanismus. Er setzt auf die städtebauliche Wirkung sehr großer Baukörper, das Haus wird zum Stadtteil. Ein Beispiel für das Konzept der „Bigness“ findet sich in Lille: Zwischen 1989 und 1994 entstand dort – eingebettet in einen Masterplan – unter anderem ein riesiges Kongresszentrum (vgl. Mau/Koolhaas 1997). Das lässt sich als eine nachvollziehbare, wenn auch antiurbane Antwort auf den großen Maßstab von Infrastrukturkorridoren verstehen. Mit einer Zusammenstellung von Stadtplätzen nach Camillo Sitte käme man hier nicht weit: Sein 1899 in „Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen“ dargelegtes Paradigma fordert die baukünstlerische Gestaltung von Stadträumen durch eine Fassung überschaubarer Platzräume durch bauliche Raumkanten als mehr oder weniger umschlossene öffentliche Räume. Er bezieht sich vor allem auf mittelalterliche Innenstädte und damit auf eine eingegrenzte Maßstäblichkeit, die auf Vorstädte, Stadtränder und moderne Großsiedlungen kaum übertragbar ist.

Vor etwas mehr als 20 Jahren thematisierte das Buch „Everyday Urbanism“ (vgl. Chase et al. 1999) schließlich den blinden Fleck der modernen Planerin und des modernen Planers: die Vielfalt und die Energie des täglichen Lebens. In diesem Sinne ergibt sich Urbanismus aus moderierten Einzelmaßnahmen, die lokale Akteure tragen. Urbane Interventionen können erstaunliche Wirkungen entfalten und die Komponente der Improvisation ins Spiel bringen. Was wäre das an Bevölkerung verlierende Halle-Neustadt in den 1990er-Jahren ohne das intelligente Vorgehen mit urbanen Interventionen (vgl. raumlaborberlin 2005)? Die Strategie vieler zum Teil kleiner räumlicher Eingriffe sorgte dort in der Summe für eine positive Transformation des Gebiets. Hier kommen Partizipation und Reallabore ins Spiel, aus denen sich vor Ort räumliche Lösungen ergeben und die Planungsprozesse auslösen. Doch kann die Methode „Everyday Urbanism“ auch große urbane Transformationen gestalten? Laut Michael Speaks eher nicht: „Everyday is not enough“ (vgl. Mehrotra 2004).



Foto: Frans Parthesius

Posturbanismus: Das „Grand Palais“ (rechts im Bild) ist ein Beispiel für das Konzept der „Bigness“

## X-Urbanismus

Die vorangegangenen Absätze zeigen vor allem eins: Die Liste mit Begriffen, die auf „Urbanismus“ enden, ist lang und lässt sich fast beliebig ergänzen – beispielsweise um den taktischen Urbanismus, den typologischen Urbanismus, den ökologischen Urbanismus oder den Landschaftsurbanismus. Das zeigt schon, dass keine Methode für sich alleine der städtischen Vielfalt genügt. Vor Ort braucht es zusätzlich eine geschickte Kombination von Vorgehensweisen, die zusammen alle Maßstäbe einschließen, räumliche Qualität schaffen und strategisch operativ sind. Städtebauliche Probleme brauchen einen kompletten Werkzeugkasten, die geschickte Hand und gesammelte Kraft, die den Raum für die Programmierung und Gestaltung von Stadt strategisch ausloten und entwickeln können. Die zu oft leichtfertig ins Feld geführte Vereinfachung des Städtebaus als Stadtbaukunst (vgl. Beitrag von Schenk in diesem Heft) und der postulierte morphologische Gestaltungswille urbaner Straßenräume und Plätze ist wertvoll. Beides fokussiert aber nur auf die Kernstädte und damit auf einen verschwindend geringen Teil unserer Städte.

Methodische Freiheit und neue Planungsformate sind auch die notwendige Antwort auf viele offene Zukunftsfragen, angesichts derer die formelle Planung oft nicht wirkungsvoll genug ist. Wie wollen wir leben und welche Form von Stadt und Umwelt braucht es dazu? Es geht um Toleranz

für vielfältige Lebensentwürfe, darum, Mehrdeutigkeit zuzulassen, die vorhandenen Freiräume dem Gemeinwohl zu widmen und den Raum präzise zu gestalten. Dabei ist es egal, ob es um den Bau einer neuen Stadt, eine Alternative zu Einfamilienhäusern am Stadtrand, um ein Quartier in einer Schwarmstadt oder um ein Detail einer Lärmschutzwand geht.

Der Städtebau braucht einen opportunen Methodenpluralismus, den X-Urbanismus: offen für gesellschaftliche, politische, wirtschaftliche und soziale Dimensionen sowie städtebauliche Verfahrenskulturen. Zunehmend wird die gesetzlich gefasste formelle Bauleitplanung mit Akteurinnen und Akteuren im Rahmen von kooperativen Verfahren ergänzt, oft initiieren selbst berufene Stadtmacherinnen und -macher Planungsprozesse, die mehr Zeit und Raum einnehmen und gesellschaftliche Belange aufgreifen. Der Autorenplan wird mit kollaborativer Verfahrenspraxis zu einer Strategie für das Gemeinwohl. Der Prozess erlaubt Diskurspraxis, Reflexion sowie Neuorientierungen. Zusätzlich öffnet er Räume für Aneignung und zukünftige Möglichkeiten, die selbst der lebhaftesten Fantasie von Architektinnen und Architekten sowie Planerinnen und Planer während der Konzeption nicht zu entspringen vermögen. Die Stadtwirklichkeit ist auf der Überholspur: immer reichhaltiger, unverhoffter.

### 1

X-Urbanismus: Die Liste mit Begriffen, die spezifische urbane Phänomene beschreiben, ist lang



Quelle: BBSR

# Literatur

- Cattaneo, C.**, 1925: Carlo Cattaneo, Agricoltura e morale, in: Notiziario su la Lombardia e altri scritti su l'agricoltura, Mailand. zitiert in: Rossi, A., 1966: Die Architektur der Stadt. Quodlibet.
- Chase, J.; Kaliski, J.; Crawford, M.**, 1999: Everyday Urbanism. The Monacelli Press.
- Duden.** Das Herkunftswörterbuch, 2020: Etymologie der deutschen Sprache, 6., digitale Auflage, Mannheim.
- Eisinger, A.**, 2003: Die Stadt der Architekten – Anatomie einer Selbstdemontage, Birkhäuser.
- Koolhaas, Rem; Mau, Bruce**, 1997: O.M.A – S, M, L, XL. The Monacelli Press.
- Kruft, Hanno-Walter**, 1989: Städte in Utopia: Die Idealstadt vom 15. bis zum 18. Jahrhundert zwischen Staatsutopie und Wirklichkeit. Beck.
- Mehrotra, R.**, 2004: Everyday Urbanism: Margaret Crawford vs. Michael Speaks (Michigan Debates on Urbanism), Vol. 1. University of Michigan.
- raumlaborberlin**, 2005: Kolorado-Neustadt. Zugriff: <https://raumlabor.net/kolorado-neustadt> [abgerufen am 24.06.2021].



Foto: Von Maximilian Dörbecker (Chumwa) - Eigenes Werk, CC BY-SA 2.5, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=51521042> (Ausschnitt des Originalbildes)

# IDENTITÄT UND DIFFERENZ IN DER STADT VON HEUTE



**Stadt braucht Wiedererkennbarkeit und Unterscheidung – räumliche Identifikation und bauliche Differenz. Wie können städtebauliche Entwürfe beides sicherstellen?**

---

**Björn Severin**

agiert mit seinem Büro *rheinflügel severin* als Architekt und Stadtplaner in Düsseldorf und München. Er lehrt seit 2002 an der Kunstakademie Düsseldorf und war im In- und Ausland mehrfach als Gast- und Stellvertretungsprofessor tätig. Sein 2017 im Berliner DAZ ausgestelltes Forschungsprojekt *URBAN BLEND* thematisierte kulturelle Vielfalt in der Stadt.  
[b.severin@rheinflugelseverin.de](mailto:b.severin@rheinflugelseverin.de)

**Prof. Volker Kleinekort**

ist Architekt und Stadtplaner in Düsseldorf (*bueroKleinekort*) und Professor für Städtebau an der Hochschule Wiesbaden (HSRM). Sein Tätigkeits- und Forschungsfeld im Städtebau liegt besonders in der Weiterentwicklung und Nachverdichtung bestehender Quartiere der Nachkriegsmoderne. Zuletzt als Co-Autor des Buches „Die Stadt Siedlung in der Stadt“.  
[bk@kleinekort.com](mailto:bk@kleinekort.com)

## Von homogenen und heterogenen Städten

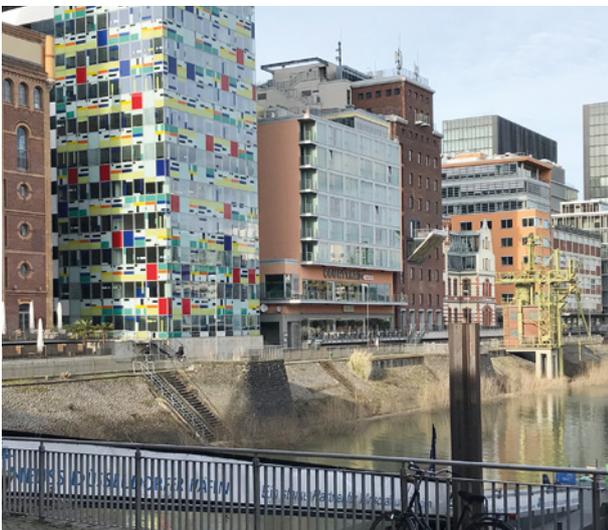
Die meisten deutschen Städte haben sich, zieht man Indikatoren wie Bevölkerungsentwicklung, Erwerbsfähigkeit, Beschäftigung, Wanderungssaldo, Arbeitslosigkeit und Gewerbesteuergrundaufkommen zurate, in den vergangenen Jahren positiv entwickelt. Das legt nahe, diese Form des Zusammenlebens als erfolgreich zu bewerten. Dass die Disziplin des Städtebaus von dieser positiven Entwicklung und dem Wachstum der Städte profitiert, lässt sich aber nicht zwingend behaupten. Beim städtebaulichen Entwerfen stellen sich zwei zentrale Fragen: Ist es sinnvoll, alle auf dem Gebiet der Stadt anfallenden Gestaltungsaufgaben im Zusammenhang zu sehen? Und ist es möglich, für sie kohärente Leitlinien festzulegen? Oftmals wird dies schon dadurch verhindert, dass städtebauliche Planungen viele Interessen, Gestaltungsansichten und Meinungen miteinander vereinbaren müssen. Ein Ergebnis des kleinsten gemeinsamen Nenners wird am Ende dadurch auch gestalterisch banal – und ist kaum mehr als ein Resultat, das den Marktmechanismen entspricht.

Die pluralistische Gesellschaft lässt sich offensichtlich nicht einfach so in eine pluralistische Stadtgestalt übersetzen. Ein nicht durch Planung, sondern durch andere Umstände entstandenes heterogenes Stadtbild entspricht nicht unserer Vorstellung von Stadt im Sinne einer zusammenhängenden Gestalt. Handelt es sich dabei um ein Defizit der Demokratie, das wir als Dilemma akzeptieren müssen? Aktuelle Debatten

um die Stadt lassen vermuten, dass sich für den Städtebau kaum noch allgemeine Leitlinien formulieren lassen. Oder fokussieren Vorstellungen von solchen Leitlinien nur zu sehr auf formale Homogenität?

Klassische, auf Homogenität basierende Leitbilder haben durchaus weiterhin Erfolg, zumeist in den klar abgegrenzten Bereichen, die privaten Investoren überlassen werden. Der Film „Truman Show“ karikierte Ende der 1990er-Jahre trefflich die heile Welt des New Urbanism (vgl. auch Beitrag von Schultz-Granberg in diesem Heft). Dabei handelt es sich oftmals um segregierte Gated Communities, die seit einigen Jahren vermehrt auch in Mitteleuropa unter dem Deckmantel der vermeintlich historischen Stadt als homogene und vom Kontext isolierte Quartiere entstehen.

Das pragmatische Gegenteil eines homogenen Stadtbilds ist die kleinteilige Mischung vieler Ideen nebeneinander. Eine unregelmäßige Mischung verschiedener Baukörper wirkt allerdings ästhetisch laut, das einzelne Gebäude trägt nichts zu einer verbindenden Gestaltung bei. Der Stadtraum kann so kaum dem Anspruch genügen, Raum der Gemeinschaft und Begegnung zu sein. Um dieses Defizit, wird es denn erkannt, zu kompensieren, wird der Stadtraum häufig so aufdringlich gestaltet, dass es wirkt, als solle er das öffentliche Leben erzwingen. Kurz und bündig: Gebiete dieser Art lassen Selbstverständlichkeit und Normalität vermissen.



Fotos: Volker Kleinekort

Homogene, durch Architektur artikulierte Stadtbilder oder eine pragmatische Mischung sind nur eingeschränkte Haltungen zur zeitgenössischen Stadt

## Der Schlüssel zu einem zeitgemäßen Städtebau

Die pragmatische Mischung und auch die homogenen Inseln können dem gesellschaftlich integrativen Potenzial von Städten also nicht gerecht werden, und auch nicht ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Komplexität. Solchen Planungen fehlt die Offenheit, eine spätere Entwicklung aufnehmen zu können, die sich nicht vorhersehen lässt. Gerade in einer Zeit wie heute, in der sich Urbanität mehr denn je durch das dichte Nebeneinander unterschiedlicher Ziele definiert, liegt der Schlüssel zu einem zeitgemäßen Städtebau woanders: in einer Mischung, die Vielfalt bereits ansatzweise abbildet und mit den unverwechselbaren Gegebenheiten des Ortes verknüpft.

Es braucht also einen Städtebau mit einer offenen additiven Ordnung. Dieser vermittelt im Nebeneinander bei der Durchdringung unterschiedlicher Ideen. Dabei überschreibt diese Art des Städtebaus teilweise alte Ordnungen, ohne sie auszulöschen, und bringt ihre Elemente in neue, geordnete Zusammenhänge. Diese überlagern sich mit spezifischen, auf den Ort bezogenen, ausgewählten Festlegungen. Obwohl die Festlegungen sehr konkret und formal sein können, geht es hier aber nicht um starre, übergeordnete Leitbilder.

Der Begriff der offenen additiven Ordnung schließt die unterschiedlichen Maßstabebenen des Städtebaus ebenso ein wie die Zeit als vierte Dimension der Stadt. Raum und Zeit sind für die Qualität des Städtebaus sehr wichtig. Auf den unterschiedlichen Maßstabebenen – Baufeld, Haus, Quartier, Stadtteil – sollte sich jede Einheit stets erkennen und ablesen lassen. Damit sich Menschen in der Stadt intuitiv orientieren können, reicht es nicht, sich auf eine dieser Ebenen zu konzentrieren. Sie müssen vielmehr in einem Bezug zueinander stehen. Hier setzt das Prinzip der additiven Ordnung an, das nicht nur visuell, sondern bestenfalls über möglichst viele Sinne wahrnehmbar ist. Stadt ist gleichzeitig immer und nie „fertig“. Sie als einen permanenten, sich in der Zeit vollziehenden Prozess zu verstehen, forciert das additive Prinzip. Darüber hinaus fordert es aber ein großes Maß an Offenheit und Unbestimmtheit ein.

Diese offene Ordnung ist besonders wichtig, weil zahlreiche aktuelle Städtebauprojekte eher den Charakter eines zu komplettierenden Bildes haben. Als ließe sich die Stadt eben doch fertig bauen, folgen die Entwürfe einer homogenen räumlichen, formalen und vor allem programmatischen Logik. Sie sehen zwar aus wie Stadt, sind aber bloß Siedlung – homogen in den Typen und Milieus. Sie sind nicht selten vom Kontext abgekoppelt. Das wiegt umso schwerer, weil sie sich oftmals nicht in der Peripherie befinden, sondern in

zentralen Lagen. Ihnen fehlt die dem Begriff der additiven Ordnung implizite Differenz, die sich als formale und funktionale Mischung verstehen lässt. Dabei reicht es nicht, hier und da etwas Gewerbe zuzulassen, oder den kommunal festgeschriebenen Anteil an förderfähigem Wohnungsbau zu erfüllen. Vielmehr sollte neben der Nutzungsmischung auch eine typologische, soziale und kulturelle Mischung das Ziel sein.

Warum gelingt das so selten? Es ist für Investorinnen und Investoren, Planerinnen und Planer sowie Aufsichtsbehörden selbstverständlich viel einfacher, homogene Bau- und Nutzungsstrukturen zu realisieren, da sie hierfür einen geringeren Abstimmungsaufwand zu bewältigen haben. Differenz erzeugt Mehrarbeit über den gesamten zeitlichen Verlauf: vom Beginn der Planung bis zur Realisierung, die nur schlecht im Voraus kalkulierbar ist. Das gilt für kleine und für große Projekte.

Nun ließe sich entgegen, dass größere Projekte selten sind, es in Deutschland und Mitteleuropa meist also um die Anschlussfähigkeit einzelner kleiner Teile an ein größeres, schon bestehendes Ganzes geht. Dem stehen aber aktuelle Wachstumsprozesse entgegen – und damit verbunden immer größere Aufgaben für den Städtebau. Viele Kommunen aktivieren seit einigen Jahren immer größere neue Flächen. Die Verfahren zum Frankfurter Nordwesten, zu Augsburg-Haunstetten oder zu Freiburg-Dietenbach für jeweils mindestens 20.000 neue Einwohnerinnen und Einwohner sind nur drei von vielen Beispielen der vergangenen Jahre. Bei diesen Projekten geht es nicht nur darum, den Markt zu befriedigen. Es sind Stadterweiterungen im Sinne des Wortes – gemischtgenutzte Quartiere, in denen Bildung, Produktion, Handel und Gewerbe ganz selbstverständlich das Wohnen ergänzen. Sie haben das Potenzial zu Stadt. Auch andere Kommunen folgen dieser Logik der großen Quartiere.

Kommt also die Frage auf, ob wieder Großsiedlungen gebaut werden müssten, lautet die Antwort, dass dies schon längst der Fall ist. Es wird häufig nur anders bezeichnet, zum Beispiel als „Quartier“. Dennoch wäre je nach Planung von Siedlungen zu sprechen, die der Stadt gegenüberstehen. Es erzeugt jedoch nicht nur Mehraufwand, die Stadt der Siedlung vorzuziehen. Es erfordert vor allem auch Mut bei der Erarbeitung der Entscheidungsvorlagen. Nutzungsmischung und die damit verbundenen Aushandlungsprozesse, Dichte und die Integration lokaler Produktion sowie ein anderes Mobilitätsverhalten gibt es nicht ohne Weiteres.



Quelle: rheinflügel severin / bbz landschaftsarchitekten

## Im Fokus: Eine flexible, zukunftsgerichtete Stadtentwicklung

Das wiederentdeckte Leitbild der „Europäischen Stadt“ reduziert die komplexe Vielfalt tatsächlicher europäischer Städte auf eingegrenzte Bildwelten und formale Lösungsansätze. Dem steht die beschriebene offene additive Stadt gegenüber. Diese eindeutige Form der Autorenschaft bezogen auf die Stadt ist ungewöhnlich. Hier gibt es anders als in der Architektur nicht das eine „Werk“, keinen fertigen Status, sondern sich überlagernde Strukturen, die zeitlich aufeinander folgende Phasen des Städtebaus sichtbar und erlebbar machen. Diese fortlaufende Veränderung der Stadt muss jedoch auch geplant und choreographiert werden. Genau das erscheint im Projektalltag als Problem – die Akteure ziehen sich auf Einzelfelder zurück: Sie planen Prozesse oder moderieren Beteiligungsverfahren, entwerfen Strukturen oder konzentrieren sich auf Materialfragen in Gestaltungssatzungen.

Prozess- und Beteiligungsverfahren, Fachdisziplinen und externe Gutachten können die zu Beginn aufgeworfene

Frage nach der Stadt als zusammenhängendem Gestaltungsfeld jedoch nicht allein beantworten. Das Einbinden der Nutzerinnen und Nutzer, einschließlich eines mitunter inszenierten Partizipations – der Beteiligung, bei dem das szenische Element gefeiert wird – ist gesellschaftlich sicher richtig. Es bietet aber nur einen Teil dessen, was städtebauliche Planung zu berücksichtigen hat, da sie sich ausschließlich auf die Erfahrungen des Jetzt konzentriert. Stadtentwicklung muss aber als prozessuales Handeln auf eine potenzielle Zukunft verstanden werden. Hier setzt auch ein anderes Verständnis von Städtebau an: Die gebaute Stadt macht das Prozessuale nicht nur programmatisch, sondern vor allem auch strukturell und formal sichtbar. Zum Gestaltungsanspruch wird die Stadt als offene additive Ordnung.

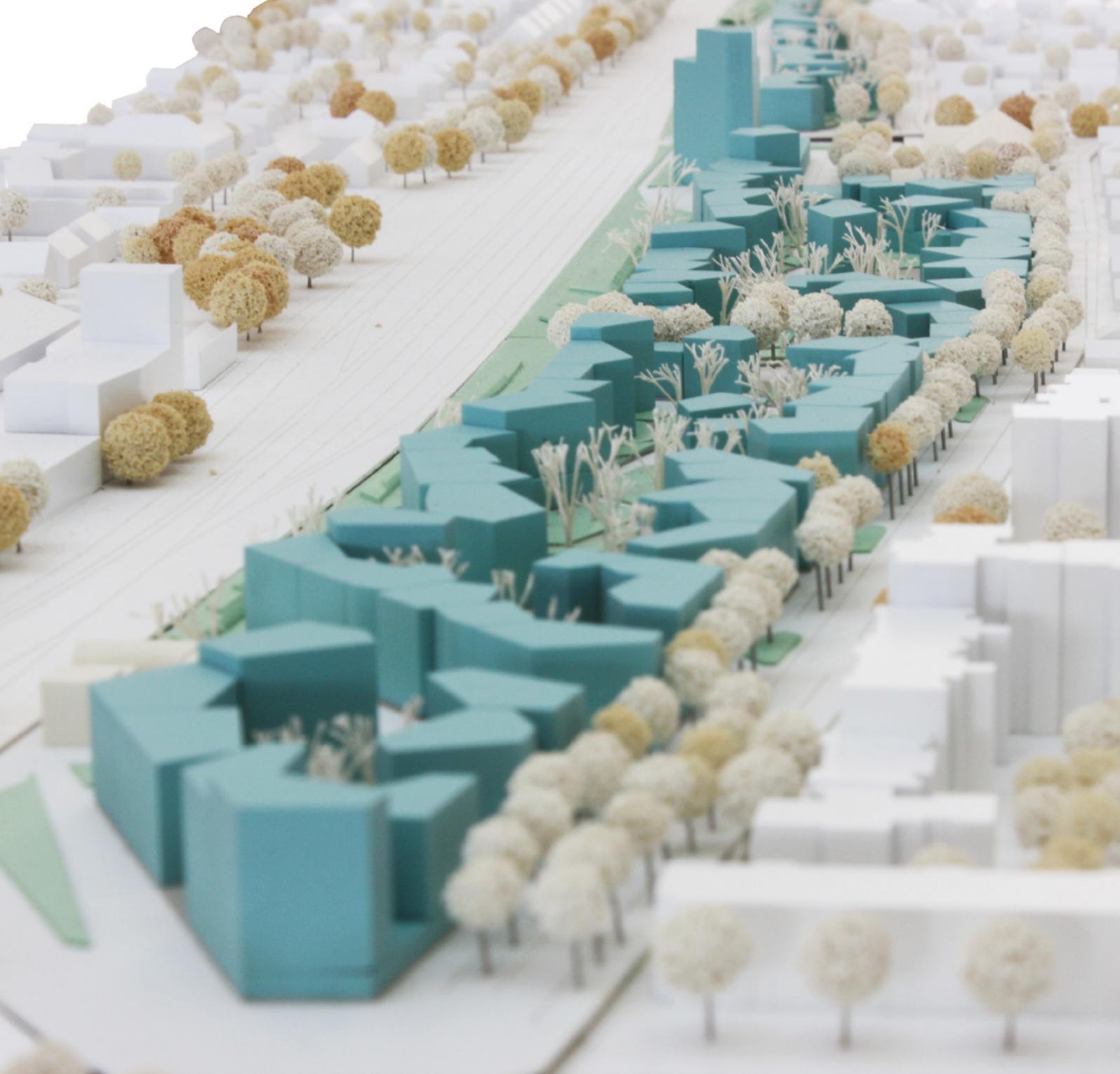
Die zeitliche Dimension zu berücksichtigen, bedeutet auch, auf nicht vorhersehbare Entwicklungen reagieren zu können. Zeit als strategische Komponente geht demnach weit über den Horizont von Baufolgen und Baustufen hinaus.

Vielmehr ist es von entscheidender Bedeutung, einen flexiblen Plan zu entwerfen – flexibel in seinen unterschiedlich möglichen Entwicklungsstufen und seiner damit zusammenhängenden späteren Umsetzung.

Bei der Entwicklung eines Quartiers können sich die Parameter im Laufe seiner Entstehung ändern. Planung sollte strategisch so konzipiert sein, dass ein entsprechender Entwurf diese Eventualitäten bereits als Szenarien berücksichtigt. Baufelder sollten beispielsweise so dimensioniert werden, dass unterschiedliche Bebauungstypologien, vom Geschosswohnungsbau bis zu Reihen- oder Hofhäusern, in sich gegenseitig bestimmenden räumlichen Bezügen umsetzbar sind. So wie wir heute mit unserem Handeln auf Bestehendem aufbauen, ist das Entworfen Basis für zukünftige Entwürfe. Planerinnen und Planer sowie Architektinnen

und Architekten entwerfen das Hier und Jetzt – und denken dabei gleichzeitig eine Anschlussfähigkeit in die Zukunft mit. Veränderungen können den Entwurf in der Logik der additiven Ordnung weiterführen. Das Räumlich-Prozessuale im städtebaulichen Entwurf ist demnach die konkrete Umsetzung der Erwartung an Stadt, Identität und Differenz.

Stadt muss im Sinne von Antizipation nicht geplant, sondern zuallererst entworfen werden. Alle Ebenen der additiven Ordnung, egal ob Baugrundstück, Haus, Viertel oder Stadtteil, benötigen beide Aspekte: Wiedererkennbarkeit, also räumliche Identifikation, und Unterscheidung, also bauliche Differenz. Dieses Zusammenwirken der beiden vermeintlichen Gegensätze bildet die Basis eines räumlichen Entwurfs – und ist in jedem Entwurfsprojekt neu festzulegen und im größeren Zusammenhang zu verankern.



# DER STÄDTEBAU VON MORGEN



Quelle: 03 Architekten, Ratoldstraße

**In den vergangenen Jahren sind Themen wie der Klimawandel oder die soziale Gerechtigkeit stärker in den öffentlichen Fokus gerückt. Die Pandemie hat uns Momente der Stille gegeben. Momente, in denen uns unser bisheriges Verhalten absurd vorkam und wir scheinbar die Fragilität des Lebens spüren konnten. Die Diskussion, wie wir unser Lebensumfeld und unsere Städte gestalten, hat wieder eine neue Dynamik bekommen. Welchen gesellschaftlich relevanten Beitrag kann Städtebau leisten?**

---

**Prof. Dipl.-Ing. Andreas Garkisch**

ist Architekt im Büro 03 Architekten und Professor für Städtebau und Stadtarchitektur an der Bauhaus Universität Weimar. Er studierte bis 1996 Architektur, anschließend Philosophie und Soziologie in München. Seit 2018 ist Andreas Garkisch Mitglied des Baukollegiums in Berlin und seit 2021 Mitglied der Stadtgestaltungskommission von Leipzig.  
garkisch@03arch.de

*„Der Glaube, dass durch Gestaltung eine humane Umwelt hergestellt werden könne, ist einer der fundamentalen Irrtümer der Pioniere der modernen Bewegung. Die Umwelten der Menschen sind nur zu einem geringen Teil sichtbar und Gegenstand formaler Gestaltung; zu weit größerem Teil aber bestehen sie aus organisatorischen und institutionellen Faktoren. Diese zu verändern, ist eine politische Aufgabe.“*

(Burckhardt 2013)

Städtebau als Disziplin der Architektur schien lange Zeit kaum Grenzen zu haben. Erst die Rezession der 1970er-Jahre machte die Folgen des ungebremsten Wachstums nach und nach sichtbar. Spätestens mit der Ölkrise 1973 fand nicht nur der wirtschaftliche Aufschwung der Nachkriegszeit, sondern auch die Erfolgsgeschichte der Moderne ein plötzliches Ende. Bürgerinitiativen gründeten sich, erste Umweltschutzgruppen wurden aktiv. Damit begann der politische Kampf: zum Schutz des baulichen Erbes der Innenstädte, der Kulturlandschaft, der Artenvielfalt und der verbliebenen Naturräume.

Die Entwicklung vollzog sich auch als Reaktion auf die Anmaßung der Architektinnen und Architekten, mit Architektur die neue Gesellschaft formen, den Menschen erziehen und die gesamte Umwelt kontrollieren zu können. Natürlich waren längst nicht alle baulichen Verfehlungen der Zeit den Architektinnen und Architekten und ihrer Architektur zuzuschreiben. Wie Lucius Burckhardt fällten viele ein schnelles Urteil. Nun sollte sich die Gesellschaft verändern und damit eine humane Umwelt hervorrufen. Im Rückblick war das eine schlichte, gar naive Antwort auf die Hybris der Moderne. Das System ist geblieben, der Erfolg der Konsumgesellschaft basiert nicht von ungefähr auch auf negativen Eigenschaften wie Bequemlichkeit, Aufmerksamkeitsverlangen und Gier. Der Mensch bleibt das Problem des Ideals der humanen Umwelt.

Beginnend mit dem Denkmalschutz und dem Umweltschutz musste die Planung die verschiedenen Aspekte der gesellschaftlichen Kritik integrieren. Wurden diese auch schnell relativiert, sind die Anforderungen an die Stadtplanung doch gestiegen. Um diese komplexen Abwägungsprozesse zwischen den Interessen, Funktionen und Disziplinen zu bewerkstelligen, musste der Anspruch, eine konsistente räum-

liche Idee für die Stadt im Sinne des Städtebaus zu formulieren, praktisch aufgegeben werden. Die Planung der Stadt wurde auf eine Überlagerung funktioneller mit territorialer Logik reduziert. Die Stadtplanerinnen und Stadtplaner reagierten nur noch lenkend auf die Erfordernisse des Markts. Die Vorstellung, Stadt als Ganzes planen zu können, galt als überholt.

Erst mit der Wende im Jahr 1989 wurde wieder groß gedacht. Das vereinigte Deutschland entwickelte sich zur Hegemonialmacht Europas, Berlin wieder zur Hauptstadt, eine Verklärung der Stadt begann. Städtebau konnte wieder Städtebau sein und Architektinnen sowie Architekten endlich wieder ihre typischen Vorstellungen in Stein hauen. Übersehen wurde bei der ganzen Euphorie, dass es kein wirklicher Neuanfang war. Berlin war bereits Hauptstadt gewesen, nämlich der DDR. Doch die Befindlichkeiten der Ostberliner wurden ignoriert – und mit ihnen das baukulturelle Erbe: Die Spuren des kalten Kriegs verschwanden schnell. Angeführt vom neuen Bausenator Hans Stimmann schufen Investoren sowie Architektinnen und Architekten den Mythos vergangener glorreicher Zeiten Berlins als Mantel für eine angebliche Rekonstruktion der Stadt.

Das Manöver gelang: Nicht nur die Berliner wollten an die neue Größe glauben. Die Idee passte einfach zu gut zum neuen Führungsanspruch der Bundesrepublik. Rem Koolhaas rechnete mit dem neuen konservativen Berlin ab und legte die Gefahr des Revisionismus offen. Für ihn war der Mauerstreifen Teil der untrennbaren Identität der Stadt.

Das für viele eingängige Modell Stimmanns setzte sich nicht nur in Berlin durch. Unter dem Begriff „Rekonstruktion der Stadt“ wurde eine historische Kontinuität behauptet, die es so nie gab.

# Der Bedeutungsverlust von Architektur und Städtebau

„Der Architekt ist auf dem besten Wege, eine anachronistische Figur zu werden“

(Ungers 1963)

Architektur und Städtebau haben seit den 1970er-Jahren konstant an Bedeutung verloren. Die ökonomischen Bedingungen für Architekturbüros haben sich verändert. Der Wirtschaftsliberalismus mit seinen härteren Managementmethoden hat in den vergangenen Jahren die Spielregeln weiter verschärft. Das europaweite Vergabesystem, die Aufhebung der Höchst- und Mindestsätze der „Honorarordnung für Architekten und Ingenieure“ (HOAI) und ein systematisches Controlling der Projekte haben zu einem hohen Rationalisierungsdruck geführt. Städtebau und Architektur werden dabei als Dienstleistung missverstanden, ihre Aufgaben zur reinen Planungsarbeit abgewertet.

Im suburbanen Raum zeigt sich der Bedeutungsverlust der Architektur am deutlichsten. Unsere Generation ist aufgewachsen in einer hochfunktionalisierten Kulturlandschaft. Die Landschaft ist zerschnitten durch die Schneisen der Infrastruktur. Die Bauten an den Ausfallstraßen, Gewerbegebieten und Knotenpunkten – ob Tankstellen, Produktions- oder Lagerhallen, Hotel- oder Bürobauten – sind vereinheitlichte Katalogware. Dieser Raum entzieht sich mit seiner hohen Komplexität und Dynamik einem einfachen Verständnis von Ordnung und Schönheit. Und doch sichert gerade er mit seiner großen Flexibilität unseren hedonistischen Lebensstandard. Städtebau und Architektur als spezifischer gebauter kultureller Ausdruck ist hier nicht zu finden. Einige fasziniert der Facettenreichtum und die Lebendigkeit dieses Raums, der als Konstrukt aber ebenso zerbrechlich ist. Der zunehmende Konsum und die Mobilität zerschneiden die Landschaft weiter, fragmentarisieren den Raum und greifen die Natur als Lebensgrundlage des Menschen massiv an.

„Ich verlange den Widerspruch meiner Zeit voll zu leben, der aus einem Sarkasmus die Bedingung für die Wahrheit machen kann.“

(Barthes 1956)

Das Spiel mit den Realitäten des Markts hat nicht funktioniert, jede Kreativität hat den Konsum weiter angetrieben. Die Widersprüche haben sich nicht aufgelöst, stattdessen betäuben wir uns mit wachsendem Komfort. Die allzu sichtbaren Grenzen unseres hedonistischen Lebensstils haben sich nicht verschoben. Auf die anstehenden Aufgaben scheint der klassische Städtebau keine Antworten zu haben. Während die einen nur politisieren und jegliche Gestaltungskompetenz aufgegeben haben, ästhetisieren die anderen mit ihren Bauten die bestehenden Verhältnisse. Damit geben sie auf ihre Weise den wesentlichen Gestaltungsanspruch auf, der für Städtebau unerlässlich ist.

Um das Ganze zu erhalten, müssen Architektinnen und Architekten alles ändern. Sie kennen die Kraft, die ein Entwurf entfalten kann, wenn er die Dialektik zwischen Innen und Außen, zwischen Privat und Öffentlich als Widersprüche auflöst und im Raum zu einer Architektur synthetisiert. Mit ihrem geschärften Wirklichkeitssinn müssen sie wieder versuchen, Räume zu öffnen und Utopien zu formen. Nur wenn sie gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen Vorstellungen für die Zukunft entwickeln, können Architektinnen und Architekten wieder ihren Gestaltungsanspruch erheben. Es ist der utopische Gehalt, der Architektur vom Gebauten, Städtebau von Stadtplanung unterscheidet.

Die Herausforderungen der Zeit sind eine Chance, disziplinübergreifend nach Lösungen für eine Gesellschaft zu suchen, die mit ihrer Umwelt im Gleichgewicht steht. Dazu können Architektinnen und Architekten mit ihrer räumlichen Gestaltungskompetenz sicher beitragen.

Architektur war nie beschränkt auf den Aspekt der Form, sondern transportierte immer auch soziale und politische Vorstellungen. Findet sie keine gemeinsame Sprache als Basis eines kollektiven Verständnisses, verliert die Disziplin ihre Daseinsberechtigung und ihre Zukunft. Aber gerade in der Krise brauchen wir diese scheinbar anachronistische Figur, die Architektin, den Architekten, die gemeinsam mit anderen eine neue Kultur des Zusammenarbeitens entwickelt, um sich mit ihren Ausdrucksmitteln auf die Suche nach alternativen Vorstellungen von Gesellschaft zu begeben.

## Ein Gedankenexperiment

Mit der Aufmerksamkeitsökonomie der Konsumgesellschaft wird Zentralität zur Falle. Die Dichotomie zwischen Stadt und Land hebt sich auf. Im Fokus steht nur noch der Vergleich Peripherie versus Zentrum. Zuerst wollen alle ins Zentrum, danach alle aufs Land, bis sie merken, dass sich der Lebensstil dadurch nicht ändert. Die Beschleunigung nivelliert die Unterschiede. Plötzlich ist es still. Am Anfang ist die Ruhe beinahe erdrückend. Schwer senkt sich die Langeweile, erst langsam gewöhnen sich die Sinnesorgane an die neue Langsamkeit. Die Gedanken bewegen sich. Was passiert morgen? Was möchte ich?

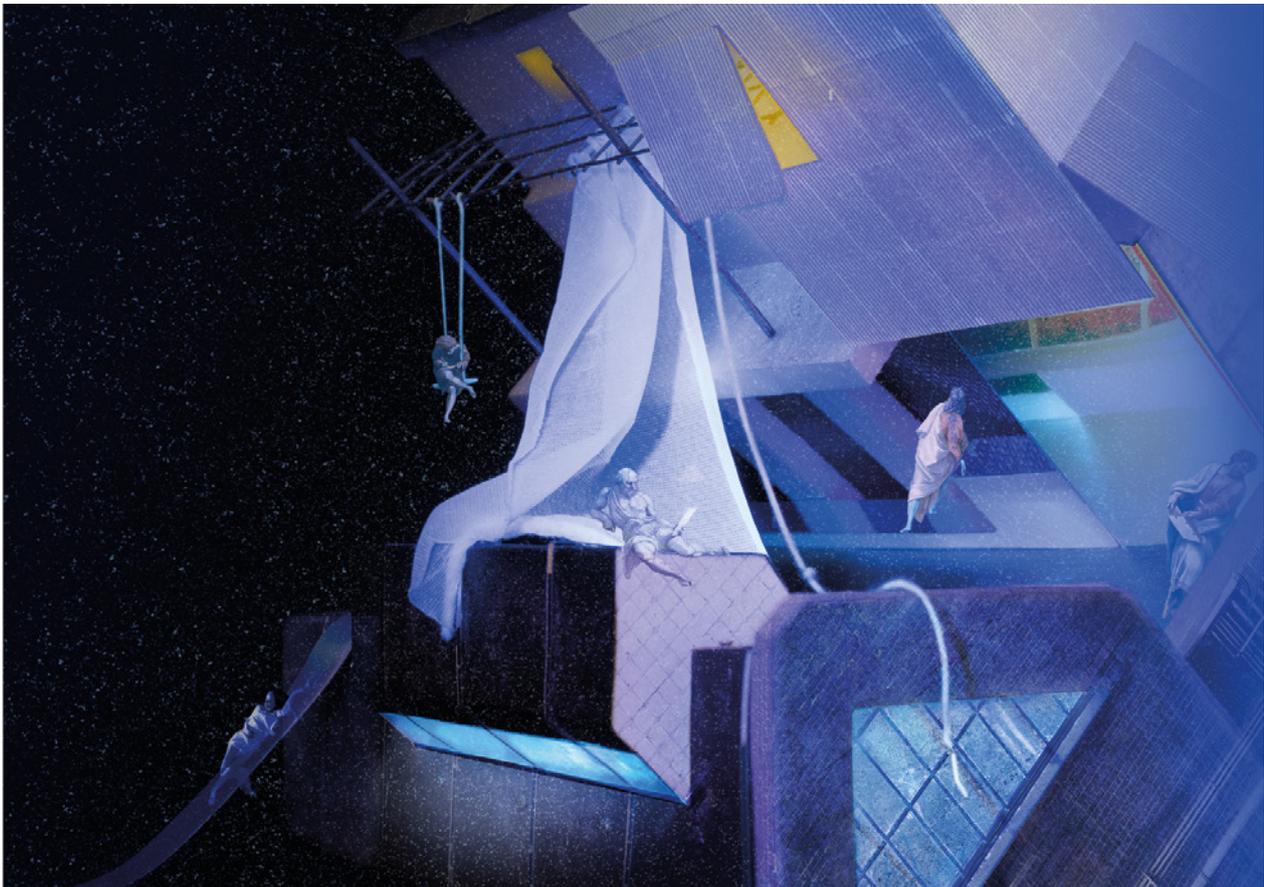
Hier beginnt der Film, hier startet die „Stadt ( ) Landschaft“ von morgen. Die Stadt von morgen entsteht weder aus den Begierden der Gegenwart noch aus den Projektionen einer rückwärtsgewandten Nostalgie. Sie definiert sich über die

Idee einer möglichen Zukunft für die Nachkommen. Erst mit den Einschränkungen kommt der Wandel: Wenn Menschen nicht mehr erreicht werden können, wird die Peripherie zur Peripherie. Wenn sie nicht überall gleichzeitig sein wollen, kann der Alltag das Zentrum wieder übernehmen. Stadt und Land werden wieder als Ganzes erlebbar.

Nach zahlreichen Naturkatastrophen wird jede weitere Versiegelung in der Stadt von morgen verboten. Das Abreißen von Gebäuden auch. Die Stadt wird aber nicht fertig gebaut sein – Architektinnen und Architekten verwandeln sich vielmehr in Archäologinnen und Archäologen. Sie setzen sich mit dem Bestehenden auseinander, indem sie sich durch die Schichten der Zeit graben. Die großen Projekte werden hinfällig, die neuen Formen kleinteilig. Der Entwurf tastet die Stadt ab, ohne sich ihr willenlos zu unterwerfen. Die Orte

1

Wie sieht die Stadt von morgen aus?



Quelle: Alina Zakrevskaya, Masterthesis

entstehen parallel im Kopf. Komplexe Geometrien bilden immer wieder neue verquere Situationen und wandeln so die Paradoxien der modernen Stadt zu lebendigen Stadträumen. Neue Räume im Alten, voller Erinnerungen, die so wieder Teil der Verstrickungen des Alltags werden. Mit der Zeit und der Sorgfalt rücken die Details wieder in den Vordergrund, das macht auch Unterschiede sichtbar. Architektur ist nicht mehr bauen, sondern auch pflanzen, säen und pflegen. Die Stadt wird zur Landschaft, alles bewegt und verändert sich. Und mit ihr die Architektur.

Für Architektinnen und Architekten sowie Urbanistinnen und Urbanisten wird es vor allem darum gehen, Programme zu entwerfen. Da die Gebäude nicht ständig um- oder neugebaut werden können, findet sich in ihnen immer Neues ein. Verschiedene Sharing-, Miet- oder Pachtmodelle ermöglichen neue Räume für unterschiedliche Ideen der pluralistischen Gesellschaft. Die ständige Arbeit am Programm wird so, wie beim Ausstellen, zu einer Arbeit des Kuratierens. Funktioniert die Komposition, entsteht ein Synergieeffekt. Eine Energie, die das Quartier eine Zeit lang am Leben hält. Funktioniert sie nicht, entsteht schnell wieder Raum für Neues.

Die offene Gesellschaft sperrt sich selbst ein. Die Idee der offenen Grenzen ist nur noch ein leerer Euphemismus. Gebäude, Siedlungen grenzen sich zur Nachbarschaft ab. Unter dem Vorwand des Naturschutzes erstellen Regionen Zugangsbeschränkungen. Die soziale Ungleichheit zeigt sich nun deutlich auch in der Abgrenzung der Areale. Jeder und

jede schafft für sich das eigene Paradies und zerstört so die europäische Idee des durchgehenden öffentlichen Raums. Der Raum gleicht einem Archipel, in dem jede Gruppe sich selbst als Insel genügt. Scheinbar, denn das Ideal der offenen Gesellschaft bleibt erhalten, nur der Weg dahin ist wieder länger geworden.

Viele steigen in immer kürzeren Abständen aus dem System aus. Sabbatical, Neuanfang oder ein kompletter Ausstieg werden fast zur Regel. Dies führt zu zwei Geschwindigkeiten: Neben der neuen Langsamkeit ist die alte Geschwindigkeit geblieben. Beide existieren nebeneinander – wie bei einem Zug können Menschen ein- oder aussteigen. Wie bei fast allem in der „Stadt ( ) Landschaft“ von morgen geht es also um Selbstorganisation.

Der virtuelle Raum wirkt immer realer. Virtuelle Treffen unterscheiden sich kaum noch von realen. Wochenlang können Menschen so im Internet leben und arbeiten, ohne den Platz zu wechseln. Und doch gibt es ein Bestreben, das Leben zu rematerialisieren: Erde umgraben, Essen selbst anbauen, Tiere halten und mit eigenen Händen bauen und basteln. Was als Trend beginnt, wird zur Notwendigkeit, um den eigenen Körper wieder zu spüren.

Sieht so die Zukunft aus? Selbst wenn wir nicht handeln, stehen wir in der Verantwortung. Der Ökozid, das Massensterben der Arten ist Realität. Wir müssen die Geschichte der „Stadt ( ) Landschaft“ von morgen gemeinsam schreiben. Kapitel für Kapitel – dies war nur ein möglicher Anfang.

## Literatur

**Barthes, R.**, 1956: Mythen des Alltags. Paris.

**Burckhardt, L.**, 2013: Design heisst Entwurf. Studienhefte Problemorientiertes Design. Heft #3.

**Ungers, O. M.**, 1963: Zu den Prinzipien der Raumgestaltung. Berufungsvortrag an der TU Berlin.



Das nächste Heft:

## Energiewende und Strukturwandel

Die Energiewende ist ein ebenso großes wie wichtiges Ziel: Die Energieversorgung wird umfassend umgestellt – weg von fossilen und nuklearen Brennstoffen, hin zu regenerativen Energien. Diese Transformation verändert den Energiebereich, aber auch viele andere Bereiche unseres Lebens.

Dabei gibt es Hotspots der Veränderung: Regionen, die bisher die Zentren der Energieversorgung Deutschlands waren. Für die Braunkohle sind das beispielsweise die drei Regionen in der Lausitz, im Rheinischen und im Mitteldeutschen Revier. Bei der Förderung von Erdgas dominiert wiederum Niedersachsen, beim Erdöl stehen Schleswig-Holstein und ebenfalls Niedersachsen an der Spitze. Alle betroffenen Regionen haben dieselben Ziele: eine innovative Wirtschaft, eine zeitgemäße Infrastruktur, großräumige Vernetzung – und vor allem ein kulturelles Leben, das Menschen zum Bleiben und Kommen einlädt. Der Strukturwandel in den „Energiewenderegionen“ muss insbesondere wegen der dort arbeitenden und lebenden Bevölkerung erfolgreich sein. Darüber hinaus muss er auch gelingen, damit der Großteil der Menschen die Energiewende und die mit ihr einhergehenden Veränderungen weiterhin akzeptiert.

Das nächste IzR-Heft analysiert die aktuelle Situation und blickt in die Zukunft. Wie weit ist Deutschland – bezogen auf die Energiewende und den Strukturwandel? Wie können betroffene Regionen künftig prosperieren? Welche Ideen und Konzepte setzen sie bereits erfolgreich um? Und welche Akteure können sie dabei unterstützen?

### Übrigens...

Auf der IzR-Internetseite bieten wir Ihnen ergänzend zu den Heften Leseproben, ausführliche Autorenporträts und weitere Informationen zum jeweiligen Thema. Dort finden Sie im Archiv 18 Monate nach Erscheinen der Hefte alle Beiträge online. Besuchen Sie daher auch unsere IzR-Seite: [www.bbsr.bund.de/izr](http://www.bbsr.bund.de/izr)

Alle Veröffentlichungen des BBSR finden Sie unter [www.bbsr.bund.de](http://www.bbsr.bund.de)

Bestellung: Franz Steiner Verlag  
 Birkenwaldstraße 44  
 70191 Stuttgart  
 Telefon +49 711 2582-314  
 Telefax +49 711 2582-390  
[www.steiner-verlag.de/izr](http://www.steiner-verlag.de/izr)





**Bundesinstitut  
für Bau-, Stadt- und  
Raumforschung**

im Bundesamt für Bauwesen  
und Raumordnung



Weitere Informationen  
[www.bbsr.bund.de/izr](http://www.bbsr.bund.de/izr)